

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 oder deren Raum 20 Pfg. für
 politische und gesellschaftliche Verläufe
 und Veranlassungen 30 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (setz-
 gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere
 Wort 5 Pfg. Stellengrüße und Schluß-
 wörter-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
 jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über
 16 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
 Honorate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 3. März 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Wer Anhänger des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Landtagswahlrechts ist, findet sich
am nächsten Sonntagnachmittag 1 Uhr
 im Treptower Park zum Spaziergang ein.

Die Mitschuldigen.

Immer unerträglich lastet die Herrschaft des schwarz-blauen Blocks auf Deutschland. Immer enger wird das Bündnis, das die Heiligen und die Ritter miteinander geschlossen haben. Schon die Vorgänge beim Sturz des Fürsten Bülow ließen klar erkennen, daß nicht ein vorübergehendes Zusammenarbeiten, sondern ein dauernder und fester politischer Bund geplant ist. Sicher hat die Steuerliche der Junker sehr viel zu ihrem Entschlusse beigetragen, dem Fürsten Bülow den Garau zu machen, aber unabänderlich wurde der Beschluß erst, als die Ankündigung der preussischen Wahlreform die Junker mit der Sorge erfüllte, die Alleinregierung der Konservativen in der preussischen Privilegienkammer könnte erschüttert werden. Da erst fanden sie im Dunkeln den Weg, auf dem sie dem Zentrum begegneten, und da erst wurde das seine Geschäft abgemacht: Wir stürzen euch den Bülow und geben euch eure ausschlaggebende Stellung im Reiche zurück, ihr aber versprecht, uns in der preussischen Wahlreform beizustehen und dafür zu sorgen, daß der konservativen Macht auch nicht im geringsten Abbruch getan werde. Um seine Stellung im Reiche wiedergewinnen, hat damals schon das Zentrum sich zum Verrat an der preussischen Wahlreform verpflichtet und nur weil der Verrat des Zentrums sicher war, konnte Herr von Seydewitz in der großen Rede, in der er den Sturz des Fürsten Bülow als Notwendigkeit zu erweisen suchte, die Erklärung abgeben: Die Konservativen seien bereit, an einer preussischen Wahlreform mitzuwirken.

Der Führer der Konservativen verließ damit den Standpunkt, den seine Partei und seine Presse bisher stets eingenommen hatte, daß überhaupt keine Reform des Wahlrechts in Angriff genommen werden sollte. Er konnte dies, weil er wußte, daß er der „Mitarbeiter“ des Zentrums sicher war und daß das Zusammenwirken der konservativen Volksfeinde mit den klerikalen Volksverrätern jeden wirklichen Fortschritt vereiteln werde. Wie der Schnapsblock in der Finanzreform den Junkern neue und vermehrte Liebesgaben, dem Volke aber die ungeheuerliche Last der halben Milliarde auferlegt hatte, so will derselbe Block in Preußen das Junkerprivileg auf den schändlichsten Wahlterrorismus noch befestigen, die Entrechtung des Volkes aber in ihrer ganzen Unerträglichkeit unverändert fortbestehen lassen. Herr von Seydewitz hat sich in dem Zentrum nicht getäuscht und nur weil er des Zentrums sicher war, gestattete er seinem jungen Bekmann, eine sogenannte Wahlreform einzubringen. Früher, als er selbst es wohl gedacht, ist die Hoffnung, der Herr von Gerling, der Führer des aristokratisch-kirchlichen Flügels des Zentrums, Ausdruck gegeben hat, verwirklicht worden. Das politische Ziel seines Anhangs, allen Forderungen der bürgerlichen Linken und der Sozialdemokratie die geschlossene reaktionäre Bilanz der verbündeten Konservativen und Klerikalen gegenüberzustellen, ist im wesentlichen verwirklicht.

Die Leidtragenden der Zertrümmerung des Bülowblocks waren vor allem die Nationalliberalen. Sie fühlten sich ja als „Kern des Blocks“, sie hofften endlich zu einigem Einfluß und einigem Ansehen zu gelangen. Zwar erwiesen sich schon zu Bülow's Zeiten diese Hoffnungen zum größten Teil vergeblich. Die Konservativen behandelten die Nationalliberalen nach alter Gewohnheit en canaille; aber in der feilschen Modära durfte wenigstens Herr Wasser mann von Zeit zu Zeit protestieren und sich vom Fürsten Bülow einige Trostworte spenden lassen. Heute sind die Nationalliberalen völlig an die Wand gedrückt. Zu einer irgend wirksamen Opposition wagen sie sich nicht aufzuraffen und die von Herrn von Seydewitz eingeleitete Regierung hat nicht die Erlaubnis, ihre bereitwillig dargebotenen Dienste anzunehmen. So spielen sie im Reichstag die Rolle des Achsenbröckels, das von niemandem beachtet wird und nichts ist ihnen geblieben als die Hoffnung auf den Prinzen, der sie einst erlösen soll.

Nun ist es freilich gewiß, daß die Tage der Herrschaft des schwarz-blauen Blocks im Reiche gezählt sind. Denn daß die nächsten Reichstagswahlen wieder eine konservativ-kerikale Majorität ergeben könnten, ist recht fraglich. Aber die Machtstellung der Konservativen beruht viel weniger auf ihrer Stärke im Reichstag, als auf ihrer Stellung im preussischen Landtag, wo sie als regierende Partei die Verwaltung und die Regierung ganz in ihrer Hand haben. Nicht durch die Wahlen im Reiche allein, sondern nur durch ihre Ueberwindung in Preußen kann die Herrschaft des schwarzen Schnapsblocks vom deutschen Volke abgeschüttelt werden. Das Dreiklassenwahlrecht aber bedeutet die Bereinigung der junkerlichen Diktatur. Ohne grundlegende

Änderung des Wahlrechts kann der schwarz-blaue Block in Preußen nicht zerbrochen werden. Und so wird die preussische Wahlreform zur Vorbedingung für jede Änderung der politischen Verhältnisse im Reiche wie in Preußen.

Das haben nun sogar die Nationalliberalen begriffen. Und auch sie fordern die Wahlreform. Macht doch das geltende Dreiklassenwahlrecht sie politisch im preussischen Landtag völlig entbehrlieh und daher gänzlich einflußlos. Nur in den seltenen Fällen, wo Konservative und Zentrum in irgendwelchen Nebensachen miteinander meins sind, dürfen die Nationalliberalen den Konservativen zur Majorität verhelfen. Gewöhnlich sind sie aber für die reaktionäre Majorität das fünfte Rad am Wagen, während sie als Opposition wegen ihrer Feigheit nur ein komische Rolle spielen. Dazu kommt, daß das Privilegienwahlrecht nicht, wie sie so gerne möchten, auf sie selbst, sondern auf Konservative und Zentrum zugeschnitten ist. Obwohl sie nicht viel weniger Stimmen bei den Landtagswahlen aufgebracht haben als die Konservativen — man zählte 318 589 oder 12,71 Proz. an nationalliberalen gegen 354 786 oder 14,5 Proz. an konservativen Stimmen —, haben die Nationalliberalen nur 65, die Konservativen dagegen 152 Abgeordnete. Sind also die Nationalliberalen gegenüber der Sozialdemokratie mit ihren 598 522 Stimmen und ihren 6 Mandaten noch immer ungeheuerlich bevorzugt, so sind sie doch gegenüber den Konservativen außerordentlich im Nachteil. Ihr Wunsch nach einer Änderung des Wahlrechts ist daher begründet. Aber diese bornierten Interessenspolitiker wollen nur eine Wahlreform, die ihnen allein Vorteile bringen, die Entrechtung der Massen aber erhalten soll. An Stelle des konservativ-kerikalen Privilegs wollen sie das nationalliberale setzen, das Privileg selbst aber erhalten. Deswegen sind sie zwar bereit, für eine modernere Wahlrechtsenteilung und für das geheime Wahlrecht zu stimmen, bleiben aber Feinde des gleichen Rechts. Nun zeigt aber die Erfahrung aller Wahlrechtsdebatten, daß diese Haltung der Nationalliberalen überhaupt jede Wahlreform, die diesen Namen verdient, unmöglich macht. Und das ist ja eigentlich selbstverständlich.

Sinter der nationalliberalen Forderung steht nichts als ihre 65 Mandate, also eine hoffnungslose Minorität. Daß die konservativ-kerikale Majorität die Wünsche dieser Privilegienkämpfer erfüllen wird, nur um die eigenen Privilegien zu verkürzen, ist natürlich völlig ausgeschlossen. Daß aber die Volksmassen sich in Bewegung setzen werden, um an Stelle der einen Privilegien andere zu setzen, werden die Nationalliberalen selbst nicht glauben. So wäre die Rolle der Nationalliberalen eine überaus lächerliche, wenn sie nicht zugleich eine so überaus schändliche wäre. Denn nur die Feindschaft der Nationalliberalen gegen das gleiche Recht macht dem Zentrum seine verräterische Taktik in der Wahlrechtsfrage so leicht und befestigt damit die Herrschaft des Schnapsblocks. Würden die Nationalliberalen einsehen, daß das Privilegienwahlrecht in jeder Form in Preußen eine Unmöglichkeit geworden ist, daß nur für die Erringung des gleichen Rechts sich jene Kräfte entfesseln lassen, die zur Ueberwindung der Junkerherrschaft entfesselt werden müssen, dann wäre dem Zentrum sein freies Spiel mit den Volksrechten gründlich verdorben. Das Zentrum kann im preussischen Abgeordnetenhaus seine Feindschaft für das gleiche Wahlrecht, zu der es sich den Konservativen gegenüber verpflichtet hat, bei den Abstimmungen verhüllen und zum Schein für das gleiche Recht nur deshalb stimmen, weil es sicher weiß, daß die Nationalliberalen im entscheidenden Moment den Konservativen stets zur Hilfe eilen. Die nationalliberale Dummheit sichert das Zentrum vor den Folgen seiner Zweideutigkeit und erlaubt ihm jene Heuchelei, welche noch immer so manchen seiner Anhänger irre führt.

Nur die Wahlrechtsfeindschaft der Nationalliberalen ermöglicht heute die Herrschaft der vereinigten Konservativen und Klerikalen. Und wenn die Nationalliberalen über die Folgen dieser Herrschaft jammern, so muß ihnen gesagt werden, daß sie die Mitschuldigen sind und mit die Verantwortung für diese Herrschaft tragen. Und diese Verantwortung wird ihnen nicht nur in Preußen, sondern bei den nächsten Reichstagswahlen mit allem Nachdruck vorgehalten werden. Feinde des gleichen Wahlrechts in Preußen werden vor den Wählern des Reichstagswahlrechts nicht bestehen und die Mitschuldigen des schwarzen Blocks werden keine andere Behandlung erwarten dürfen als die Hauptschuldigen. Denn für die Verweigerung des gleichen Rechts gibt es keine Milderungsgründe.

Die reaktionäre Presse und das Verbot der Wahlrechtskundgebung im Treptower Park.

Die gestern unter der Ueberschrift „Troß alledem!“ vom „Vorwärts“ erteilte Antwort auf das Versammlungsverbot des Herrn Polizeipräsidenten v. Jagow hat in der reaktionären Presse eine höchst komische gereizte Stimmung ausgelöst, die deutlich erkennen läßt, daß man jetzt auch in den Regierungskreisen einzusehen beginnt, wie wenig der Arbeiterklasse die polizeiliche Taktik imponiert. Besonders scheint man es in jenen Kreisen als schmerzhaft zu empfinden, daß die Sozialdemokratie sich weder in berechtigter Empörung über das Verhalten der Polizeileitung zu einer offenen Widerhandlung gegen das polizeiliche Verbot hinreichend läßt, noch sich demütig der väterlichen Weisheit der Polizeiverwaltung unterwirft, sondern den beabsichtigten Schlag einfach dadurch pariert, daß sie eine andere Form der Befreiung ihres Protestes wählt, die von dem Verbot nicht betroffen wird und gegen keine Paragraphen des Reichsvereins- und Versammlungsgesetzes verstößt.

Am meisten wüten natürlich die Blätter, die zum Polizeipräsidenten und dem preussischen Ministerium des Inneren gute Beziehungen unterhalten und in den Ministern nichts anderes sehen als Vollstrecker ihres Willens, denen sie, wenn ihnen deren Verhalten nicht paßt, sogar ganz ungeniert zu höchst eigenartigen kullischen Genüssen einladen.

Voran geht die „Deutsche Tageszeitung“, die sich zunächst an Herrn Oberbürgermeister Kirchner zu reiben sucht und dann den Polizeipräsidenten v. Jagow als staatsverhaltendes Genie feiert — was nicht verwunderlich ist; denn, wie wir schon gestern nachwies, reicht die Kongenialität zwischen Polizeipräsidenten und Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“ so weit, daß beide fast bis auf das Wort die gleichen Gedanken haben. Zum Schluß schreibt das ehrfame Händlerblatt:

„Bei allen staatsverhaltenden Parteien dürfte das Verhalten des Ministers und des Polizeipräsidenten volle Anerkennung finden. Man kann aber ruhig noch einen Schritt weiter gehen als der Minister: Nicht einmal für ihre organisierten Anhänger können die sozialdemokratischen Führer die Bürgerschaft übernehmen; Beispiele gegen dafür sind vorhanden. Ja noch mehr, selbst unter den Führern dürfte sich mancher finden, den man hier nicht mit gutem Gewissen zum Gärtner setzen könnte. Worum haben die Sozialdemokraten nicht statt der Herren Borgmann und Ernst etwa den jungen Lieberich und den Behm-Gebote-Hoffmann zu den Behörden geschickt? Das wäre ehrlicher gewesen und hätte die Situation in ein richtiges Licht gesetzt. Dieser Hinweis ist wohl deutlich genug; und wir brauchen uns kaum weiter um den Nachweis zu bemühen, daß die „Bürgerschaft“, die unsere sozialdemokratischen Führer für das Verhalten von Wahlrechtsdemonstranten anbieten, völlig ungenügend, ja wertlos ist.“

Der „Vorwärts“ kündigt nun an, daß sich die Wahlrechtsfreunde im Treptower Park zu Hunderttausenden zu einem friedlichen Spaziergange einfinden würden. Wir haben das Vertrauen, daß die Berliner Polizei auf der Hut sein und Sorge tragen wird, daß solche Spaziergänge nicht zu unzulässigen Kundgebungen ausarten. Der Anerkennung und Unterstützung aller staatsverhaltenden Kreise kann sie dabei vollkommen sicher sein, und sie erfüllt nur ihre Pflicht, wenn sie nachdrücklich und wirksam dem Gehege Verschafft und jeder Störung der öffentlichen Ordnung vorbeugt.

Die „Kreuzzeitung“ geht in ihrer nervösen Erregung sogar so weit, daß sie die Polizei auffordert, sich einer offenen Gehegeverletzung schuldig zu machen und friedliche Spaziergänger zu attackieren. Das Blatt der Hammersteinlinge schreibt nämlich:

„Die sozialdemokratische Parteileitung geht, wie man hier sieht, entgegen ihrer seitherigen vorsichtigeren Taktik, darauf aus, die großstädtischen Arbeitermassen direkt zu geschwätzigen Handlungen systematisch aufzureizen. Es ist der Beginn eines sorgfältig geplanten Massenvorstoßes gegen die Staatsgewalt, der jetzt um so größere Beachtung verdient, weil der sozialdemokratische Revolutionsgedanke, der 18. März, nicht mehr fern ist. Es wäre zu verwundern, wenn nicht gerade für diesen Tag besonders mächtige Kundgebungen geplant wären. Die Staatsregierung wird sich Angesichts dieser fortwährenden Aufregung der Massen, die eine fortwährende Bedrohung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit darstellt, doch nun einmal die ernste Frage vorlegen müssen, ob es nicht die höchste Zeit ist, der so dreist verhöhnenden Staatsautorität mit aller Strenge Geltung zu verschaffen.“

Man scheint in den Redaktionsräumen des Junkerblattes übermäßig einzubeugen. Der sozialdemokratischen Parteileitung ist es gar nicht eingefallen, direkt zu geschwätzigen Handlungen systematisch aufzureizen. Allem Anschein nach sieht in seiner albernen Jurdisamkeit bereits das Blatt in einem friedlichen Spaziergange in öffentlichen Parks eine „geschwätzige Handlung“ und „Verhöhnung der Staatsautorität“, die nur durch einen schändlichen Gehst werden kann.

Am Obersten ist natürlich, wie immer, die Kronbeinische Post. Sie nimmt ohne weiteres an, die Sozialdemokratie hätte nur deshalb eine Versammlung im Treptower Park abgehalten wollen, um die Anlagen hoffnungslos zu ruinieren. Besonders aber findet sie unbegreiflich, daß die Sozialdemokratie nicht, wie es so schön im preussischen Hofjargon heißt, in Devotion vor den Verfügungen der Polizei „erzittert“. Sie meint:

„Die ganze Erklärung des „Vorwärts“ ist eine Verhöhnung der Behörden, die sicherlich alle Schritte ergreifen werden, um die geplante Demonstration nicht zur Tat werden zu lassen. Denn jede Nachsichtigkeit bedeutet hier einen empfindlichen Autoritätsverlust der gesetzmächtigen Hüter der öffentlichen Ordnung. Denn „Trotzdem“ des „Vorwärts“ muß ein absolutes „Nein!“ und „Unmöglich!“ schon aus dem Grunde entgegengesetzt werden, damit die Genossen endlich einmal begreifen, daß ihnen die Straße noch immer nicht gehört.“

Auch die „Tägl. Rundschau“ darf unter diesen Uebergeknappungen nicht fehlen. Sie schreibt mit der ihr eigenen Ueberlegenheit:

„Es ist schwer, mit diesen Leuten zu rechten. Wenn man nicht längst wüßte, daß die Sozialdemokratie das Recht auf die Straße im Grunde doch nur in der Absicht fordert, um den Zusammenstoß mit der Polizei und das dabei unvermeidliche Blutvergießen herbeizuführen, ohne welches der Veranstaltung die aufreizende Pointe fehlt, könnte man meinen, die Herren v. Jagow und v. Rolke sollten dem Begehren stattgeben und abwarten, was kommt. Indessen wird ihr Standpunkt, daß die Sozialdemokratie (selbst wenn sie den friedlichen Ausgang solcher Demonstrationen wirklich ernsthaft wollte) den Janhagel gar nicht in der Hand hat, allseitige Billigung verdienen, so daß das Verbot des „Spazierganges“ unabweisbar gerechtfertigt ist. Seht die „Berliner Arbeiterschicht“ den Plan dennoch durch, so bleibt die Verantwortung allein bei der Sozialdemokratie, wenn immer auch ihre im sicheren Verstand bleibenden Führer sie von sich abzuwälzen suchen werden.“

Die Logik eines Geisteskranken! Wenn die Sozialdemokratie Zusammenkünfte mit der Polizei will, weshalb ersuchte sie dann um polizeiliche Genehmigung einer Versammlung im Treptower Park und weshalb verpflichtete sie sich dann, Garantie für strenge Aufrechterhaltung der Ordnung zu bieten.

Die linksliberalen Blätter beschränken sich meist auf Auszüge aus dem „Vorwärts“ mit kurzen einleitenden Bemerkungen.

Neue Verhöhnungen?

Die Verhöhnung der Wahlreform durch den schwarzblauen Block hat einen begeisterten Bewunderer gefunden. Es ist der tüchtige Feind des Reichstagswahlrechts, der erbitterte Gegner jeder Sozialreform, der unermüdete Scharfmacher, der freikonservative Herr v. Jeddli. Die Bewunderung für die Hinterlist, mit der Konservative und Merikale ihren insamen Streich verübt haben, indem sie in das Gesetz die geheime Wahl ausnahmen, um in der Praxis durch Kontrollierung der Wahlmänner den Zweck der geheimen Wahl völlig illusorisch zu machen und den Wahlterrorismus noch bequemer als bisher ausüben zu können, diese Bewunderung drängt sogar das blamable Gefühl in den Hintergrund, mit seiner Voraussage, daß die öffentliche Wahl unumgängliche Voraussetzung des Zustandekommens der Wahlreform im Privilegienhause sei, sich wieder einmal als falscher Prophet erwiesen zu haben. Herr v. Jeddli ist über die Idee, den Wahlterrorismus auf dem Papier abzuleugnen und ihn in Wirklichkeit desto wirksamer zu gestalten, so entzückt, daß er diesen Zweck der Uebung, der vom Zentrum namentlich so eifervoll abgeleugnet wird, laut hinauspreist. Er schreibt:

„Die realpolitische Auffassung der Konservativen tritt drastisch in der Wahl der Bedingungen, unter denen die Konservativen sich mit der geheimen Wahl abzufinden bereit sind, hervor. Die Wahl der Abgeordneten durch Wahlmänner in öffentlicher Abstimmung beugt einer Verschlechterung ihrer Wahlausichten wirksam vor. Unter diesem Gesichtspunkte ist unabweislich für sie das Wahlkompromiß vorteilhafter als die öffentliche und direkte Wahl nach der Regierungsvorlage; daß es trotzdem den Anschein einer weitergehenden Konzession hat als diese, wird gleichfalls als ein Vorteil anzusehen sein. Daß die konservative Parteileitung unter diesen Umständen die bis dahin prinzipiell so hochgehaltene öffentliche Wahl fast über Bord warf, macht ihrer realpolitischen Entschlossenheit alle Ehre.“

Das Geständnis aus so sachverständigen Munde, daß das schwarzblaue Machwerk für die Konservativen noch vorteilhafter ist als selbst das Bethmannsche Schandgesetz, wird man sich merken, wird man immer und immer wieder den Merikalen Verrätern vorhalten müssen.

Den Führer der Freikonservativen, einer Partei, die politisch nur von dem insamen Klassenprivileg lebt, plagt unter solchen Umständen nur die Sorge, daß die Schmach dieser Verschlechterung auf den verbündeten Konservativen und Merikalen, denen sich natürlich als Dritte in dem volksfeindlichen Bunde auch die Freikonservativen zugesellen, sitzen bleiben könnte. Er sucht deshalb nach Mitschuldigen und sieht diese natürlich in den Nationalliberalen. Denn eine „von den Konservativen und dem Zentrum allein durchgedrückte Wahlrechtsordnung“ würde nicht als eine längere Dauer versprechende Lösung der Aufgabe angesehen werden können.“ Deshalb sollen sich die Nationalliberalen dem Volksverrat anschließen. Herr v. Jeddli tut so, als ob dieser Anschluß allein die Regierung und das Herrenhaus von ihrem Widerstand gegen die geheime Wahl — die aber ja nach seinem eigenen Geständnis gar keine geheime Wahl ist — abbringen könnte. Aber das ist bloßes Geklunne, denn in Wirklichkeit ist es natürlich ausgeschlossen, daß das Exekutivorgan der preussischen Konservativen, die sogenannte Regierung, etwas gegen den Willen ihrer Auftraggeber zu tun wagt. Dieser Trug findet heute keine Gläubigen mehr. Herr v. Jeddli möchte vielmehr das politische Gesicht der Nationalliberalen an das des schwarzblauen Blocks fetten und sie bewegen, freiwillig einen Teil der Verantwortung auf sich zu nehmen. Sie sollen mitgefesselt sein, wenn es zur Abrechnung kommt, die das deutsche Volk mit den Feinden seines Rechts vornehmen wird.

Auf die Haltung der Nationalliberalen kann man also gespannt sein. Die Zumutung des Freiherrn v. Jeddli würde jede andere Partei als Beleidigung nicht nur ihrer politischen Ehre, sondern auch ihres politischen Verstandes entzückt zurückweisen. Bei den Nationalliberalen ist das natürlich zweifelhaft. Schon kommen auch von anderer Seite Meldungen über Verhandlungen, die die Nationalliberalen zu Helfershelfern des Schnapsblocks machen sollen. Es sollen ihnen auch Zugeständnisse gemacht werden

durch — weitere Verschlechterung des jetzigen Wahlrechts! Die alte Forderung der Nationalliberalen, daß die Drittelung nach Wahlbezirken aufgehoben und nur im ganzen Wahlbezirk gedrittelt werden soll, wird als Köder benutzt. Dies bedeutete, daß die künftigen Ausschüssen auf eine Vertretung der Arbeiterklasse noch verringert werden sollen! Also neue Verschlechterungen sollen die Zustimmung der Nationalliberalen erkaufen! Ob die Nationalliberalen dieser Einladung zum politischen Selbstmord folgen werden, werden vielleicht schon die nächsten Tage zeigen.

Für die Volksmassen aber folgt daraus die Lehre, daß es in der Frage der Wahlreform kein Zögern geben darf. Was immer die Koalition der Volksfeinde beschließen möge, das Schicksal des gleichen Rechts ruht in den Händen des Volkes selbst und nur auf ihre eigene Kraft ist der Sieg gestellt.

Der Wahlrechtskampf.

Merikale Täuschungsversuche.

In welcher verlogenen Weise die Merikale Presse ihren Lesern die heutige politische Lage in Preußen und das Verhalten der Zentrumsvertreter in der Wahlrechtskommission des preussischen Abgeordnetenhauses darzustellen sucht, zeigt folgende jesuitische Leistung der bigotten „Köln. Volksztg.“:

„Die Parteien der Linken, die in der Wahlrechtsfrage den Standpunkt „alles oder nichts“ vertreten, suchen ihrer Forderung durch möglichst geräuschvolles Auftreten Nachdruck zu verschaffen. Sie protestieren und demonstrieren, halten Landau und Landau Versammlungen mit großen Reden und inszenieren StraßenDemonstrationen. Die Rechte und das Zentrum machen keinen Spektakel nach außen, sie operieren nicht mit phrasenreichen Reden, sondern suchen in ruhiger erster Arbeit etwas zustande zu bringen, von dem sie überzeugt sind, daß es einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustande bedeutet. Sie suchen bei aller Betonung ihres grundsätzlichen Standpunktes soviel zu erreichen, als unter den gegenwärtigen Verhältnissen durchzuführen ist, und wenn es auch nicht dem Ideal entspricht, so nimmt man es hin als eine Etappe auf dem Wege zum Ziele, kurz man treibt ernsthaft Politik durch Erreichung des Möglichen unter Berücksichtigung der realen Verhältnisse. Sämtliche sechs Zentrumsmitglieder der Kommission sind wiederholt geschloffen für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf die Wahlen zum Abgeordnetenhaus eingetreten, das ist nach wie vor ihr prinzipieller Standpunkt. Allein kein einseitiger Wunsch kann sich der Erkenntnis verschließen, daß die Erreichung dieses Zieles zurzeit ein Ding der Unmöglichkeit ist. Bei der jetzigen Zusammenlegung des Abgeordnetenhauses ist das Zentrum gar nicht imstande, seinen Willen einseitig durchzusetzen; und selbst wenn dies möglich wäre, so kommen immer noch Herrenhaus, Regierung und Krone als gleichberechtigte gesetzgebende Faktoren in Betracht, die mit in Rechnung zu stellen sind. Würde sich das Zentrum auf den Standpunkt der linken Parteien stellen, so würde das Gesetz eben ohne es gemacht, und die Befürchtung, daß Schlimmeres zustande käme, wäre nicht von der Hand zu weisen.“

Die Merikale Ethik schätzt, wie man sieht, nicht vor bewusster Unwahrheit. Es ist geradezu lächerlich, wenn die „Köln. Volksztg.“ behauptet, falls das Zentrum nicht mit den Konservativen mogele, sondern die liberalen Forderungen unterstütze, würde das neue Wahlgesetz ohne das Zentrum gemacht werden. Das ist schon deshalb unmöglich, weil in diesem Fall die nötige Mehrheit fehlen würde. Das Ergebnis würde in diesem Fall sein, daß vorläufig überhaupt kein neues Wahlgesetz zustande käme — sicherlich kein Rechtteil.

Vernünftige Polizeiprääsidenten.

Der Polizeipräsident in Kassel hat das für Sonntag, den 6. März, geplante Massenmeeting unter freiem Himmel erlaubt. Der Magistrat hat den größten in städtischem Bezirk befindlichen Platz, den sogenannten „Fors“, zur Abhaltung des Massenmeetings freigegeben.

Der Polizeipräsident hat außerdem die nachgesuchte Erlaubnis zu einem Demonstrationszug durch die Stadt erteilt.

Ebenso hat die Polizeibehörde von Essen eine Wahlrechtsversammlung unter freiem Himmel und zwar auf einem großen Platz, der mitten in der Stadt liegt, genehmigt. Polizei soll nur ganz wenig aufgegeben werden, dagegen mußten sich unsere Genossen verpflichten, bei dem Au- und Abmarsch zwei bis drei der bestleibtesten Geschäftsstrassen zu vermeiden.

Auch in Solingen wurde die Genehmigung zu einer Versammlung unter freiem Himmel erteilt.

Ob sich Herr v. Jagow und der Minister v. Rolke nicht nachgerade schämen?

Eine seltsame Nichtigstellung

veröffentlicht die „Liberale Korrespondenz“. Sie schreibt:

Phantastische Reporter haben dem Abg. Raumann eine eigenartige Rolle bei dieser Gelegenheit angedichtet. Er soll an der Spitze eines Demonstrationszuges marschiert sein, von kräftigen Männern sei er, so hieß es weiter, emporgehoben worden und er habe von den Schultern dieser Männer herab ein dreimaliges Hoch auf den Wahlerfolg ausgebracht. Hiervon ist nichts wahr. Abg. Raumann ist ganz einfach, wie Hunderte von anderen Männern, aus dem Zirkus nach Hause gegangen, und zwar am Schloß vorbei bis nach Unter den Linden, wo er eine Drofschleife fand und sie bestieg. Unterwegs brachte man ihm Deonationen dar; es ist ihm aber nicht eingefallen, eine Ansprache zu halten, auch wurde er nicht emporgehoben, einen schäblichen Versuch hierzu wies er entschieden zurück. Es gibt ein ganz falsches Bild der Vorgänge, wenn man Raumann als „Führer“ eines Demonstrationszuges darstellt. Ein solcher existierte nicht, und Raumann hatte nichts zu führen und wollte nichts führen. Er war einfach Privatmann, der die Straße benutzte wie andere auch.

Die auffällige Weise, in der hier bestritten wird, daß der Abg. Raumann am Zuge teilgenommen hat, wirkt fast komisch. Fast scheint es, als fürchtet man in dem Kreise um Raumann, daß gegen ihn der Staatsanwalt einschreiten könnte.

Reaktionäre Stadtverordnete.

Die bürgerlichen Stadtverordneten in Kiel, die in ihrer Mehrheit sich zum Freisinn rechnen, haben sich Dienstag abend in der Wahlrechtsfrage genau so reaktionär gezeigt, wie der Oberbürgermeister und der gesamte Magistrat. Nachdem die sozialdemokratischen Stadtverordneten dreimal versucht hatten, die städtischen Kollegen zu einem Vorgehen in der Frage des preussischen Wahlrechts zu veranlassen, diese Ansicht jedoch von dem Oberbürgermeister verhindert wurde und dieser sogar in einem Schreiben an den Stadtverordneten Adler und den freisinnigen Landtagsabgeordneten und Stadtverordneten Hoff ausführte, daß er über die Wahlrechtsfrage in den städtischen Kollegien nicht einmal reden lassen werde, brachten unsere Genossen Adler und Riendorf die Wahlrechtsangelegenheit gestern abend in einer besonderen

Sitzung der Stadtverordneten zur Sprache. Genosse Adler wollte die Kompetenz des Oberbürgermeisters anzweifeln. Anträge von Stadtverordneten nicht auf die Tagesordnung der gemeinsamen Kollegiensitzung zu setzen. Genosse Riendorf beantragte, daß jetzt die Stadtverordnetenversammlung wegen der preussischen Wahlrechtsvorlage eine Petition an den Landtag richte. Der Stadtverordnetenvorsteher erklärte, diese Anträge bedürften des Dringlichkeitsbeschlusses. Die Mehrheit lehnte die Dringlichkeit ab, nur zwei bürgerliche Stadtverordnete stimmten dafür. Damit war auch in der Stadtverordnetenversammlung vorläufig die Stellungnahme zur Wahlrechtsvorlage unmöglich gemacht. Unsere Genossen werden nunmehr rechtzeitig zur nächsten Stadtverordnetenversammlung einen neuen Wahlrechtsantrag einbringen.

Gaststrafen gegen Demonstranten.

Die unser Frankfurter Bruderblatt, die „Volksstimme“ meldet, hat das Amtsgericht gegen Leute, die am 13. Februar bei den StraßenDemonstrationen am Hohenzollernplatz verhaftet worden waren, wegen großen Unfugs Gaststrafen von fünf Tagen und mehr ausgesprochen durch einfachen Haftbefehl. Es wird gerichtliche Entscheidung beantragt werden.

Koalitionsrecht — Erpressung — Preßknebel.

Die gestrige Sitzung der Strafsatzkommission beschäftigte sich zuerst mit der zu § 253 Str.-G.-B. vorgeschlagenen Aenderung. Unseren Lesern ist aus dem Bericht über die Vorlage und über die erste Lesung in der Kommission in Erinnerung, daß der Vorschlag der Regierung durchaus ungenügend ist, um endlich eine Sicherstellung der Bedrohung von Arbeitseinstellungen gegen eine Verurteilung wegen Erpressung zu erreichen. Es ist in den Motiven zum Gesetzentwurf und in der Kommission von dem Regierungskommissar besonders betont, daß in jedem Falle der Richter den Wert der beiderseitigen Leistungen in Betracht zu ziehen und abzuwägen habe, ob der „vereinbarte Lohn im Mißverhältnis zu dem wahren Wert der Arbeitsleistung steht“. Dadurch wird der Willkür des Gerichts eine zweite Schranke geöffnet und die Arbeiterklasse läuft Gefahr, daß der Erpressungsparagraph in noch stärkerem Maße wie bisher als Kampfmittel gegen sie angewendet wird und auch, daß Höchst-Lohnknoten, wie sie bis ins neunzehnte Jahrhundert hinein zum Recht der Arbeiter bestanden, wieder eingeführt und ihre Uebertretung mit einer Strafe wegen Erpressung geahndet wird. Unsere Genossen in der Kommission und das Zentrum bemühten sich, diese Gefahr durch Amendements zur Vorlage zu beseitigen. Ihre Anträge wurden jedoch durchweg abgelehnt. Der Antrag des Abgeordneten Gröber sowie ein Antrag des Abgeordneten Mayer-Kaufmann wollten der Möglichkeit als Drohung im Sinne des Paragraphen 253 jede Drohung mit einem Uebel als hinreichend (also auch die Drohung mit einem Streik) als ausreichend zu erachten, dadurch begünstigen, daß sie an Stelle der Drohung verlangten zu setzen: „Drohung mit einer rechtswidrigen Handlung, mit Verbeiführung einer gegenwärtigen Gefahr für Gesundheit oder Leben, mit Erstattung einer Strafanzeige, mit der Stellung oder Nichtzurücknahme eines Strafantrages oder einer Strafklage, oder mit einer nachteiligen Entfällung“ oder: „Drohung mit einer strafbaren oder einer an sich oder in Verbindung mit der Drohung sittlich verwerflichen Handlung.“ Bei Annahme einer dieser Fassungen wäre es bei der Möglichkeit einer Bestrafung wegen Erpressung verblieben, wenn die Drohung mit einem Streik gleichzeitig die Drohung mit einem Vertragsbruch sein würde. Von unseren Genossen war beantragt, das Wort „Drohung“ in § 253 durch folgende Fassung zu ersetzen: „Bedrohung mit einer strafbaren Handlung oder mit einer Strafanzeige oder mit der Verbreitung einer für den Verdachten oder für eine ihm nahestehende Person ehrenkränkenden Behauptung.“ Ferner verlangten sie den Begriff „rechtswidriger Vermögensvorteil“ in § 253 zu ersetzen durch „Gewinn (eventuell statt seines berechtigten Interesses oder dem eines Dritten liegt“. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages hatten unsere Genossen beantragt, dem § 253 den schon in letzter Lesung beantragten Zusatz hinzuzufügen, der ausschließt, daß das Verlangen nach bestimmten Löhnen usw. als rechtswidriger Vermögensvorteil erachtet werden kann, und ferner, dem § 253 zuzusetzen: „die Drohung mit einem Nachteile, die der Verweigerung entspricht, insbesondere die Drohung mit einer Einstellung der Arbeit oder mit einer Sperre, ist keine Drohung im Sinne dieser Vorschrift.“

Nach Ablehnung aller dieser Anträge gelangte die bereits in erster Lesung angenommene Regierungsvorlage gegen die Stimmen unserer Genossen und weiterer drei Kommissionsmitglieder zur Annahme.

Die neulich abgebrochene Debatte über die Preßknebelungsvorschriften

wurde darauf fortgesetzt. An Stelle des § 188a der Beschlüsse erster Lesung, bei der Wahrheitsbeweis in erheblicher Weise ausschließen sollte, war folgende Vorschrift als § 188a vom Abg. Wolfstein vorgeschlagen:

„Mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten wird bestraft, wer böswillig den Frieden des Privatlebens eines anderen dadurch verletzt, daß er öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen Mitteilungen über dessen persönliches, häusliches oder Familienleben macht.“

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrages ist zulässig.

Der Antrag kann bis zur Verkündung eines auf Strafe lautenden Urteils auf die Verfolgung wegen dieses Vergehens beschränkt werden. Bis zu demselben Zeitpunkt kann die Beschränkung des Antrages zurückgenommen werden. Im Falle der Beschränkung ist eine Beweisaufnahme über die Wahrheit der mitgeteilten Tatsache unzulässig.

Der § 193 findet Anwendung.“

Sie wurde insbesondere vom Abgeordneten Dr. Wagner (L.) lebhaft befürwortet, auf der anderen Seite von den Abgeordneten Frohme, Stathagen und Gröber ebenso lebhaft bekämpft. Die beiden Letzteren führten außerdem noch einmal eindringlich vor, daß für eine Verschärfung der Strafbestimmung im § 188a auch nicht der geringste Grund vorliege, daß vielmehr die neuen Vorschriften sehr geeignet seien, die Kritik öffentlicher Mißstände durch oppositionelle Blätter noch mehr als heute zu erschweren und insbesondere der Provinzpresse durch die ungeheuerlichen Geldstrafen (Geldstrafe bis 10 000 M., daneben 20 000 M. Haft und Gefängnis bis zu zwei Jahren) den Garaus zu machen.

Bei der Abstimmung stießen die sämtlichen gegen die Preßgerichte Vorwürfe. Die Kommission schlägt mithin vor, es bei dem bestehenden § 186 zu belassen.

Gegen die Strafverschärfung stimmten die Sozialdemokraten, das Zentrum, der Pole, die Freisinnigen (Abg. Geddes) stimmte

war gegen die Annulierung von Freiheits- mit Geldstrafen, aber für die Erhöhung der Geldstrafe) und Abg. Kölle (Antif.).

Die so gestaltete Vorlage wurde einstimmig angenommen. Durch diese Zustimmung in der Kommission ist selbstverständlich der Stellung der Parteien im Plenum nicht präjudiziert. Es wird im Plenum nochmals der Versuch gemacht werden müssen, den § 233 so zu gestalten, daß seine mißbräuchliche Anwendung gegen Lohnkämpfer aufhört.

In der heutigen Sitzung beginnt die Beratung über die Gerichtsorganisation und die Strafprozessordnung.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. März 1910.

Luftschiffahrt, Hochseefischerei und Heimattwesen.

Aus dem Reichstag. 2. März. Die Sitzung wurde eröffnet mit der Abstimmung über die zum Titel „Staatssekretär“ eingebrachten sozialpolitischen Resolutionen, deren einige angenommen wurden. Die Fülle dieser Resolutionen beeinträchtigt allerdings einigermaßen die antreibende Kraft der einzelnen. Aber die Schuld des Zentrums, das — entgegen der ursprünglich zwischen den Fraktionen getroffenen Abmachung — etwa anderthalb Duzend Resolutionen eingebracht und dadurch auch die anderen Fraktionen wenigstens zur teilweisen Formulierung ihrer weitergehenden Forderungen genötigt hatte.

Bei der Einzelbesprechung der Etatspositionen sprang die Debatte naturgemäß zu den verschiedenartigsten Punkten über. Das Hauptinteresse beanspruchte zunächst die Frage der Luftschiffahrt, deren Förderung die Redner mehrerer bürgerlicher Parteien eifrig befürworteten. Weit ausgiebiger noch war die Erörterung der Maßregeln zur Förderung der Hochseefischerei. Nacheinander erklimmen fast sämtliche bürgerliche Vertreter der „Watersant“ die Rednertribüne, um ihr armes Herz für die deutschen Heringfischer zu betätigen. Die Wünsche, die da kundgegeben wurden, gingen hauptsächlich dahin, daß die Fischdampfer und Fischerboote mit Einrichtungen für drahtlose Telegraphie auf Reichskosten ausgerüstet werden müßten, damit man ihnen Sturmwarnungen telegraphieren und ihnen selber Gelegenheit geben kann, in Seenoth Hilfe herbeizurufen. Ferner wurde eine Resolution befürwortet und angenommen, die eine Frachtermäßigung für Seefische auf den Eisenbahnen verlangt.

Beim Bundesamt für das Heimattwesen wurde von dem Zentrumsabgeordneten Franz Kattborf eine Rede geführt über die Zigeuner. Nach seiner Darstellung leidet gerade seine Heimat Oberschlesien ganz besonders stark unter den aus Oesterreich herüberwandernden Zigeunern. Mit wachsendem Erstaunen hörte man, wie dieser Priester der Religion der Liebe allerhand Mittel zur Bekämpfung der „Zigeunerplage“, wie er es nannte, in Anregung brachte, die an Unmenslichkeit sich ungefähr messen können mit der Behandlung, die kolonisierende Europäer den Tropenbewohnern angedeihen lassen. Obendrein mit weinerlicher Stimme redete er vom Fortnehmen der Wogen und Herde der Zigeuner, damit sie nicht mehr umherziehen können, ja sogar von Fortnehmen der Kinder, die in Zwangs-erziehung gebracht werden müßten! Mit fühlendem Lächeln erwähnte er schließlich, es sei ein Vorschlag gemacht worden: die Zigeuner nach einer der deutschen Südeisenbahnen zu schaffen!

Genosse Brühne legte kräftig Verwahrung ein gegen diese erzpriesterlichen Beweise christlicher Nächstenliebe und stellte dann die Notwendigkeit dar, die Gesetzgebung über das Heimattwesen gründlich zu reformieren, sowohl um den Ausländern einen besseren Schutz gegen polizeiliche Drangsalierung zu gewähren und ihnen die Naturalisierung zu erleichtern, wie auch um die Deutschen in fremden Ländern besser davor zu beschützen, daß sie ihre Staatsangehörigkeit einbüßen. Nachdem der konservative Graf Carmer-Biesewitz die Franzosen Angriffe auf die Zigeuner unterstützt hatte, wenn er auch nicht so weit ging wie der Priester, wurde von der Rechten und vom Zentrum eine auf Einschränkung der Zigeuner gerichtete Resolution angenommen.

Nationalliberal-kerikales Gezänk.

Eine eigenartige Generaldebatte zum Vergehet war es, die sich am Mittwoch im preussischen Abgeordnetenhause entspann. Eigentlich sprachen nur der Minister Sydow und der polnische Abgeordnete Sorfany zur Sache, ersterer um das Ergebnis der Ursachen der Raddob-Katastrophe darzulegen, letzterer, um — ähnlich wie am Tage vorher der Sozialdemokrat — stärkere Maßnahmen zum Schutze der Bergarbeiter zu verlangen. Im übrigen wurde die ganze Sitzung ausgefüllt durch eine Auseinandersetzung zwischen Nationalliberalen und Zentrum, eine Auseinandersetzung, die schon deshalb recht interessant war, weil sie wieder einmal die Wichtigkeit des Wortes vom Rabbi und vom Wäscher bewies. Alle beide stinken: sowohl die Nationalliberalen als auch das Zentrum, und das Maß ihrer Sünden ist überfüllt. Wir können froh darüber sein, daß wir es gewesen sind, die sie veranlaßt haben, mal vor aller Öffentlichkeit ihre schmutzige Wäsche zu waschen, denn letzten Endes ist das Gezänk doch zurückzuführen auf die Angriffe, die unser Genosse Leinert gegen das Zentrum gerichtet hatte. Einige Renommierarbeiter des Zentrums bissen auf den Köder an, sie suchten sich weh zu waschen und die Nationalliberalen als abgefelmte Sünden hinzustellen. Auf diese Wortwürfe entgegneten wieder die Nationalliberalen. Kurz und gut: es war ein recht heiterer Nachmittag, der unser Waffenarsenal für die Agitation gegen beide Parteien nicht unbedeutend vermehrt haben dürfte.

Störung brachte nur der freisinnige Ghjling in die Vorstellung, der sich plötzlich als Hüter des guten Tones in den Parlamenten aufspielen zu müssen glaubte. Was geht es Herrn Ghjling an, wenn Zentrum und Nationalliberale sich gegenseitig vor Liebe aufreissen? Fürchtet er vielleicht, daß dann keine Partei mehr übrig bleibt, auf deren Rücken er und seine Freunde in die gesetzgebenden Körperschaften einzeln können?

Damit nicht etwa der Anschein erweckt werden könnte, als sei Leinert absichtlich nur gegen das Zentrum, nicht auch gegen die Nationalliberalen vorgegangen, benutzte Genosse Hirsch die ihm durch die Worte eines Zentrumsredners gebotene Gelegenheit, in Form einer persönlichen Bemerkung unseres Feindes gegen die Nationalliberalen Ausdruck zu geben; nur — so meinte er — könnten die Sozialdemokraten doch nicht an einem Tage gleich zwei Parteien todschlagen!

Schließlich erinnerte sich der Präsident daran, daß der Vergeltet auf der Tagesordnung stand; er ließ in aller Eile dem Minister sein Gehalt bewilligen und unseren Antrag, der eine Statistik über die Verhältnisse der Bergarbeiter verlangt, ablehnen. Jetzt waren die feindlichen Kräfte plötzlich wieder ein Herz und eine Seele: sie stimmten geschlossen gegen unseren Antrag, für den nur noch die Polen eintraten.

Am Donnerstag fällt die Plenarsitzung aus, damit die Wahlrechtskommission arbeiten kann. Am Freitag wird die Beratung des Vergehet fortgesetzt, doch wird vor der Plenarsitzung die Wahlrechtskommission noch einmal tagen, um ihre Arbeit zu beenden. Die Herren haben große Eile.

Die Bremer Lehrer und das Glückwunschtelegramm an Vebel.

Die Bremischen Lehrer, die aus Anlaß der im Wege des Disziplinarverfahrens erfolgten Dienstentlassung Holzmehers am 21. Februar versammelt waren, hatten einen Glückwunsch an den Genossen Vebel abgesandt, in dem der Hoffnung Ausdruck gegeben wurde, daß ihm noch ein recht langes Wirken im Dienste des Klassenkampfes beschieden sein möge. Das Telegramm, das in der Parteipresse abgedruckt war, war unterzeichnet: „Die sozialdemokratischen Lehrer Bremens“. Die Behörde veranstaltete darauf eine Art Kozzia. Es dauerte auch nicht lange und sie hatte 32 Hebelblätter auf der Liste. Die nichtsozialdemokratischen Lehrer demühten sich krampfhaft um die Herbeiführung einer Gelegenheit, der Behörde ihre Befähigungsfähigkeit zu dokumentieren. Es wurde eine öffentliche Lehrerversammlung einberufen, die gestern, Dienstag nachmittag, stattfand. Selbstverständlich wurde nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, wie gefährlich ein Fernbleiben von dieser Versammlung für einen Lehrer werden könnte. Ferner wurde zugleich mit der Einladung eine Resolution verlesen, die neben einigen Seitenhieben auf die Sozialdemokratie und unser Bremer Parteiorgan die „Politische Demonstration“ (das Telegramm der Lehrer an Vebel) als eine Verletzung des Urteils der Öffentlichkeit über die Lehrerschaft bezeichnet und dem gegenwärtigen Schulinspektor, mit dem die sogenannten radikalen Lehrer harte Kämpfe ausgefochten haben, volles Vertrauen ausspricht.

Diese Komödie gelang aufs beste. Man hatte von vornherein wohl berechnet, daß es zweifellos jedem Lehrer, der diese Resolution ernstlich bekämpfen würde, an den Kragen gehe. Unter solchen Umständen ist es nicht zu verwundern, wenn die Resolution debattellos angenommen wurde, zumal die Radikalen es bis auf wenige Ausnahmen vorgezogen hatten, die Versammlung nicht zu besuchen.

Über die „Gutgesinnten“ haben die Rechnung ohne die Arbeiterschaft gemacht, denn am Freitag wird sich eine öffentliche Versammlung mit dieser Sache beschäftigen.

„Liberalen Reformatoren der Sozialdemokratie“.

Aus Karlsruhe wird uns geschrieben: In Nr. 48 des „Vorwärts“ vom 26. Februar ist unter oben angegebener Spitzmarke eine Korrespondenz aus Baden abgedruckt, in der auf eine gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gerichtete Keuzerung des nationalliberalen Abg. Müller-Heiligkreuz in der Sitzung vom 28. Januar er. (Landwirtschaftsdebatte): „Gott besitze und vor diesen Freunden“ hingewiesen wird. Es ist da die Bemerkung beigefügt, daß unsere badische Kammerfraktion die Keuzerung „aufsehend einer Erwiderung und Abweisung nicht wert gehalten habe“. — Das ist ein Irrtum.

Die Keuzerung Müllers erfolgte, weil unser Fraktionsredner Breitenfeld in eingehender Weise den Vorwurf der Bauernfeindschaft zurückgewiesen, die erste Beschäftigung der Partei mit der Agrarfrage bezw. den Bauernschaft nachgewiesen und zu einer ganzen Reihe landwirtschaftlicher Spezialfragen sachgemäß Stellung genommen hatte. Müller hat auch andrücklich zugegeben, daß die Sozialdemokraten im Landtag „seit einigen Jahren redlich mitarbeiten in Budget- und anderen Gesetzesvorlagen, die sich auf die Förderung der Landwirtschaft beziehen“.

Am nächsten Tage erhielt Müller von unserem Genossen Bestels die Antwort: „Wenn die Nationalliberalen die freundliche Bemühen der Arbeiter so weit gewinnen könnten, wie wir durch unsere eifrige Tätigkeit die Bauern für uns gewinnen, und wenn sie es mit den Arbeitern ebenso ehrlich meinen, wie wir mit den Bauern, dann bin ich zufrieden.“

In einer weiteren Sitzung kam Genosse Pfeiffle auf Müllers Keuzerung zurück, indem er ausführte: Im Reichstag sind unsere Parteifreunde genau so warm für die Landwirtschaft eingetreten, als wir hier im Landtag das tun. Ich erinnere Sie nur an Dr. David und an verschiedene andere, die ein sehr warmes Herz für die Landwirtschaft haben. Die Zentrumsparthei macht ja gerade der nationalliberalen Partei immer zum Vorwurf, sie sei eine „Perronparthei“, sie meine es nicht gut und nicht ehrlich mit der Landwirtschaft. Dann wandte sich Pfeiffle sogleich gegen den Zentrums-Freiherrn von Rengingen, der in Müllers Rede gehauen hatte, und schloß wie folgt: „Daß wir bis jetzt immer die Interessen der Bauern gewahrt haben, das geht daraus hervor, daß wir bei der letzten Landtagswahl beinahe so viele bäuerliche Stimmen erhalten haben, wie das Zentrum, und mehr Stimmen wie die Nationalliberalen, — ein Beweis dafür, daß man und glaubt, wie ehrlich wir es mit der Landwirtschaft meinen. Endlich möchte ich dem Abg. Freiherrn v. Wenyingen noch sagen: Die Sozialdemokraten haben keine Bauern gelegt, legen sie gegenwärtig nicht und werden sie auch in Zukunft nicht legen. Aber die Kreise, denen der Herr v. Wenyingen angehört, haben sich von jeher auf das Vorgehen der Bauern verstanden und sie werden es auch in der Zukunft verstehen.“

In derselben Sitzung sagte auch unser Parteigenosse Schwall, ohne gerade die Angriffe namhaft zu machen, da er der letzte Redner aus dem Hause in dieser Debatte war, noch einmal kurz zusammen, wie die Sozialdemokratie der heimischen Landwirtschaft geholfen wissen will, und fügte, sich andererseits gegen die Schuzölle lehrend, hinzu: „Wenn man auf diesem Wege den landwirtschaftlichen Stand zu schützen sucht, wird man ihn untergraben, denn wenn man die Konsumkraft der Bevölkerung untergräbt, wird auch den Bauern nicht geholfen sein. Gebt dem Arbeiter Geld, dann hat's der Bauer und die ganze Welt! Es wird nicht möglich sein, den Klagen der Landwirtschaft abzuhelfen, wenn nicht den Klagen der Arbeiterschaft abgeholfen wird. Ohne die Lösung der Arbeiterfrage läßt sich die Agrarfrage nicht lösen.“

Neue Lasten.

München, 28. Februar.

Heute begann die Kammer die Beratung der Gebühren-Gesetznovelle, welche nach dem Vorschlage der Regierung dem Staate eine Einnahme von 1 620 000 M. bringen soll.

Auch diese Gebührennovelle ist geboren aus der großen Finanznot, in der Bayern zurzeit sich befindet. Der Steuerlegen nimmt kein Ende mehr: Reichsfinanzreform, bayerische Steuerreform, Wertssteuer und jetzt die Gebühren.

In der Generaldiskussion nimmt zunächst Gen. Dr. v. Haller das Wort, um den im allgemeinen ablehnenden Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion zu begründen. Der sozialdemokratische Redner bezeichnet die Erhebung der Gebühren als eine kleinliche Drückerei auf das Wirtschaftsleben, ohne daß das finanzielle Ergebnis den Aufwand lohne. Während man so den Verkehr in durchaus unzulässiger Weise belästigt, habe man dagegen die Gebühren für Ständehöherungen und Titelverleihungen nicht erhöht, trotzdem gegen hohe Gebühren auf die Eitelkeit und Torheit der oberen Beurlaubten nichts einzunehmen wäre. Die vorgeschlagenen Gebühren seien abzulehnen, weil sie zum größten Teile gar keine Rücksicht auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Betroffenen nehmen.

Auch der Redner der liberalen Fraktion, Abg. Haberlein, spricht gegen die Gebühren-Gesetznovelle. Er sieht darin eine weitere Belastung des Gewerbes und der Industrie, die um so ungerechter sei, als gerade das Gewerbe schon durch die kürzlich angenommenen Reichs- und Landessteuern schwer betroffen wurde. Für die Gebühren tritt ein der Zentrumsabgeordnete Speck. Er hält schon mit Rücksicht auf die Finanzlage die Annahme der Gebühren-Gesetznovelle für notwendig.

Reichstagserversatzwahl in Posen.

Für die am 8. April stattfindende Ersatzwahl im Stadtkreis Posen, der durch die Mandatniederlegung des bisherigen Vertreters v. Charnowick vakant wurde, haben die Posener dieser Tage den Vorsitzenden des polnischen Gewerkschaftsverbandes, Stanislaus Nowicki, als Kandidaten aufgestellt. Nowicki erhielt in der Vertrauensmännerversammlung 11 Stimmen, während auf den von der Sozialpartei präferierten Rechtsanwalt v. Krampszinski nur zwei Stimmen entfielen. Dieser Sieg der demokratischen Richtung ist darauf zurückzuführen, daß man mit Nowickis Kandidatur die durch die Haltung der polnischen Fraktion beim letzten Steuerraub kassierten gewordenen Arbeiter zu ködern hofft. Unsere Genossen haben den Ortsleiter des Holzarbeiterverbandes Katuszewski aufgestellt.

Zum Ministerwechsel in Hessen.

Die Zweite Kammer des hessischen Landtages ist heute vormittag wieder zusammengetreten. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung machte Staatsminister Dr. Ewald der Kammer Mitteilung von den Veränderungen im Ministerium und stellte ihr den neuen Minister des Innern Freiherrn von Homberg zu Bach vor. Er gedachte sodann in warmen Worten der Verdienste des früheren Finanzministers Dr. Gnauch und gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß dieser angesichts der finanziellen Lage gezwungen wurde, von seinem Amt zurücktreten zu müssen. Es sei zu hoffen, daß es in Zukunft gelingen werde, unter Beibehaltung der Bedürfnisse das Gleichgewicht im Staatshaushalt wiederzugewinnen und zu einer den Verhältnissen angepaßten stärkeren Schuldenentlastung zu gelangen.

Das Beamtenecht vor dem sächsischen Landtage.

Mittwoch nahm der sächsische Landtag einstimmig einen freisinnigen Antrag auf Regelung des Beamtenechts an. Zwei Anträge der Konservativen und Nationalliberalen über Vereinfachungen der inneren Verwaltungen wurden zusammengelegt und ebenfalls einstimmig angenommen.

Von sozialdemokratischer Seite sprachen zu den Anträgen die Genossen Lange und Frähdorf. Besonders interessant waren zum ersten Antrag die Ausführungen des Genossen Lange, der an einem konkreten Beispiel nachwies, wie notwendig eine Regelung des Beamtenechts ist. Es fand nämlich vor kurzem eine Versammlung von Eisenbahnbeamten und Arbeitern statt. Kurze Zeit darauf erschien ein Zirkular der Generaldirektion, worin die Beamten gewarnt wurden, sich an solchen Bestrebungen zu beteiligen und worin ihnen im Wiederholungsfalle mit Entlassung gedroht wurde.

Aus dem badischen Landtag.

Bei der Debatte über das Ministerium des Innern wurden auch badische Polizeizustände besprochen. Der Vertreter für Pforzheim-Land Genosse Stöckinger beschwerte sich über die Haltung der Pforzheimer Polizei bei dem dortigen Mauerstreik und über einen Schutzmännchen, der sich unverschämte dem Abgeordneten Eichhorn gegenüber benommen hatte gelegentlich einer Weihnachtsfeier der sozialdemokratischen Partei in Pforzheim. Der Minister nahm die Polizei in Schutz, soweit sie sich als Förderer und Schützer der Streikbrecher erwiesen hatte. Er sprach der Pforzheimer Polizei direkt seine Anerkennung in dieser Beziehung aus. Im Falle Eichhorn hat der Schutzmännchen, der der Meinung gewesen sei, er brauche im Dienst die Anrede „Herr“ nicht zu gebrauchen, von seiner vorgesetzten Behörde einen Ruffel bekommen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Pfeiffer-Heidelberg brachte die studentischen Kämpfe in Heidelberg zur Sprache und rigte die große Milde der Polizei den Studenten gegenüber. Der Minister bestritt, daß außer gewöhnliche Milde obwalte. Es seien im letzten Jahre nicht weniger als 1200 Studenten wegen Ausschreitungen zur Anzeige gebracht worden; die belämen auf die erste Anzeige 5 M. Geldstrafe, auf eine zweite 5 bis 10 M. Von Haftstrafe werde allerdings bei Studenten abgesehen, weil ihre Straftaten nicht auf rohe Verwundung zurückzuführen seien!

Oesterreich.

Eine Rede Wienerts.

Wien, 2. März. Abgeordnetenhause. In der ersten Lesung des Budgets betonte Ministerpräsident Freiherr von Wienert zunächst die dringende Notwendigkeit, die staatliche Finanzgebarung auf die Grundlage eines endgültigen Voranschlages zu stellen. Die Regierung werde, festhaltend an den wiederholt dargelegten Grundfäden, fortgesetzt angelegentlich bemüht sein, die nationalen Gegenstände sowohl durch positive als durch negative Maßnahmen, als auch durch eine unparteiische, die berechtigten Ansprüche aller Volkstämme achtende und jedem einseitigen Parteieinfluss entzogene Verwaltung abzuschwächen. In bezug auf die organisatorischen Aufgaben des Hauses wies der Ministerpräsident hin auf das Problem der Alters- und Invaliditätsversicherung sowie auf die Notwendigkeit, die Budgettritte einerseits durch Vermehrung der Einnahmen, andererseits durch Ersparungen dauernd zu besetzen. Der Ministerpräsident hob die Notwendigkeit der Schaffung einer endgültigen neuen Geschäftsordnung hervor. Für die Bewältigung einer derartigen Fülle von Arbeiten sei die Auffstellung eines in sich geschlossenen Arbeitsprogramms, die Schaffung des Beharrungszustandes in nationalen Fragen und der von einer festgesetzten Mehrheit befundete Wille zur Arbeit unbedingt notwendig. (Beifall.)

Frankreich.

Die Unterschleife in der Marine.

Paris, 2. März. Im Auftrage des Seekriegsgerichts von Toulon sind bei dem Vertreter des Marine- und des Kriegsministeriums in Lorient, Brest, sämtliche Geschäfts-papiere beschlagnahmt worden, darunter viele Briefe des verhafteten Lieferanten Valon.

Finnland.

Ein sozialdemokratischer Vizepräsident.

Helsingfors, 2. März. Zum Talman (Präsidenten) des Landtags wurde der Jungfinne Evinhusud, zum ersten Vize-Talman der Sozialdemokrat Lanner und zum zweiten Vize-Talman der Schwede Sederholm gewählt. Die Sozialdemokraten gaben bei der Wahl des Talmans und des zweiten Vize-Talman's keine Stimme ab.

Amerika.

Der Minimaltarif für die deutschen Kolonien.

Washington, 2. März. Präsident Taft erließ die Proklamationen, welche weiteren 26 Ländern und Kolonien die Minimalzölle einräumen, darunter auch sämtliche deutschen Kolonien.

Gewerkschaftliches. Ein arbeitswilliger Betrüger.

Als vor einigen Wochen die Kutsher und Lagerarbeiter der Firma A. Gutschow, Friedrichstr. 234, die Arbeit niederlegten, trat unter anderen Streikbrechern auch der Arbeiter Houet, Köpenickerstraße 9a wohnhaft, als Arbeitswilliger bei der Firma ein. Er hat es verstanden, sich als ein ganz besonders „nützliches Element“, zwar nicht für den bestreikten Unternehmer, aber für seinen eigenen Geldbeutel zu erweisen. Eines Tages kam Houet jammernd und wehklagend zu seinem Arbeitgeber, gab an, seine Frau gehe einer schweren Krankheit entgegen und bewege dadurch seinen Chef zur Vergabe eines Vorstufes von 18 M. Bald darauf stimmte Houet neue Klagelieder an: Mit seiner Frau gehe es so schlecht, daß sie ins Krankenhaus aufgenommen werden müßte, er habe kein Geld, die Kosten zu zahlen usw. Wieder ließ sich der Geschäftsinhaber durch die Tränen des Arbeitswilligen zur Vergabe eines zweiten Vorstufes im Betrage von 16 M. bewegen. Einige Tage darauf kam Houet schluchzend und jammernd zur Arbeitsstätte und erzählte den übrigen Streikbrechern, nun sei seine Frau im Krankenhaus gestorben, er habe seinen Pfennig und wisse nicht, wie er die Beerdigungskosten bestreiten solle. Gerührt durch den Jammer ihres Mitarbeiters veranstalteten die bei der Firma zurzeit ausschließlich beschäftigten Arbeitswilligen eine Sammlung, deren Ertrag, 68 M., Houet erhielt. Man kaufte auch einen schönen Kranz und bestimmte eine Deputation der Arbeiter zur Teilnahme an der Beerdigung, die nach Houets Angabe am vergangenen Sonnabend stattfinden sollte. Am Sonnabend trat Houet mit der überraschenden Nachricht auf, die Beerdigung könne noch nicht stattfinden, denn die Leiche sei beschlagnahmt worden, weil der Tod der Frau durch ein großes Versehen der Hebamme verschuldet sein solle. Auf neue stimmte Houet Klagelieder an und löste abermals Mitleid auf allen Seiten aus, was zur Folge hatte, daß ihm der Chef nochmals mit einem Gehaltszuschuß unter die Arme griff. Als Houet am Montag, den 28. Februar, zur Arbeit kam, erzählte er, die Leiche seiner Frau sei am Sonnabendabend freigegeben und am Sonntag bereits beerdigt worden. Jetzt schöpften die Arbeiter Verdacht. Zwei von ihnen gingen in Houets Wohnung. Dort fanden sie die angeblich gestorbene und begrabene Frau Houet munter und guter Dinge bei ihrer Arbeit. Die Frau war erseht und brach in Tränen aus, als sie erfuhr, daß sich ihr Mann eines elenden Schwindelmanövers schuldig gemacht hatte. — Nachdem sich der Schwindler entlarvt sah, verabschiedete er schleunigst und ließ sich auf der Arbeitsstätte nicht mehr sehen.

Ein wahres Musterexemplar, ein im höchsten Grade „nützliches Element“, dieser Houet. Er fällt nicht nur streikenden Arbeitern in den Rücken und verrät dadurch die Interessen der ganzen Arbeiterklasse, sondern er weiß auch noch einen Extraprofit für sich herauszuschlagen, indem er demjenigen, dem er „nützlich“ sein soll, und demjenigen, mit dem gemeinsam er die gleiche „nützliche“ Tätigkeit entfaltet, belügt und beschwindelt, um von ihnen Geld loszumachen. Dieser Arbeitswillige hat sich jedenfalls insofern als wirklich nützliches Element bewiesen, als er durch seine Manöver gezeigt hat, was ein Arbeitswilliger wert ist.

Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß der Betrieb der Firma A. Gutschow zwar durch nützliche Elemente besetzt, für organisierte Arbeiter aber gesperrt ist. Die Leistungen der Arbeitswilligen sind derart, daß die Geschäftsinhaber wohl keine Freude daran haben werden. Unter dem gegenwärtigen Personal der Firma A. Gutschow wird erzählt, die Streikenden seien nur vier Tage unterstützt worden. Das ist unklar. Der Transportarbeiterverband zahlt noch jetzt Unterstützung an die Streikenden.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung

der Arbeiter der Englischen Gasanstalten Berlins und Umgegend ist in ein erstes Stadium getreten. In den Ausschauverhandlungen Anfang voriger Woche wurden die Anträge auf Neuregelung der Löhne abgelehnt. Bezeichnend ist es, daß der Direktor des Gaswerkes Mariendorf bei den Verhandlungen äußerte, die Arbeiter möchten sich an die Agrarier wenden. Er fügte der Ablehnung noch Dohn und Spott hinzu!

In fünf großen Versammlungen nahmen die Arbeiter am 1. März den großen Erregung auslösenden Bescheid der Direktion entgegen. In einzelnen Abteilungen gelang es nur mit großer Mühe, die sofortige Arbeitshiederlegung zu verhindern. Die Versammlungen beschloßen, die Ablehnung des Arbeiterauschusses haben erneut Verhandlungen und zwar direkt mit der Generaldirektion anzunehmen. Von dem Ausgang dieser Verhandlungen sollen die weiteren Schritte abhängig gemacht werden.

Differenzen und Lohnbewegungen im Schneidergewerbe Berlins.

Die Tarifbewegung der Herrenkonfektions-schneider

greift auf eine immer größere Zahl von Geschäften über. Ueberall, wo die Forderungen eingereicht werden, versuchen die Organisationsvertreter zunächst auf gutlichem Wege durch Verhandlungen den Tarif, der eine einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hat, durchzuführen. Gelingt es nicht auf diesem Wege, so ist die Arbeitsniederlegung die unvermeidliche Folge, wie jetzt wieder der Streik bei der Firma Eisbach beweist, der, am Sonnabend einstimmig beschloßen, ebenso einstimmig durchgeführt wurde. Auch die Heimarbeiter haben am Montag ihre Arbeit der Firma sämtlich wieder ins Hausgebracht und harren ebenso wie die Werkstattarbeiter im Streik aus. Bei der Firma Eisbach waren alle Versuche, durch Verhandlungen zum Ziele zu kommen, vergeblich. Sie hatte das sonderbare Angebot gemacht, einen Tarif abzuschließen, wenn ihr Tarifverträge aus bestimmten Geschäften vorgelegt würden, wo noch keine abgeschlossen waren. Wenn alle Arbeitgeber so verfahren wollten, und die Arbeiter ließen sich das ruhig gefallen, wäre es selbstverständlich überhaupt nicht möglich, auch nur einen Schritt mit der Tarifbewegung weiter zu kommen.

Bei Verhandlungen mit verschiedenen Firmen sind den Konfektionsschneidern zum Teil Löhne angeboten, die notwendig zum Streik führen müßten, wenn die Arbeitgeber nicht noch rechtzeitig einsehen, daß sie damit doch nicht durchkommen. Am Montagabend hatten sich die Konfektionsschneider der Firma Stern Gebr. und Hugo Hermann bei Wille in der Brunnenstraße versammelt, um über das Ergebnis der Verhandlungen mit den beiden Firmen zu beraten. Die Arbeiter dieser Firmen hatten sich bislang etwas lau gezeigt im Besuch der Werkstattversammlungen, aber am Montag waren sie so zahlreich erschienen, daß der große Saal genommen werden mußte, damit alle Platz finden konnten. Aus dem Bericht, den der Organisationsvertreter Kriente gab, ist zu entnehmen, daß bei beiden Firmen sowohl in den Grundpreisen wie in den Löhnen der Tagsschneider so geringe Zugeständnisse gemacht wurden, daß eine Einigung bisher nicht möglich war. Stern Gebr. boten für die Tagsschneider, die jetzt mit dem kaum glaublich geringen Lohn von 22 M. eingestellt werden, 25 M., hat der 30 M., die gefordert wurden. Hugo Hermann, wo jetzt der Anfangslohn der Tagsschneider 25 M. beträgt, hat 27 M. geboten. Dieser Arbeitgeber hat selbst zugegeben, daß ein verheirateter Mann mit dem Lohn nicht

auskommen kann. Darum will die Welfirma eben nur junge Leute beschäftigen. — Die Arbeiterschaft beider Firmen beschloß einstimmig, die gemachten Angebote nicht anzunehmen, beauftragte jedoch die Kommission, nochmals mit den Firmen zu verhandeln, um vorerst nochmals zu versuchen, auf diese Weise die Forderungen zur Geltung zu bringen. — Es ist übrigens bemerkenswert, daß die Firma Stern Gebr., die so schlechte Löhne zahlt und so außerordentlich wenig Entgegenkommen zeigt, die verschiedensten, namentlich sächsischer, Konfumerie ist.

Es scheint, daß die Arbeitgeber der Herrenkonfektion eine allgemeine Aussperrung planen. Wenigstens waren sie am Montag beisammen, um über ein solches Vorgehen zu beraten. Wenn die Herren Konfektionäre bei der jetzigen Wirtschaftslage der gleichen für angebracht halten, um die im Interesse der Branche so notwendige Regelung der Löhne zu hinterziehen, werden sie ja sehen, wie weit sie damit kommen.

Die Herrenmohlschneider

aus den bis jetzt noch nicht vom Tarifvertrag dieser Branche erfaßten Geschäften Berlins hielten am Montag bei Krotendorfer in der Karlsruferstraße eine öffentliche Versammlung ab, um über die weitere Durchführung des Tarifs zu beraten. Es kamen nur noch einige kleine und mittlere Geschäfte in Frage. Die Versammelten waren sich darüber einig, daß mit allem Nachdruck vorgegangen werden soll, um auch diese in das allgemeine Tarifverhältnis aufzunehmen. Am nächsten Montag soll eine neue Versammlung stattfinden, die über die Einreichung der Forderungen beschließen wird.

Auch die Herrenmohlschneider von Steglitz hatten sich am Montag zahlreich versammelt, um die tarifliche Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse in die Wege zu leiten. Es handelt sich um die Einführung des Berliner Mohlschneidertarifs. Die Versammlung beschloß einstimmig, den Arbeitgebern die Forderungen einzureichen. Antwort wird bis nächsten Montag erwartet.

Die Herrenmohlschneider Charlottenburgs haben ebenfalls einstimmig beschloßen, den Arbeitgebern ihre dem Berliner Tarif entsprechenden Forderungen einzureichen.

In der Militärschneiderbranche

Berlins kann unter Umständen die Einführung der neuen Offiziersuniformen, über die ja allerdings noch nicht endgültig entschieden ist, zu Konflikten führen. Im Warenhaus für Arme und Marine ist es schon zu Differenzen gekommen, die jedoch durch die Verhandlungen befriedigend beigelegt worden sind. Man darf vielleicht hoffen, daß, nachdem dieses große Geschäft die friedliche Einigung vorgezogen hat, auch die übrigen Arbeitgeber der Branche es nicht zu ernstlichen Streitigkeiten kommen lassen werden. Nach der Stimmung, die in den Kreisen der Militärschneider herrscht, zu urteilen, werden sie, falls die Arbeitgeber sich weigern sollten, bei der Einführung der neuen Uniformen den rechten Lohn zu zahlen, vor einer Kraftprobe nicht zurückschrecken.

In der Kostümbbranche

sind in bisher noch nicht vom Tarifvertrag erfaßten Firmen ebenfalls die Tarifforderungen eingereicht worden. So unter anderem bei der Firma Hermann Engel, Landsberger Straße, und bei Gebr. Oppler, Rauerstraße. Die Schneider und Schneiderinnen stehen auch in dieser Branche fest zusammen, um mit vereinten Kräften die allgemeine Anerkennung ihres Tarifvertrages, soweit es bisher noch nicht möglich war, durchzusetzen.

Für die Büroeschneider

ist ein neuer Tarifvertrag bei der Firma Benedikt, Königgräber Straße, abgeschlossen worden, der unter anderem Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit von 59 auf 66 Stunden, sowie eine bessere Regelung der Löhne gebracht hat. Ueber die Regelung der Verhältnisse der Heimarbeiter soll mit der Firma noch weiter verhandelt werden.

Die Berliner Ringbrauereien und der „gelbe“ Brauereigewerkschaftsbund.

Die Tageszeitung für Brauerei“ beschäftigt sich in ihrer Nummer 49 vom 27. Februar d. J. mit dem Abbruch der Tarifverhandlungen zwischen den in Frage kommenden freien Gewerkschaften und den Ringbrauereien. Die Tarifverhandlungen scheiterten daran, daß die Vertreter der freien Gewerkschaften es ablehnten, die Verhandlungen gemeinsam mit den Vertretern der „Gelben“ zu führen. Das genannte Blatt schreibt dazu wörtlich: „daß sie (die Unternehmer) jede Stellungnahme in dem Kampfe der Arbeitnehmerorganisationen — unter denen gelbe Gewerkschaften nicht in Betracht kommen — vermeiden und deshalb allen Organisationen, ohne Unterschied der politischen Richtung, Gelegenheit zur Mitwirkung an den auf alle Arbeiter sich beziehenden Lohnverhandlungen geben müßten.“

Die Behauptung der Unternehmer, daß sie jede Stellungnahme in dem Kampfe der Arbeitnehmerorganisationen vermeiden, werden wir später einmal beleuchten, und den Nachweis erbringen, daß in einer ganzen Anzahl Berliner Brauereien eine systematische Zurücksetzung der Mitglieder der freien Gewerkschaften und daneben eine ebensolche Bevorzugung der „Gelben“ stattfindet. Diese Praktiken werden auch von Brauereien geübt, die in der Offenheit vor Arbeiterfreundlichkeit überfließen und keine Gelegenheit vorübergehen lassen, nach außen hin den Anschein zu erwecken, als ob sie der Arbeiterbewegung unparteiisch gegenüberstünden. Ganz absonderlich berührt die Behauptung, unter den Vereinigungen, welche die Unternehmer außer den freien Gewerkschaften noch zu den Tarifverhandlungen hinzuziehen wollten, befänden sich keine „gelbe“ Gewerkschaften. Wir können den Unternehmern im Berliner Brauergewerbe nachfühlen, daß es gerade nicht zu den Annehmlichkeiten gehört, eine Vereinigung, der eine Anzahl Berliner Brauereibesitzer, Brauereidirektoren und Brauemeister als Ehrenmitglieder angehören, als „gelbe Gewerkschaft“ bezeichnet zu sehen. In Betracht kommt hier der Bund deutscher, österreichischer und Schweizer Brauereigewerkschaften. Durch die Zugehörigkeit der genannten Herren als Ehrenmitglieder wird dieser Vereinigung der Charakter als „gelbe Gewerkschaft“ attestiert. Sind es doch zum Teil die Ehrenmitglieder, welche zu den Kosten der Vergütungen und zur Füllung der Unterstützungskassen des gelben Brauereigewerkschaftsbundes in erster Linie durch Zuwendung namhafter Summen beitragen. Wir erinnern hierbei an die 10 000 M. Spende des Herrn Kommerzienrat Köpcke, an Habel usw.

Weiter ist in der Nr. 6 der Bundeszeitung vom 10. Februar dieses Jahres in einem Versammlungsbericht des Berliner Brauereigewerkschaftsbundes wörtlich zu lesen: „Unsere Gründungsfeier erforderte auch, um dieselbe des Vereins würdig zu begeben, einen bedeutenden Zuschuß aus der Vereinskasse, der trotz jenseitiger namhafter Zuwendungen einiger Herren Ehrenmitglieder ein ziemlich hoher war...“ Sollte hierdurch der Beweis, der Bundesgewerkschaft sei eine „gelbe“ Organisation, für die Ringbrauereien noch nicht erbracht sein, so machen wir zum Ueberflus noch auf die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften aufmerksam, welche in ihrem Zentralblatt Nr. 23 vom 15. November 1909 in einer Polemik mit den Hirsch-Dunderschen betr. den Austritt einiger Ordvereine des Brauereigewerkschaftsbundes aus dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und deren Uebertritt zu den Hirsch-Dunderschen unter anderem schreiben: „... und weiter ist in demselben Artikel zu lesen: „Wenn die Hirsch-Dundersche Gewerkschaften darüber Freude empfinden, daß alles zweifelhaft „gelbe Gemüße“ bei ihnen ein Stellbildein sucht — wer möchte sie darum beneiden?“

Daß der Bund deutscher Brauereigewerkschaften nach Art der „Gelben“ Zuwendungen aus dem Unternehmerlager erhält, beweist auch die Anrechnung des Verwalters der Bundeskassen, Bahrer, Brauemeister der Berliner Unionsbrauerei, welcher auf dem Delegiertenkongress des Brauereigewerkschaftsbundes 1904 in Hamburg wörtlich ausführt: „Wenn unsere Arbeitgeber sehen, daß wir ihnen entgegenzutreten wollen, dann verlieren wir auch deren Beiträge zu unserer Invaliditäts- und Altersunterstützungskasse.“ (Siehe Protokoll S. 43.)

Wenn wir zum Schluß noch darauf hinweisen, daß es die „Bundeszeitung“, das Organ des gelben Brauereigewerkschaftsbundes, war, die bei der Brauereierhöhung das Bier in trauem Verein mit den Brauereibauern einen „Luxusartikel“ nannte, dann werden uns wohl die Unternehmer den Anblick dieser Herren bei den Tarifverhandlungen ersparen.

Zu den zahlreichen Anfragen aus Gastwirtskreisen bemerken wir, daß diejenigen Brauereien, mit welchen die Verhandlungen beendet sind, im „Vorwärts“ bekannt gegeben werden.

Die Lohnkommission der Brauereiarbeiter Berlins u. Umg.

Achtung, Tapezierer!

Die Sperre über die Ledermöbelfirma Stephan Hellwig, Frankfurter Straße 14, dauert unverändert fort. Leider haben sich auch hier einige „Auchkollegen“ eingeschunden, um Haus- und Reisekosten zu leisten. Einer von diesen „Auchkollegen“ ist extra aus Gosen bei Stettin gekommen um hier den Arbeitswilligen zu machen. Er ist bereits 1907 bei der Firma Heder seinen Kollegen in den Rücken gefallen. Wir ersuchen alle Kollegen, diese Firma zu meiden.

Die Ortsverwaltung.

Friseurgehilfen! Wegen Differenzen für Verbandsmitgliedern gesperrt: Arndt, Alexanderstr. 2, Bergmannstr. 112. Gelegentlich sind die Verhältnisse bei Drews, Reichenbergerstr. 88.

Verband der Friseurgehilfen.

Deutsches Reich.

Herr Rezhäuser.

Unser Kasseler Parteiorgan, das „Volkstblatt“, beschäftigt sich in seiner gestrigen Nummer mit der Redigierung des Buchdrucker-„Korrespondent“ durch Herrn Rezhäuser und berichtet, daß im Buchdruckerverband die Mißstimmung über das Treiben dieses Herrn in letzter Zeit rasch um sich greift. Das „Volkstblatt“ schreibt:

„Wir glauben zu der Annahme berechtigt zu sein, daß nun endlich — endlich! — auch bei dem Vorstand des Buchdruckerverbandes der Geduldsfaden gerissen ist. Immerhin bleibt abzuwarten, was geschehen wird. Sollte dem Treiben des Herrn Rezhäuser ein Ende nicht bereit werden, dann wird die Frage sehr aktuell, was die Mitglieder des V. d. B. W., die nicht wünschen, daß die stolze Organisation vollkommen zum Spielball eines flemundlos-gelässigen Menschen werden soll, zu tun haben. Die skandalöse Tätigkeit des Rezhäuser am „Korrespondent“ hat dem Verband ungemein geschadet. Wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft. Die Buchdrucker-Jugend ist von Rezhäuser im Haß gegen die Sozialdemokratie erzogen worden. Inwieweit der Verband in Stunden der Gefahr auf seine Mitglieder zählen können, bleibt abzuwarten. Bisher hat der Korbmacher Fischer — Bardon! — der Herr Rezhäuser sich auf seinem Platze behaupten können, weil ihm der Vorstand die Stange gehalten hat. Sieht der Vorstand jetzt ein, daß es die höchste Zeit ist, den Menschen von seinem einflussreichen Platze zu entfernen, dann wird er den Verband vor Auseinanderfegungen bewahren, die jedem unerwünscht sein müssen, der es ehrlich mit dem Verband und der Arbeiterbewegung meint.“

Streik in der Stuibranche in Rathenow.

Wegen Lohnrückstellungen legten am Dienstag früh circa 50 Arbeiter und Arbeiterinnen der Stui- und Kartonnagenfabriken von Koeside u. Co. und Köding die Arbeit nieder, nachdem der Verbandsvertreter, der mit den Firmeneinhabern verhandeln wollte, brüsk abgewiesen worden war. Die Ausführenden, welche größtenteils dem deutschen Buchbinderverband angehören, verlangen tarifliche Bezüge. — Zugzug ist streng fernzuhalten.

Das Koalitionsrecht der Eisenbahner.

Kürzlich hielten die Eisenbahner Leipzigs eine Versammlung ab, um sich über ihre wirtschaftliche Lage auszusprechen. In einer Resolution forderten sie die gesamten Eisenbahner auf, sich in der Reichsfektion der Eisenbahner des Deutschen Transportarbeiterverbandes zu organisieren. Das hat aber die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen veranlaßt, gegen die Angestellten und Arbeiter wiederum das Verbot der Koalition ergehen zu lassen. Sie bedroht jeden mit Entlassung, der es wagen sollte, seine wirtschaftlichen Interessen selbständig vertreten zu wollen. Untere dem 28. Februar erging an alle Leipziger Dienststellen folgender Mass:

Warnung.

Der Königl. Generaldirektion ist bekannt geworden, daß vor kurzem in Leipzig eine Versammlung stattgefunden hat, die von einer größeren Zahl von Bediensteten der Staats-Eisenbahnverwaltung besucht gewesen ist, und in der eine, von der Versammlungsleitung vorgeschlagene, zum Beitritt zur Reichsfektion der Eisenbahner des Transportarbeiterverbandes auffordernde Resolution Annahme gefunden hat.

Dieser Vorgang gibt der Königl. Generaldirektion Veranlassung, unser Bezugsnahme auf die früher wiederholt ergangenen Verbote vor der Zugehörigkeit zu genannter Reichsfektion, vor jeder Unternehmung ihrer Bestrebungen und insbesondere vor dem Besuch der von ihr einberufenen Versammlungen bei Vermeidung der Entlassung aus dem Eisenbahndienst, erneut ernstlich zu warnen.

Königl. Generaldirektion der Kgl. Sächs. Staats-Eisenbahnen v. Kirchbach.

Das ist die alte Knüttelpolitik des sächsischen Staates. Wie wenig Erfolg ihr beschieden ist, das zeigt der Hinweis auf die „wiederholt ergangenen Verbote“.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Minister und die Eisenbahngestellten.

Paris, 2. März. (B. L. Z.) Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Millerand, welcher die Lokomotivführern und Heizern der Staatsbahnen gemachten Zusagen durch Erlaß bestätigt hat, empfing heute die Vertreter des Syndikates der Eisenbahngestellten und gab ihnen bezüglich der Frage der Arbeitsregelung und der Ruhegehälter der Lokalbahnangestellten befriedigende Erklärungen.

Persische Janushauer.

Teheran, 2. März. (B. L. Z.) Kaukasische Tibaid drangen heute bewaffnet in der Rejilis ein und verlangten Auszahlung ihres Soldes.

Reichstag.

46. Sitzung vom Mittwoch, den 2. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück.

Die zweite Lesung des Etats des Innern wird fortgesetzt bei der

Abstimmung über die Resolutionen zum Titel „Staatssekretär“.

Angenommen werden die Resolutionen der Sozialdemokraten, der Nationalliberalen und des Zentrums auf Sicherung des Wahlgeheimnisses, Bestrafung der Verletzung des Wahlgeheimnisses und Einführung einheitlicher Wahlurnen, die Resolutionen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Polen auf Regelung des Vergrechts durch Reichsgesetz und geheime Wahl der Knappschaftsältesten, die polnische Resolution auf baldige Vorlegung eines Gesetzes über das Koalitionsrecht der Landarbeiter (Bravo! links), die Resolutionen der Sozialdemokraten, der Nationalliberalen und des Zentrums auf gesetzliche Regelung der Verhältnisse der Privatbeamten in bezug auf Versicherung, Arbeitszeit usw., die nationalliberale Resolution auf Unterstellung der technischen Beamten unter die sozialen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches, die Zentrumsresolution zugunsten der Tarifgemeinschaften, die Zentrumsresolution auf Rahmregeln zugunsten des kaufmännischen Mittelstandes (Statistische Erhebungen, Handelsinspektoren, Verbot der Veteilung der Beamten und Offiziere an der Leitung von Beamtenvereinen und Beamtenvereinstellen, Vertretung des Kleinhandels in den Handelskammern, Rahmregeln gegen die Abzählungsgeschäfte und Hausierhandel), die Zentrumsresolution auf Ausbau des Koalitionsrechts, die sozialdemokratische Resolution auf ganzliches Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter unter Tag, die Zentrumsresolution auf Zurückziehung der Arbeiter zur Baukontrolle, die Zentrumsresolution auf baldige Vorlegung eines Kartellgesetzes, die Resolution verschiedener Parteien auf Einführung der Versicherung der Privatbeamten, die nationalliberale Resolution auf Heranziehung der Industrie zu den Kosten der Lehrlingsausbildung im Handwerk und auf bessere Abgrenzung zwischen Industrie und Handwerk, sowie auf stärkere Berücksichtigung der einheimischen Schiffer bei Schiffsfrachten für das Reich, die konervative Resolution auf anderweitige Regelung der Arbeitszeit in Molkereien und die antimilitärischen Resolutionen betreffend die gesetzliche Regelung des Verkehrs mit Düngemitteln und die Bekämpfung der Schmutzlitteratur sowie die polnische Resolution auf Regelung der Rechtsverhältnisse der Ausländer in Deutschland.

Abgelehnt werden die Resolutionen der Sozialdemokraten auf reichsgesetzliche Regelung des Knappschaftsversicherungswesens unter Vorzeichnung der dabei zu beobachtenden Richtlinien, auf Schutz der in Stein, Braunkohle, Erz, Kalk, Schiefer und Tonwerken beschäftigten Arbeiter sowie der Arbeiter der Großhüttenindustrie und der Arbeiter in Metallschleifereien und in den Glashütten, auf reichsgesetzliche Regelung der Betriebsklassen unter Sicherung der Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung, auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes über Rechtsverhältnisse der Seeleute (Revision der Seemannsordnung, Reichsschiffahrtsamt, Seegerichtsbereiche, staatliche Beaufsichtigung des ganzen Schiffahrtsbetriebes), auf Vorlegung eines Gesetzes über den Schutz der Bauarbeiter, ferner die Resolutionen der Polen auf Aufhebung des Sprachenparagraphen des Vereinsgesetzes, auf die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise, auf Einführung eines Maximalarbeitstages für die Feuerarbeiter; die Zentrumsresolution auf Ausdehnung der im Handwerk geltenden Bestimmungen über das Lehrlingswesen auf die kaufmännischen Betriebe, die Resolutionen der Wirtschaftlichen Vereinigung auf Regelung der Arbeitszeit in den Molkereien unter An-

passung an die „Eigenart“ des Betriebes und auf Verleihung des Rechts zur Festlegung von Mindestpreisen an die Innungen.

Hierauf wird in der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fortgefahren.

Weim Titel „Jahresbeitrag zu den Kosten der internationalen Organisation für Luftschiffahrt 4000 M.“ befragt Abg. Peyer (Z.) eine Resolution des Zentrums auf Errichtung einer Versuchsanstalt für Luftschiffahrt in Friedrichshafen unter Leitung des Grafen v. Zeppelin. Auch dem Antrag der Nationalliberalen auf Errichtung einer Versuchsanstalt für Luftschiffahrt und Flugtechnik in Friedrichshafen werden seine Freunde zustimmen, doch scheint ihm der Name „Zeppelinsche Versuchsanstalt“ passender als der Name „Reichsanstalt“.

Abg. Dr. Pieber (natl.) begründet den zuletzt erwähnten Antrag der Nationalliberalen.

Abg. Graf v. Carmer-Zieserwitz (L.): Graf Zeppelin hat mit Rücksicht auf sein hohes Alter abgelehnt, die Leitung einer solchen Anstalt, wie sie die Vorredner wünschten, zu übernehmen. Auch die Frage des Bedarfs noch genauer Prüfung. Da die Luftschiffe jetzt ebenso gut auf dem Lande wie auf dem Wasser landen, kommt auch Berlin in Betracht, wo bereits die militärische Versuchsanstalt besteht. Trotzdem werden meine Freunde für die beiden Resolutionen stimmen.

Abg. Dr. Delbrück (fr. Bg.): Eine Versuchsanstalt für Luftschiffahrt ist dringend notwendig. Einen Ort für die Versuchsanstalt zu bestimmen, ist heute noch verfrüht, darüber muß eine Kommission von Sachverständigen entscheiden.

Staatsminister Dr. Delbrück: Das Reichsschatzamt steht der Errichtung einer Versuchsanstalt ablehnend gegenüber, schon der Kosten wegen. Auch ich habe Bedenken gegen die Errichtung von Versuchsanstalten, welche die Zentrale belasten. Statt dessen scheint es mir besser, dem Reiche nicht die Verwaltung, sondern die Kontrolle solcher Anstalten zu übertragen. Eine Kommission von Sachverständigen wird die Frage zu prüfen haben. (Bravo!) Württembergischer Bundesratsbevollmächtigter v. Köhler: Die württembergische Regierung steht der Errichtung einer Zentrale für Luftschiffahrt sympathisch gegenüber; die in der Diskussion erhobenen Bedenken gegen die Errichtung der Anstalt in Friedrichshafen werden sicher noch in der weiteren kommissarischen Beratung geprüft werden.

Damit schließt die Diskussion.

Der Titel wird bewilligt, die beiden Resolutionen werden angenommen.

Weim Titel „Zur Förderung der Seefischerei 350 000 M.“ begründet

Abg. Dr. Görke (natl.) eine Resolution, welche in Anbetracht der schwierigen Lage der deutschen Hochseefischerei die Herabsetzung der Eisenbahntarife für deutsche Seefische wünscht.

Abg. Erzberger (Z.) stimmt der Resolution zu und erörtert die Bedeutung der drahtlosen Telegraphie für die Hochseefischerei.

Abg. Wettheim (fr. Bg.) beantragt Änderung der Resolution dahin, daß die Erleichterung nicht der „deutschen Seefischerei“, sondern „in deutschen Häfen eingeführten Fischen“ zugute kommen soll. Redner weist auf den Zusammenhang zwischen der bedrückten Lage der deutschen Hochseefischerei und der Schutzzollpolitik hin. Die Agrarier suchen mit dem Heringsfangzoll einen Fischeinfuhrzoll zu betreiben, besonders in liberal vertretenen Wahlkreisen.

Direktor im Reichsamt de Jonquieres erklärt, daß das Reichsamt des Innern die Wünsche auf Tarifermäßigung für Produkte der Hochseefischerei bei den einzelstaatlichen Eisenbahnverwaltungen zu unterstützen gern bereit sei.

Abg. Prinz Schönau-Carolath (natl.) bittet, die Vergünstigungen auch den Sächsischen Fischern zu teil werden zu lassen.

Abg. Träger (fr. Bg.) bittet um Wohlwollen namentlich für die Heringsfischerei.

Der Titel wird bewilligt und die Resolution wird unter Ablehnung eines freisinnigen Änderungsantrages, welcher statt „für deutsche Seefische“ setzen will „für Seefische von deutschen Häfen aus“ angenommen.

Der Titel „Zur Einrichtung und Unterhaltung regelmäßiger deutscher Postdampferverbindungen mit Ostasien und Australien, 190 000 M.“ wird nach unwesentlicher Debatte bewilligt. Ebenso der Titel „Kosten der Rahmregeln gegen die Reblauskrankheit, 1000 M.“

mitenweibchen sind ungeheuerliche Gebärmaschinen; die Arbeitsteilung ist hier so vorgegriffen, daß sie nichts weiter zu tun haben als dies; sie werden von den anderen gefüttert und sogar gereinigt. Bemerkenswert ist auch die Langlebigkeit der Samenzellen; nach einmaliger Aufnahme von Spermia können Ameisen bis zu zehn Jahren befruchtete Eier hervorbringen. Mit weit erstaunlichen Mitteln die geschlechtliche Anziehung arbeitet, beweisen auch die Duftorgane der Schmetterlingsweibchen, die von den Männchen bis in 3 Kilometer Entfernung wahrgenommen werden. Weibchen lieg ein solches Weibchen im Zimmer ausschließen; als es innen an der geschlossenen Fensterscheibe saß, sammelten sich draußen binnen kurzem 84 Männchen derselben Gattung.

Licht- und Wärmemessungen an der Sonne. Prof. Nordmann vom Pariser Observatorium, dem es gelungen ist, vor kurzem die Temperatur der Sonne mit 5920 Grad Celsius zu bestimmen, hat nun mit Hilfe eines neu konstruierten Apparats die Summe des Lichts gemessen, die von der Sonnenscheibe aus sich in den Weltraum ergießt. Das von der Sonne gesendete Licht hat eine Kräftestärke, die nur durch eine unvorstellbare Zahl ausgedrückt werden kann, welche mit einer 18 und darauf folgenden 27 Nullen geschrieben wird. Nach den genauen Berechnungen Nordmanns strömt von jedem Quadratmeter der Sonne eine Lichtstärke von 819 000 Berzen aus. Ueber das Ergebnis seiner Messungen, das am kommenden Montag die Pariser Akademie der Wissenschaften beschäftigen wird, hat der Gelehrte einem Interdiner einige interessante Angaben gemacht. Von der Intensität des Sonnenlichts können Sie sich vielleicht eine Vorstellung machen, wenn ich Ihnen verrate, daß von jedem Stück der Sonnenoberfläche, das etwa die Größe eines Fingerringes hat, so viel Licht ausgeht, wie wir gebrauchen, um in der Nacht die ganze Akademie der D'Opéra zu erleuchten. Da die Sonnenoberfläche 509 Millionen Quadratkilometer mißt, ist das vom Sonnenkörper ausgehende Lichtquantum etwa 51 000 Billionen mal so groß wie die ganze Beleuchtung der Akademie der D'Opéra. Prof. Nordmann hat seine Messungen auf eine Reihe größerer Sterne ausgedehnt, die zum Teil noch weit bedeutendere Lichtgeber sind als die Sonne. Der Sirius z. B. entwickelt 20mal so viel Hitze als die Sonne, genau 109 000 Grad Celsius, während der Polarstern 8200 Grad Wärme besitzt.

Theater.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Alexander Diffsch's Schwan: „Der selige Loupinel“ hat, obgleich die den winzigen Kern der Handlung umkleidende Situations- und Verwechslungsformel im Vergleich zu der schärfer papyrigierten der heutigen Pariser Puffenliteratur beinahe harmlos anmutet, noch recht gut gefallen. Es sticht darin außer viel Klodsmut und Anwohrgleichheiten doch eben auch eine hübsche Portion von grotesker Laune und geistreicher Wache, die sich zeitweise, hauptsächlich im zweiten, zum Teil auch im letzten Akte proffend entladen. Schließlich entläßt der Autor das Publikum mit der tröstlichen Gewissheit, daß die Jugend der legitimen Witwe des „seligen Loupinel“ aus allen Jährlichkeiten mafflos herborsteht. Ihr selig verstorbenen Mann, Loupinel nämlich, ist, was sie nun erst in glücklicher zweiter Ehe erfahren muß, doch ein richtiger Deuchler, Schwereuder und Ehebrecher gewesen, der sie händig mit einer Geliebten hintergangen hat. Daß nun diese etwas

Weim Titel „Beitrag des Reiches zu den Kosten der Zentralfstelle für Volkswohlfahrt 10 000 M.“

schilbert Abg. Prinz zu Schönau-Carolath (natl.) die Organisation und Aufgaben dieser im Jahre 1906 gegründeten Zentralfstelle und bittet, für das nächste Jahr eine Erhöhung der Beihilfe in Aussicht zu nehmen.

Abg. Dr. Piper (Z.) rühmt die Tätigkeit der Zentralfstelle, namentlich auf dem Gebiete der Jugendfürsorge; leider reichen ihre Mittel nicht, und deshalb wäre es erwünscht, im nächstjährigen Etat die Beihilfe des Reiches zu erhöhen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Bg.): Die Art, wie die Zentralfstelle den Kampf gegen die Schmutz- und Schundliteratur führt, ist keineswegs tendenzlos. Durch Hebung der Volksbibliotheken und durch körperliche Ausbildung der Jugend in der Zeit der Pubertät, also durch Unterstüfung der Sport- und Turnbewegung kann dieser Kampf energisch geführt werden. Die Pornographie bekämpfen wir ebenso stark wie das Zentrum. Aber im Gegensatz zum Zentrum halten wir dazu unsere Strafgesetze für ausreichend. Vielleicht noch wichtiger als die Bekämpfung der Schmutzlitteratur ist die Schundliteratur, die unsere Jugend geradezu zu Verbrechen anreizt. (Sehr wahr! bei den Freisinnigen.) Auf diesem Gebiete eröffnet sich der Zentralfstelle für Volkswohlfahrt eine weite Aufgabe. Aber ihr Beitrag muß dann anders als in der jetzigen einseitigen Weise zusammengesetzt werden, wo kein Künstler, kein Schriftsteller, kein Mitglied der Presse in dem Beitrag sibt. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Dr. Heffner (fr. Bg.) empfiehlt die Gründung einer Nationalbühne für Deutschland; das gewaltige Bildungsmittel des Theaters müsse vom Staat ebenso gefördert werden wie Schulen und Universitäten.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Auf dem Gebiete der Bekämpfung der Schmutzlitteratur werden wir erst zum Ziele kommen, wenn alle religiösen, sittlichen und ästhetischen Kräfte der Nation mobil gemacht werden. (Bravo!) Aber das Reich kann auf diesem Wege nicht gut anders vorgehen als mit Unterstüfungen solcher Institute, wie es die Zentralfstelle für Volkswohlfahrt ist, die keineswegs ein Staats- oder Reichsinstitut ist oder werden soll.

Der Titel wird bewilligt.

Der Titel „Zu Aufwendungen für Einrichtungen und Veranstellungen, welche allgemeinen Interessen des deutschen Handels und Gewerbes dienen, 80 000 M.“ wird nach unwesentlicher Debatte bewilligt. Ebenso der Titel „Zur Förderung des Abzuges landwirtschaftlicher Erzeugnisse, wissenschaftlicher, technischer und ähnlicher allgemeiner Bestrebungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft, 150 000 M.“

Das Zigeunerwesen.

Weim Kapitel „Bundesamt für Heimattwesen“ verlangt das Zentrum in einer Resolution einen Gesetzentwurf, durch welchen das bündenweise Umherziehen der Zigeuner verboten wird.

Abg. Frank-Rathbor (Z.): Die Zigeunerfrage ist nicht nur in Oberitalien verbreitet, sondern fast in ganz Deutschland findet man Zigeunerbanden, deren nomadisches Leben diese Leute zu Verbrechen geneigt macht. Deshalb wünschen wir das völlige Verbot des bündenweisen Umherziehens der Zigeuner.

Abg. Brähne (Soz.):

Wir haben in Preußen gerade genug mit der Polizei zu tun und brauchen nicht Erweiterung ihrer Befugnisse. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch von Menschenliebe zeugen die Ausführungen des Vorredners gegen die Zigeuner nicht. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn man über eine Zigeunerplage klagt, muß man auch ihre Ursachen untersuchen. Doch nicht daraus wollte ich heute eingehen, sondern auf eine andere Sache: Am 18. April 1907 wurde hier eine Abänderung der Gesetzgebung über das Heimattwesen gewünscht. Der Staatssekretär erklärte damals, die Frage sei fortwährend in Fluß. Aber wir haben seitdem nichts mehr davon gehört. Im Reichsamt des Innern heißt es: Immer langsam voran! Lieber hunderttausend Deutsche wandern jährlich aus und erwerben im Ausland noch wenigen Jahren die Staatszugehörigkeit. Es sind nicht die schlechtesten Elemente, die so dem deutschen Volke verloren gehen. Haarsträubend sind auch die Militärgesetze in ihrer Anwendung

undelicate Gesichte ans Licht kommt, verdanken alle Beteiligten den Nennominieren eines Kapitäns, der allerdings auch einer der verschiedenen Diebhaber der fälschlich als Frau ausgegebenen Geliebten des Herrn Loupinol gewesen ist. Der von Leopold v. Ledebur vortrefflich inszenierte Schwan wurde im ganzen stoff heruntergepielt. Schade ist nur, daß Friedrich Holtz aus an solche Handworfrosen wie den Kapitän Mathieu sein reiches Können verkehrenden muß. Neben ihm sind noch Adolf Lettinger, Olga Rappo, Maximilian Stadel, Elise Henschel und Emil Rameau, der als Diener François eine vorzügliche Charaktercharge bot, lobend zu nennen. e. k.

Notizen.

Der Wollott der Dramatiker gegen das Berliner Theater ist aufgehoben. Er wurde verhängt, weil Gotthard Schmidt sich vom Berliner Theater schlecht behandelt fühlte. Zwischen der Direktion und dem Verbands Deutscher Bühnenschriftsteller wurde nun ein Schiedsgericht vereinbart.

Der Feldherrnhügel. Kobas und Köhlers von der Österreichischen und preussischen Zensur gemeinsam unterdrückte „Schwur“, erlebte in dem deutschen Bundesstaate Württemberg (was sagt v. Oldenburg zu dieser Disziplinlosigkeit?) seine erste deutsche Aufführung. Im Stuttgarter Schauspielhaus hat man sich über das Stück und nicht minder über die königlich preussische Zensur von Herzen amüsiert. Und der Militarismus hat ein paar kläsende Weisheitsbeispiele abgekoffen.

Ein entthronter Watteau? Unter den französischen Bildern des 18. Jahrhunderts, die Friedrich II., einer der wenigen Hohenzollern von künstlerischem Geschmack, erwarb, ist uns der schönsten das Bild des Kunsthandlers Germain. Es ist zurzeit in der leider so teuren (was hier mit vornehm verwechselt wird) Ausstellung der Akademie zu sehen und entzückt durch sein wunderbares Kolorit. Nun ist überliefert, daß Watteau kurz vor seinem Tode in acht Tagen das Doppelbild gemalt hat. Dazu würde die sorgfältige Durchführung des Berliner Bildes wenig stimmen. Und so sind denn in Paris Stimmen laut geworden, daß das Berliner Bild eine Copie Paters oder Laurets sei, während von dem ersten Bild freilich nur noch ein Teil sich in Paris befinde. Der französische Generalkonsul der schönen Künste, Dapoz, unterstützt diese Ansicht. — Wenn der Ausstellungsleitung an der Feststellung des wahren Tatbestandes gelegen wäre, hätte sie den Pariser Watteau mit ausstellen sollen. Aber die Rücksicht auf ihren königlichen Auftraggeber ließ das offenbar nicht zu.

Billige Telegraphie. Unter dem Namen „Telepostgesellschaft von Amerika“ hat sich in Boston eine Gesellschaft gebildet, die mit Hilfe eines neuerfundener Telegraphiesystems den Telegrammverkehr in ganz Amerika außerordentlich verbilligen wird. Die „Telepostgesellschaft“ stützt sich auf eine neue Erfindung des Ingenieurs Patria V. Delanen, die nur einen Draht benützt und instand ist, in der Minute tausend Worte zu telegraphieren, die Leistungsfähigkeit der anderen Telegraphengesellschaften bei weitem übertrifft, da diese mit 65 Drähten nicht mehr leisten können, als der eine Draht des Delanenschen Systems. Die Telegramme werden dadurch sehr verbilligt: für 50 Worte will die Gesellschaft nur 1 M. berechnen.

Kleines feuilleton.

Die Deutsche Naturwissenschaftliche Gesellschaft, in deren Auftrag H. D. Franck die Zeitschrift „Natur“ herausgibt, veranstaltete am Dienstag einen Lichtbildervortrag über das Liebesleben der Tiere. Der Vortragende, Herr H. D. Waage, demonstrierte zunächst die ungeschlechtliche Fortpflanzung, wie sie bei Amöben und Infusorien durch einfache Teilung, Knospung oder Abschürung stattfindet. Jammern läßt sich auch hier, wo noch keine Differenzierung in männlich und weiblich stattfindet, bei den Einzelwesen das Bestreben nachweisen, ihr Körperelement untereinander zu vermischen, um den schädlichen Folgen einer ins Unendliche fortgesetzten Inzucht vorzubeugen. Erst die Stoffmischung ergibt neue Entwicklungsmöglichkeiten, und Entwicklung ist das alles Neude beherrschende Grundgesetz. Bei einem bestimmten Sturm führt die Abschürung zu einer merkwürdigen Erscheinung, insofern sie noch vor der Teilung des ganzen Individuums auch schon bei dem Tochter- und Enkelstadium stattfindet, sobald schließlich 4-5 aufeinanderfolgende Generationen in einem Lebewesen vereint sind. In einem Stod von Gloden-Infusorien sieht man, wie sich kleinere Tiere abtrennen und sich den größeren spurlos einreihen, eben der Mischung wegen. Bei den höheren Organismen vollführt sich nun die differenzierte geschlechtliche Fortpflanzung immer nach demselben Prinzip. Die Samenzellen sind sehr klein, aber massenhaft und beweglich; ein einziges genügt dem Weibchen. Das um vieles größere Ei (man denke an Straußeneier!) klappt sich sofort nach dem Eindringen der einen Samenzelle hermetisch ab, worauf die Kernsubstanz beider Teile ineinander schießt und die weitere Entwicklung einsetzt. Wo die Lebensbedingungen zur Erhaltung der Art schwierig sind, bewirkt die Anpassung, daß die einzelnen Individuen männliche und weibliche Geschlechtsorgane besitzen und sich nötigenfalls selber befruchten, so beim Wandwurm, der nebenbei die ungeheure Menge von 20 Millionen Eiern produziert. Beim Polowurm, der in Korallenriffen lebt, führt die Anpassung dazu, daß im November 8 Tage nach dem Vollmond morgens früh um 3 Uhr gewaltige Massen von Ei- und Samenzellen zur Abstufung gelangen; die Fisch-Infusulaner lassen sich den seltenen Säuern nicht entgehen und schöpfen von der Masse, die das Meer weithin bedeckt, so viel sie nur irgend können. Beim Diplozoen haben sich je ein Männchen und ein Weibchen in früher Jugend fest aneinander und bleiben so in fester Ehegemeinschaft das übrige Leben hindurch. Bei einem Sternwurm (Bonellia) sind die Männchen nur winzig klein und leben parasitär direkt im Ventralabschlauch des Weibchens, mit der einzigen Aufgabe, die vorüberkommenden Eier zu befruchten. Die junge Organismen würde in den Winterstürmen zugrunde gehen; deshalb erzeugt sie geschlechtlich erst feisigende Polpen, die im Frühjahr dann durch Abschürung wieder zu frei schwimmenden Quallen werden (Generationswechsel). Ein Papiernautillus entwickelt einen großen, mit Samen angefüllten Arm, der sich löst und in ein Weibchen hineinkriecht. Die Säuern sind Zwitter; doch besiegt bei ihnen zur Vermeidung der Selbstbefruchtung die Einrichtung, daß sich Ei- und Samenzellen niemals zur gleichen Zeit entwickeln. Die Bevorzugung des Weibchens, auch in der Entwicklung des Gehirns, zeigt sich am besten bei den sozial lebenden Insekten. Ter-

gegen solche, die ausgewandert sind und später zurückkehren. Will sich ein Ausländer hier naturalisieren lassen, so wird ihm das außerordentlich erschwert, wenn er ein einfacher Arbeiter ist. Ein Schuhmacher, der sich in Preußen naturalisieren lassen wollte, wurde unter anderem auch gefragt, ob er Orden habe! (Große Heiterkeit.) Unerhört ist ferner die Spitzerei durch die Polizei. Hat denn die preussische Polizei gar nichts anderes zu tun? (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ausländer, die von solchen Antragsstellungen als Missetäter verdächtigt werden, werden ausgenutzt.

Das Heimattreiben in Deutschland selbst liegt sehr im Argen; ein Deutscher, der sich in irgend einem deutschen Bundesstaate niederläßt, sollte doch dort dieselben Rechte genießen wie der Einheimische! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf v. Garmer-Biesewitz (L.) klagt ebenfalls über die Eigentümerversuche und empfiehlt die Resolution des Zentrums.

Das Kapitel wird bewilligt, die Resolution wird angenommen.

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 9/11 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

82. Sitzung, Mittwoch, den 2. März 1910, mittags 12 Uhr.

Am Ministerische: Shadow.

Die zweite Lesung des Berggesetz wird fortgesetzt.

Handelsminister Shadow: Eine Denkschrift über die Untersuchung des Raddobunglücks

vorzulegen, wird erst möglich sein, wenn die gerichtliche Untersuchung abgeschlossen ist. Die Entschimpfung der Grube ist beendet, man ist jetzt bei der Aufräumung der dritten Sohle. Die Schwierigkeiten, die den Aufräumungsarbeiten entgegenstanden, waren sehr groß. Eine Zerstörung mußte die Wasser in der Grube bleiben, damit eine Abführung der Kohle eintrat und keine neue Selbstzündung erfolgte. Von den Leichen sind bis jetzt 126 geborgen, etwas über 170 sind noch zu bergen! Die Bergpolizeibehörde hat sich mit großer Sorgfalt der Überwachung der Arbeiten gewidmet. Der Referent des Handelsministeriums ist selbst sechsmal in der Zeit in die Grube eingefahren, der Bergregierungsbeamte an 200 mal. Die Bergbehörde hat die Verwaltung der Grube erlassen, jedesmal einen Arbeiter zur Befahrung der Grube mitgenommen. Es sind zwei Vergleute auf Veranlassung des Bergregierungspräsidenten zugezogen worden; später hat der Knappschaffsvorstand die Entsendung weiterer Arbeitervertreter abgelehnt; aus welchen Gründen weiß ich nicht. Der Knappschaffsvorstand ist in solchen Beschlüssen selbständig, eine Einwirkung der Bergbehörde auf ihn ist nicht möglich!

Was die Ursache der Explosion

anlangt, so sind Koksberge hier nur in geringem Maße gefunden worden. Vielmehr aber findet die Explosion in einem anderen Umfange ihre Erklärung. Es haben sich in der zweiten Sohle zwei parallel laufende Spalten von etwa 20 Meter Länge gefunden, die vorher nicht vorhanden waren. In der sozialdemokratischen Presse ist das ironisiert worden: „Nun hätte man mit einem Male einen Anhalt, die Katastrophe auf elementare Einwirkungen zurückzuführen und die Verwaltung sündig zu machen.“ Demgegenüber stelle ich fest, daß wir durch eidliche Vernehmungen die Wahrheit festzustellen versucht haben. Keun Vergleute und ein Affektor haben behauptet, daß sie die Spalten vor dem Unglück nicht bemerkt haben, aber bemerkt haben müßten, wenn sie vorhanden gewesen wären. Anderwärts sind Fälle vorgekommen, wo große Mengen von Gasen aus solchen Spalten ausgetreten waren.

Im Reichstage ist vom Abg. Sacke behauptet worden, die Bergverwaltung habe dem Bergbeamten Holländer die Genehmigung zur Ausfuhr über das Raddobunglück in dem Verleibungsprozeß gegen die „Bergarbeiter-Zeitung“ nicht erteilt, was sich um die angebliche Verurteilung eines Direktors handelte: „Was lebt, das lebt, wir müssen herauf!“ Die Sache liegt so: Der Verleibungsprozeß stellte eine Frage, die sich auf die Ursache des Raddobunglücks bezog. Holländer war der Meinung, er hätte nur die Genehmigung von der Bergbehörde, über den Gegenstand der Verleibungsfrage auszusagen — das soll kein Vorwurf gegen ihn sein —, während das Oberbergamt die Genehmigung im weiteren Sinne hätte geben wollen. Das Gericht hat übrigens die Frage als unerkennlich abgelehnt.

Was die Frage anlangt, ob noch Arbeiter hätten gerettet werden können, so ist dafür von Interesse, daß die Leichen, die bis jetzt gefunden sind — mit Ausnahme von Arbeitern, die beim Transport beschädigt waren —, an ihrer Arbeitsstelle in der Grube gefunden worden sind, in der sie gearbeitet haben; zum Teil hatten sie noch das Werkzeug in der Hand, so daß man annehmen muß, daß der Feuerstrom der ersten Explosion sie sofort getötet hat und daß von ihnen keiner mehr hätte gerettet werden können. Um die Wiederholung ähnlicher Unglücksfälle zu vermeiden, sind eine Reihe von Sicherheitsvorschriften getroffen. So ist über- all die Benutzung elektrischer Lampen vorgeschrieben; es müssen Vorbohrungen stattfinden sowie eine stärkere Verriegelung. Die ausziehenden Wetter werden analysiert auf ihren Gehalt an Gruben- gasen. Um den Kohlenstaub zu vermindern, soll das Wasser mit starkem Druck eingesprüht werden. Die Untersuchung wird auch weiter mit größter Unparteilichkeit geführt werden, denn die Verwaltung hat keine anderen Interessen als: die Ursache des Unglücks klarzustellen.

Was die Löhne der staatlichen Bergarbeiter

betrifft, so sind sie 1908 gegen 1907 durchschnittlich gestiegen: in Oberschlesien um 28 M., im Oberharz um 21 M. In Dortmund ist ein Rückgang von 13 M., im Saarrevier von 8 M. zu verzeichnen, also ein kaum nennenswerter Rückgang. Die Tatsache, daß trotz der Lohnsteigerung 1908/07 bei der darauf einwirkenden allgemeinen Depression kein Rückgang der Durchschnittslöhne zu verzeichnen ist, ist immerhin ein recht günstiges Ergebnis. (Sehr richtig! rechts.) Was die Frage anbelangt, ob ich bereit sei, für eine Erhöhung der Löhne zu sorgen, so bemerke ich dazu: Die Gestaltung der Löhne richtet sich bei einer Staatsverwaltung auch nach der allgemeinen Konjunktur. Ich kann nicht aus allgemeinen Wohlwahrheitsgründen behaupten, die Löhne sollen erhöht werden, das wäre unwirtschaftlich und würde die Privatindustrie in eine sehr schwierige Lage bringen. (Sehr richtig! rechts.)

Das Wort vom

„Musterbetrieb“

wird oft in einem Sinne angewandt, den es nach der Absicht dessen, der es geprägt hat, nicht haben sollte. Unter einem „Musterbetrieb“ verstehe ich einen Betrieb, der

innerhalb der Grenzen der Wirtschaftlichkeit

alle humanen Möglichkeiten geltend läßt. (Sehr richtig! rechts.) Das Wort wird aber häufig so angewandt, als ob darunter ein Betrieb zu verstehen wäre, der den Arbeitern so viel zahlt wie irgend möglich.

Herr Leinert hat die Frage der Behandlung der Arbeiter gestreift und einen Fall angeführt, den er für typisch erklärte. Die Behauptung, zu der sich der betreffende Werksdirektor in Altenau gegenüber dem Arbeiter, der ihn nicht grüßte, hinreißend ließ, ist gewiß zu mißbilligen, aber der Arbeiter, um den es sich handelt, ist bereits wiederholt wegen Mißhandlung, einmal mit dem Meißel bestraft worden und hat sich überhaupt als gewalttätige und aufwändige Natur erwiesen, so daß der Direktor eine beachtliche Provokation annehmen konnte. Im übrigen kann die Staatsverwaltung natürlich nur wünschen, daß die Arbeiter durch ruhige, ernste

Menschenfreundlichkeit zur Erfüllung ihrer Pflicht von den Vor- gesehenen angehalten werden.

Was den Antrag Borgmann anlangt, so wären zu seiner Ausführung eine Menge Beamte notwendig. Man wünscht doch sonst immer eine Verminderung des Beamtenheeres; auch sehr kaufmännisch wäre ein solches Vorgehen nicht, und wir sollen doch den Betrieb kaufmännisch gestalten. Der Effekt würde nur sein, daß die Arbeiter nun Vergleiche zwischen jedem einzelnen Werk und jeder einzelnen Klasse anstellen, und jeder Unterschied von einigen Pfennigen würde zum Gegenstand einer eingehenden Landtags- oder Reichstagsrede gemacht werden. (Zust. bei den Sozialdemokraten: Wie bei den Beamten!) Da also der Antrag sachlichen Interesses nicht dient, bitte ich das hohe Haus, durch Ablehnung des Antrages die Staatsregierung mit dieser Aufgabe zu versehen. (Bravo! rechts.)

Abg. Korsantj (Pole) fordert Sicherung der geheimen Wahl der Sicherheitsmänner und größeren Einfluß der Arbeiter auf die Grubenkontrolle; dadurch würde die Zahl der Unfälle sich vermindern. Redner kritisiert des weiteren das Verhalten der Knappschaffsärzte gegenüber den polnischen Vergleuten.

Abg. Imbusch (Z.): Der Antrag Borgmann reißt offene Wunden ein. Herr Leinert bezeichnet sich als Arbeiter und nennt uns „Renommier- arbeiter“. Andererseits behauptet er, wir seien gegen den Willen der Parteileitung in den Landtag gekommen. Darin liegt ein Widerspruch. Also mit der Wahrheit und Logik steht Herr Leinert auf geschnittenem Fuß. Aber nun sind wir doch einmal hier und müßten uns doch als Arbeiter unterstufen, statt dessen greift er gerade und hier auf das Bestigste an. (Sehr gut! im Zentrum.) Aus dem anderen Teil der Rede des Herrn Leinert waren deutlich die Spuren des Herrn Hue zu merken. Ueber Herrn Hue hat der jetzige Redakteur des „Vorwärts“, Dänwel, geschrieben: „Er ist absolut nicht wählbar in der Wahl der Mittel, wenn sie nur seinem Zweck dienen.“ Diese Eigenschaft scheint stark auf Herrn Leinert abgefärbt zu haben. Herr Hue hat es auch mit seiner Moral vereinbar gefunden, in öffentlicher Versammlung zuzugeben, daß aus dem Nachlaß eines Führers der sozialdemokratischen Partei gestohlenen Material sich im Besitze der sozialdemokratischen Partei befände. (Hört! hört! im Zentrum.) Herr Leinert warf dem Zentrum auch seine Haltung bei der Verganovelle vor. Dabei hat damals Herr Leinert in der Kommission unseren Anträgen fast ausnahmslos zugestimmt, ebenso im Plenum. (Abg. Leinert: Nachdem Sie unsere abgelehnt hätten!) Das 80 000 Mark-Flugblatt ist in der Drunder der „Abeln-Zeitung“ in Köln gedruckt. (Hört! hört! im Zentrum, Abg. Leinert: Privatdrucker!) Vor Gericht ist festgestellt, daß ein Redakteur der „Abeln-Zeitung“ das Flugblatt vor dem Druck gelesen hat. (Hört! hört! im Zentrum.) Die öffentliche Erklärung, daß das Flugblatt von einem Vorstandsmittglied des christlichen Gewerksvereins der Bergarbeiter verbreitet sei, hat Herr Sacke noch erlassen, als ihm das Gegenteil schon bekannt war. (Hört! hört! im Zentrum.) Warum hat man Spanien nie gefragt, wer denn das christliche Vorstandsmittglied war, das ihm den Text des Flugblattes mitgeteilt habe? Darüber hat man noch nie etwas gehört. Die Aussagen in dem Prozeß beweisen, daß Mitglieder des Bergarbeiterverbandes hinter dem Flugblatt standen. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Das Urteil hat Herr Leinert nicht wählbar gelesen. Es wird in ihm auch ausgesprochen, daß Herr Sacke das Flugblatt nicht deutlich genug zurückgewiesen hat. Wenn die Sozialdemokratie sich immer als alleinige Vertreterin der Arbeiter aufstellt, erinnere ich daran, daß Selber, die für die Bergarbeiter gesammelt waren, vom Parteivorstand 1905 den russischen Revolutionären gegeben wurden. (Hört! hört! rechts) ferner, daß als die sozialdemokratische Interpellation über das Borussia-Unglück auf der Tagesordnung stand, die Sozialdemokraten so wenig zahlreich vertreten waren, daß die notwendigen Stimmen zur Unterstützung des Antrages auf Besprechung der Interpellation nicht zusammenkamen. Als das auf dem Parteilag gerügt wurde, tabelte Herr Hue den Delegierten, der mit dem Verlesungsinstem nicht einverstanden gewesen war. Eine Partei, die solche Sünden auf dem Reckholz hat, darf dem Zentrum keinen Vorwurf machen. (Sehr richtig! im Zentrum, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das Zentrum wird fortgesetzt von der Sozialdemokratie in unerschütterlicher Weise verächtigt, aber die Wahrheit und Gerechtigkeit wird schließlich doch siegen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Schmieding (natl.): Interessant ist, daß der Zentralarbeitsnachweis in der Debatte gar nicht erwähnt worden ist. Das beweist beweist wohl, daß die Arbeiter allmählich sich mit dieser Einrichtung befremden. Redner polemisiert des weiteren gegen die neulichen Angriffe des Abg. Gronowall. Herr Gronowall hat ganz im sozialdemokratischen Ton gegen uns gesprochen, und Freiherr v. Schorlemer hat mit Recht einmal gesagt: Vom sozialdemokratischen Ton zur sozialdemokratischen Fehlnahme ist nur ein Schritt. (Seiterzeit und Bravo! im Zentrum.)

Abg. Gylling (fr. Ep.): Die Tatsache, daß solche Debatten in diesen Tagen hier sowohl wie im Reichstage stattgefunden haben, beweist die Unrichtigkeit der Worte des Herrn Reichskanzlers, daß gerade das demokratische Wahlrecht zu einer Verfassung des Parlamentarismus führe. Es war hier genau so wie im Reichstage! (Sehr richtig! links.) Der Redenarbeitsnachweis ist jedenfalls deshalb nicht erwähnt worden, weil wir kurz vorher eine Interpellation darüber gehabt haben. Ich nehme an, daß die Neglerung nach wie vor dieser Frage volle Aufmerksamkeit widmet. In der Auslegung des Begriffs „Musterbetrieb“ kann ich dem Herrn Staatssekretär nicht zustimmen. Jedenfalls ist doch für einen Musterbetrieb Verbindung, daß er auch in bezug auf die Löhne an der Spitze markiert. Wenn immer von einem Sinken der Leistungen die Rede ist, so kann das leicht mißverstanden werden, wenn nicht auch betont wird, daß die Schwierigkeit der Arbeit bedeutend zugenommen hat. Davon kann keine Rede sein, daß die Arbeiter nachlässiger in ihrer Arbeit geworden wären.

Abg. Dr. Lehmann (natl.): Ein Zentrumblatt hat es fertig gebracht, bei der Geburt des ersten Sohnes unseres Kronprinzen seinen Lesern vorzuerzählen, die Hochzeit des Kronprinzen hätte erst sechs Wochen vorher stattgefunden. (Lebhaftes Hört! hört!) Auch in einem sozialdemokratischen Blatt würde man eine solche Gemeinheit niemals finden. Wenn Herr Gronowall das so gelamadasche Bild von dem besonnenen Jüdel uns gegenüber anwandte, so kann ich für das Zentrum nur das Bild der Hammelherde gebrauchen: wie ihr Viehhammel blökt und springt, so springt die ganze Herde. (Große Heiterkeit und Sehr gut! links. Rufen im Zentrum.) Im Allgemeinen kann ich in das harte Urteil des Herrn Leinert über das Zentrum nicht einstimmen, aber darin hat Herr Leinert recht: Die charakteristische Eigenschaft der Zentrumspartei außerhalb dieses Hauses ist Mangel an Wahrhaftigkeit. (Lebhaftes Zustimmung links.) Ich erinnere die Konservativen an das Wort v. Treitschkes: „Jeder Bundesgenosse des Ultramontanismus ist am letzten Ende der Betrogene.“ (Rufen im Zentrum; Sehr gut! links.)

Abg. Gronowall (Z.): Was die Ausführungen des Herrn Leinert über die Wahl in Dortmund anbelangt, so hat mir der Vorsitzende des Zentralwahlkomitees der Zentrumspartei für Dortmund mitgeteilt, daß die sozialdemokratische Parteileitung von Dortmund-Land an das Zentrumswahlkomitee in dem von dem Abgeordneten Leinert angeführten Sinne geschrieben hat, daß aber diesfalls auf dieses Schreiben weder schriftlich noch mündlich direkt oder durch das Telephon eine Antwort gegeben worden ist. Es ist diesfalls nichts darüber bekannt, daß die Zentrumspresse oder eine von ihr beauftragte Person ein Abkommen getroffen oder eine solche Zusage gegeben hat. Ich erkläre deshalb die Behauptung des Herrn Leinert für unwahr. Also da ich auch Ihr (zu den Sozialdemokraten) Märchen zertrümmert. (Gelächter und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Herr Lehmann erwiderte ich, daß jeder Zentrumswähler für seine Glaubensstreue und seine Liebe zu Kaiser und Vaterland bereit ist, alles hinzunehmen. (Bravo! im Zentrum.) Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Der Antrag Borgmann (Soz.) wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Einnahmen werden bewilligt.

Abg. Leinert (persönlich): Herr Gronowall behauptete, daß das, was ich gestern über das Zentrumswahlkomitee in Dortmund ausgeführt habe, unwahr sei. Der betreffende Vorsitzende des Zentrumswahlkomitees hat am 12. Juni an die sozialdemokratische Partei geschrieben, daß er unsere Stichwahlforderungen anerkennt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe erklärt, daß auf das Zirkular, das am 15. Juni von uns dem Zentrumswahlkomitee zugestellt worden ist, eine schriftliche Antwort nicht eingegangen ist, daß aber am Wahltage morgens telephonisch mitgeteilt wurde, daß es für die Zentrumspartei Ehrensache sei, unsere Bedingungen zu erfüllen. Diese Tatsache bleibt wahr. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Zu einer Zeit weiterer persönlicher Bemerkungen zwischen Nationalliberalen und Zentrum bemerkt

Abg. Bartscher (Z.): Der sozialdemokratische Staatsredner hat die Nationalliberalen selbst als Bundesbrüder der Sozialdemokraten bezeichnet.

Abg. Girsch (Soz.): Dieser sozialdemokratische Staatsredner war ich. Ich erkläre dem Redner gegenüber, daß das Wort „Bundesbrüder“ selbstverständlich nur ironisch gemeint war. (Lachen im Zentrum.) Jeder vernünftige Mensch muß das von selbst einsehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es steht auch im stenographischen Bericht in Ausführungszusätzen. Ich glaube, es ist überflüssig, zu versichern, daß wir die Nationalliberalen genau so als unsere Feinde betrachten wie das Zentrum. Es war uns nur nicht möglich, beide Parteien an einem Tage totzuschlagen. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 5 Uhr.

Parlamentarisches.

Wirtschaft aus dem Vollen.

Wir sind es gewöhnt, daß die Kolonialverwaltung aus dem Vollen wirtschaftet und daß Summen verschwendet werden, die uns ungeheuerlich erscheinen. Was für die Kolonien im allgemeinen gilt (daß die Ausgaben zu hoch sind und der Etat zu wenig durchsichtig ist) das gilt doppelt für die Marineverwaltung in Kiautschou. So wurden zur Unterhaltung der Gärten- und Parkanlagen 9000 M. gefordert, obgleich es sich in der Hauptsache eigentlich nur um einen einzigen Park handelt. Man muß aber dieses bei allen Angaben über Kiautschou immer im Auge behalten, daß unser Besitztum in Ostasien nicht größer ist als das Bremer Staatsgebiet. — Für Reinigung, Feuerung und Beleuchtung der öffentlichen Gebäude der Zivilverwaltung werden 185 000 M. gefordert. Die Kommission schick von dem ersten Posten 4400, vom zweiten 10 000 M.

Für Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen werden 128 520 Mark verlangt; es werden den Beamten für eine fünfzimmerwohnung 2700 Mark bezahlt, eine Summe, die in Wirklichkeit noch höher ist, als sie erscheint, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Grund und Boden billiger und die Löhne niedriger sind als bei uns. Die Kommission schick denn auch ein Viertel der geforderten Summe mit der Maßgabe, daß den unteren Beamten ein prozentual geringerer Abzug gemacht werde als den höheren.

Von dem Posten von 75 000 M. für Reise- und Umzugskosten werden 25 000 M. abgeleitet. Es sind in Kiautschou etwa 100 Beamte in der Zivilverwaltung beschäftigt; davon erhalten die oberen und mittleren Beamten alle vier Jahre einen Heimaturlaub von sieben Monaten. Wenn man die geforderte Summe auf die Urlaubsfälle verteilt, so kommen auf einen Fall nicht weniger als 6000 M. Das erhält aber nicht etwa aus dem Etat, sondern es mußten den Herren von der Marineverwaltung erst nach und nach die Wärmer aus der Nase gezogen werden.

Für Bureaukosten, also für Tinte, Bleistifte, Papier und Streifen werden 9700 M. verlangt! Auf die einzelnen Beamter verteilt, entfallen auf die Zentralverwaltung 2000, auf das Gouvernement 2400 M., auf die Landesverwaltung 1600 M., bis herunter zum Gouvernementsarzt, der im Jahre nur für 200 M. Tinte und Papier gebraucht! Die Kommission schick 2700 M. von der Gesamtsumme ab.

Bei der Beratung des Etats der Militärverwaltung in Kiautschou verlangte Genosse Rodde die Verringerung der 2900 Mann betragenden Besatzung, denn nach einem Ausbruch eines höheren Offiziers sei im Ernstfalle an eine Verteidigung Kiautschous einer fremden Macht gegenüber nicht zu denken. Und da ein Handstreich der Chinesen auch nicht zu fürchten sei, so könnten wir unsere Truppen zurückziehen und — so weit es erforderlich sei — die Polizei verstärken.

Der Abg. Erzberger stimmte dem zu. Zur erfolgreichen Verteidigung der Forts gehörten allein acht Regimenter, wie ein General bei der Besichtigung erklärt habe.

Der Staatssekretär gab auf diese Anregungen selbstverständlich eine ablehnende Antwort. . . .

Aus der Geschäftsordnungskommission des Reichstages.

In der Sitzung am 2. März wurde über eine Neugestaltung des § 85 debattiert, der von der Behandlung der Initiativ- anträge aus dem Hause und der Petitionen handelt. Die gegenwärtige Fassung lautet an Unklarheiten; auch sind die Bestimmungen über den in diesem Paragraphen vorgesehenen Schwereinstieg, durch den ein bestimmter Tag in der Woche für Initiativanträge festgelegt ist, in den letzten Jahren nur sehr unregelmäßig beobachtet worden. In der vorigen Session war deshalb schon eine neue Fassung vereinbart worden, die von den Herren Jungl (natl.) und Müller-Reinigen (fr.) als Antrag neu eingebracht wurde. Danach sollen einmal die Vorschriften über die Behandlung der Petitionen von denen über die Behandlung der Initiativanträge aus dem Hause sinnergemäß getrennt werden. Ferner wird für die Behandlung der Initiativanträge die Ansetzung eines Tages in der Woche zur bindenden Pflicht gemacht.

Ein Unterantrag Ledebour (Soz.) verlangt noch, daß die jetzt bereits auf Grund gegenseitiger Übereinkunft zugelassene Ersetzung eines zur Verhandlung kommenden Initiativantrags durch einen anderen von der nämlichen Partei eingebrachten ausdrücklich rechtmäßig gemacht wird.

Von den konservativen Parteien war eine größere Anzahl Anträge eingebracht worden, die alle die Tendenz haben, die Bewegungsfreiheit bei der Einbringung von Anträgen einzuschränken. Vom Grafen Bestarp (L.) lag noch ein Antrag vor: auch die „Resolutionen“ genau zu definieren und ihre Behandlung neu zu regeln. Doch kam man überein, diese Frage besonders zu behandeln, nachdem die in dem Antrag Jungl-Müller formulierte Bestimmungen erledigt sind.

In der Diskussion fanden die Anträge der konservativen Gruppen bei den übrigen Parteien keinen Anklang, während der Antrag Müller-Jungl, sowie der Unterantrag Ledebour im Prinzip die Zustimmung der Liberalen, des Zentrums und der Sozialdemokraten erhielten. Besonders drehte sich die Debatte um die Frage, ob die Mehrheit des Hauses das Recht haben sollte, außerhalb des Schwerinstages jederzeit einen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen, wozu die konservativen Gruppen sich sträubten.

Zur Abstimmung kam es noch nicht. Am Donnerstag, den 3. März findet die nächste Sitzung statt.

Stellenvermittlergesetz.

Die Reichstagskommission für das Stellenvermittlergesetz legte in der Sitzung am Mittwoch ihre Beratung bei § 2 fort. Mehrere unserer Genossen beantragten: für die private Stellenvermittlung die Erlaubnis dann zu versagen, wenn ein Bedürfnis nach Stellenvermittlung nicht vorliegt; ein Bedürfnis für einen bestimmten Beruf oder Gewerbe ist insbesondere nicht anzuerkennen, soweit für den Ort oder den wirtschaftlichen Bezirk durch Vereinbarungen zwischen einem erheblichen Teil der Arbeitgeber und Arbeitnehmer oder

größerer Korporationen beider für den Beruf oder das Gewerbe, für das die gewerbliche Stellungsvermittlung nachgesucht wird, ein Arbeitsnachweis erteilt ist, an dessen Verwaltung die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Weise teilnehmen, oder wenn für die gesamte Stellungsvermittlung oder mehrere Berufe ein Arbeitsnachweis durch Anwendung aus Gemeinde- oder Staatsmitteln unterhalten wird, an dessen Verwaltung Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig teilnehmen, und diese Vertretung entweder vom Ausschuss des Gewerbegerichts in getrenntem Wohlstand von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern ernannt ist oder in allgemeiner, geheimer und direkter Wahl die Vertreter von den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern in gesondertem Wahlgange gewählt sind.

Zur Begründung dieses Antrages führten die Genossen Schmidt, Hilgenbrand und Schwarz aus, daß sie damit beabsichtigten, die Entwicklung der Arbeitsnachweise, die auf Tarifvereinbarungen beruhen, sowie die kommunalen Arbeitsnachweise zu fördern und die private Stellungsvermittlung da zu unterbinden, wo das Bedürfnis für eine Arbeitsvermittlung durch paritätisch verwaltete Arbeitsnachweise gedeckt ist. Wenn es um die Hebung des Arbeitsnachweises zu tun ist, der müsse für diesen Antrag stimmen. Gegen diesen Antrag wurde von allen bürgerlichen Parteien der Einwand erhoben, eine so weitgehende Beschränkung der privaten Stellungsvermittlung wolle nicht herbeiführen. Der Antrag wurde dann gegen die Stimmen unserer Genossen, des Vertreters der Polen und des Abg. Weder (3.) abgelehnt.

§ 3 der Vorlage bestimmt, daß die Stellungsvermittlung in Verbindung mit der Gastwirtschaft, dem Handel mit Gebrauchsgütern und Verzehrgegenständen nicht ausgeübt werden darf. Auf Antrag unserer Genossen und des Abg. Burckhardt (wirtsch. Bg.) wurde in den Paragraphen eine Forderung eingefügt, die dahin geht, daß auch in Zigarren- und Tabakgeschäften die Stellungsvermittlung nicht erfolgen darf. Ferner wurde auf Antrag unserer Genossen die Bestimmung gestrichen, die der Landeszentralbehörde die Befugnis erteilt, Ausnahmen von diesen allgemeinen Vorschriften zuzulassen.

Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses.

Am Dienstagabend kam der Etat der Däuberverwaltung zur Beratung. Beim Gehalt des Ministers entwickelte sich eine Debatte über die Konkurrenz, die der Schifffahrt von den Eisenbahnen gemacht wird, wenn die Schiffsabgaben eingeführt werden. Der Minister erklärte, daß das eisenbahnfiskalische Interesse nicht maßgebend sei. Nur beim Bau neuer Wasserstraßen müsse Rücksicht auf die allgemeinen Staatsfinanzen genommen werden. Die Wasserstraßen dürften nicht zur Verringerung der Einnahmen für den Etat führen.

Zu lebhaften Auseinandersetzungen führte die Ablösung der Fischereigerechtigkeiten an den Häfen bei Wasserbauten. Die Regierung gab zur Kenntnis, daß sie beabsichtigt, die Ablösungsfrage gesetzlich zu regeln; von den Fischern geschehe nichts zur Verbesserung der Fischerei und die Erhaltung dieser selbständigen Existenzen habe keine große Bedeutung; der Staat habe die Absicht, die Fischereigerechtigkeiten dann zu verpachten.

Am Mittwoch verhandelte die Kommission über den Sanetat weiter. Eine Petition des Majors v. Donat betr. Lösung des Oberproblems durch Staufen wurde vom Minister als viel zu teuer und unsicher hingestellt. Auch die Wasserbauwerke haben das Projekt abgelehnt. Die Handelskammer in Altona verlangte eine Verbesserung der Häfen und Wasserstraßen des Bezirks Altona. Diese Petition wurde für erledigt erklärt, ebenso die um Einrichtung einer Dampfstraße beim Weichselmündung bei Schönbaum.

Dann wurde der Antrag, die Bibliothek des Abgeordnetenhauses umzubauen, wegen der schlechten Finanzlage Preußens abgelehnt. Ferner verhandelte die Kommission über

die Insel Helgoland.

Der Minister erklärte, daß die Staatsregierung mit großer Sorge die Abbröckelung der Insel verfolgte; es soll bei Gelegenheit u. a. die Helgeninsel eine Mauer gezogen werden, die einen Kostenaufwand von 3 600 000 M. erfordert! Die Konventionen verlangten, die Sache zu vertragen und erneute Verhandlungen mit dem Reich zu führen, um zu erzielen, daß das Reich zwei Drittel und Preußen ein Drittel der Kosten trage; Preußen konnte sich nicht immer vom Reich das Fell über die Ohren ziehen lassen! Bei der Steuerreform habe man Preußen um fünf Millionen Mark geschädigt; bei der Post erlitten Preußen einen Schaden von 41 Millionen Mark.

Der Minister verteidigt die Vorlage damit, daß Preußen wegen der Dänemiel ein großes Interesse an der Insel habe. (Es find in letzter Zeit mehrere hundert Quadratmeter Festland weggespült worden.)

Aus der Partei.

Erhöhung des Parteibeitrages.

Nachdem kürzlich 22 Parteiverfassungen im Reichstagswahlkreise Nürnberg sich mit der Frage der Erhöhung des Monatsbeitrages von 20 auf 35 Pf. befaßt und in ihrer überwiegenden Mehrheit sich dafür erklärt hatten, fand am 28. Februar eine große, von etwa 4000 Genossen und Genossinnen besuchte Versammlung statt, um endgültig über die Frage zu entscheiden. Die meisten Redner erklärten sich für 35 Pf. Von einer Seite wurde sogar ein Antrag auf 40 Pf. gestellt. Nach 2½stündiger Verhandlung wurde mit allen gegen etwa 100 Stimmen der Beitrag auf 35 Pf. festgesetzt. Eine Resolution, die den Vorstand beauftragt, beim Parteitag dahin zu wirken, daß die wirtschaftlich besser gestellten Genossen höhere Beiträge zu bezahlen haben, wurde abgelehnt.

Fortschritt der Parteipresse.

Unser Essener Parteiblatt hat in der letzten Woche infolge intensiver Hausgenossenschaft 600 Abonnenten gewonnen. Seit September 1900 wurden der „Arbeiterzeitung“ etwa 1600 neue Abonnenten zugeführt.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Königsberg i. Pr., die am 28. Februar in Ludwigshof abgehalten wurde, wählte, auf Vorschlag der Vertrauensleute, den Genossen Donalies, Expedient der „Königsberger Volkszeitung“, zum ersten Vorsitzenden. In der Versammlung wurde dann bekannt gegeben, daß in der Sitzung der Vertrauensleute Genosse Quittzow-Düsseldorf zum Parteisekretär für Königsberg gewählt worden sei. Die Generalversammlung erklärte sich mit der getroffenen Wahl einverstanden. Da jetzt die ganze Parteibewegung im Zeichen des Wahlrechtskampfes steht, referierte der Redakteur der „Volkszeitung“, Genosse Markwald, über das Thema: „Der politische Kampfreis“. In der Diskussion erklärten die anwesenden Gewerkschaftsführer, daß sie gleichfalls im politischen Kampfreis eine der Hauptaufgaben erblickten, um das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für den Preussischen Landtag erringen zu können. Sobald Zeit und Stunde für den politischen Kampfreis gekommen, werden, so versicherten die Redner, auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bereit sein, für ihre politischen Rechte freudig Opfer zu bringen.

Die Jugendbewegung

nimmt in Köln, dem Hauptsitz des Merkantilismus, einen überaus gedeihlichen Fortgang. Die Zahl der Mitglieder der „Arbeiterjugend“ stieg von 121 im Jahre 1900 auf 429 am 1. Januar 1901. Die Zeitung der Kölner Jugendbewegung hat im verfloffenen Geschäftsjahre 10 000 Flugblätter vor den Fortbildungsschulen verteilen lassen, 40 Versammlungen mit Vorträgen und zwei Kurse von je mehreren Abenden über die Entstehung der Erde und über das Thema „Grund-

riß der Wirtschaftsgeschichte“ veranstaltet. Die Vorträge betrafen: Jugendbewegung, Reisebilder und Wanderungen, Geschichte, Naturwissenschaften, Alkoholfrage, geschlechtliche Aufklärung, Literatur u. a.

Der Kampf gegen die Schundliteratur wurde mit Nachdruck gefördert. Die freie Jugend steht bei der Benutzung der Zentralbibliothek der Kölner Partei und Gewerkschaften schon an vierter Stelle in der Frequenzstatistik. Es wurden u. a. gemeinsame Museumsbesuche mit Führung, ferner vier Tages-, acht Halbtags- und eine Nachtwanderung ins Siebengebirge arrangiert. Hinzukamen öfters im Freien veranstaltete Spiele. Die Ausflüge waren durch Mitnehmen von Proviant und andere Vorkehrungen so eingerichtet, daß sie meist nur wenige Groschen Aufwände verursachten. Zweimal empfing die Kölner freie Jugend den Besuch ausländischer Brudervereinigungen: im Juli 1900 der sozialistischen Jugend aus Gent (Belgien), im September der Genier „Volkskinder“. Diese Besuche riefen eine solche Begeisterung hervor, daß die Kölner Jugend sofort an die Gründung einer Sparkasse heranging, um den Besuch der Internationalen Weltausstellung in Brüssel zu ermöglichen und dabei den Besuch der Genier Jugend zu erwidern. Im übrigen verfolgt der Ausschuss vor allem das Ziel, ein Jugendheim in Köln zu schaffen, das den Zwecken der Jugendbestrebungen ganz entspricht.

Polizeiliches, Gerichtliches, usw.

Der Staatsanwalt an der Arbeit.

Gegen den Genossen Markwald-Königsberg hat die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben wegen Anstiftung zum Landfriedensbruch, zum Aufruhr und zum Widerstand gegen die Staatsgewalt. Außerdem ist noch Anklage erhoben wegen Mützung von Beamten. Die Staatsanwaltschaft erblickt in dem Genossen Markwald den Häufelührer. Die Straftaten sollen verübt worden sein anlässlich der am 13. Februar in Danzig stattgefundenen Straßendemonstration. Da wird ja eine nette Blamage herauskommen.

Aus Industrie und Handel.

Preissteigerungen.

Am Zuckermarkt sind seit einiger Zeit von neuem Preissteigerungen erkennbar. Auf dem Londoner Markt wurde am 17. Januar d. J. Rübenroh Zucker mit 88 Proz. Ausbeute zu 13 Schilling verkauft, während er am 24. Februar auf 13 Schilling 10 Pence stand. Der Preis von Java-Zucker (96 Proz.) stieg noch mehr; Mitte Januar stellte er sich auf 18 Schilling 9 Pence, ging Ende desselben Monats bei ruhiger Tendenz auf 18 Schilling 4½ Pence zurück, erreichte aber am 24. Februar unter langsamem aber anhaltendem Aufwärtsschub bei fester Marktlage einen Preis von 14 Schilling 3 Pence. Diese Bewegung ist für die deutschen Märkte schon deshalb von Interesse, weil auf die Zufuhren kubanischen Rohzuckers infolge der Steigerung der New Yorker Preise seitens Englands mehr oder weniger verzichtet wurde und damit am Londoner Markt eine starke Nachfrage nach europäischem Zucker einsetzte. Die deutschen und französischen Märkte, insbesondere Paris und Magdeburg, zeigen ebenfalls steigende Preisnotierungen. Am Pariser Markt wurden 100 Kilogramm Rohzucker (88 Proz.) Mitte Januar zu 83½ bis 83¾ Fr., am 24. Februar dagegen zu 84½ bis 85 Fr. gehandelt; weicher Zucker Nr. 3 stieg sogar von 87½ am 17. Januar auf 90 Fr. am 24. Februar. Dieser Tendenz entspricht auch die Magdeburger Marktlage. Hier wurde im letzten Drittel des Monats Januar (19.) Kornzucker 88 Grad ohne Sack zu 12,85—12,95 M. pro 50 Kilogramm verkauft, zirka 5 Wochen später (25. Februar) um eine Mark teurer abgegeben. Auch Brotraffinade I ohne Faß ging in derselben Zeit von 23,25—23,30 auf 23,75—24,00 M. in die Höhe. Am 28. Februar wurde aus Magdeburg von einer neuen Haufe am Zuckermarkt berichtet, die die Terminkurse um 25 Pf. pro Zentner hinauftrieb.

Die Kaffeepreise haben am Amsterdamer Markt seit Beginn dieses Jahres von Woche zu Woche in steigender Richtung sich bewegt. Am 17. Januar wurde Java-Art coffee ordinary zu 41 Cts. das ½ Kilogramm gehandelt, in den darauf folgenden Tagen (27. Januar bis 7. Februar) zu 42 und seit dieser Zeit bis heute zu 42½. Am New Yorker Markt stieg Rio-Kaffee in dem Monat vom 17. Januar bis 17. Februar für die per April und Mai abgeschlossenen Verläufe von 6,80 auf 7,05 Cts. per Pfund; in Havre wurde die Marke Kaffee good average Santos am 17. Januar für Lieferungen per Februar und März zu 47¼ Frank für 50 Kilogramm und unter geringen Schwankungen am 17. Februar zu 48¼ Frank notiert. Auch am Hamburger Kaffeemarkt war eine ähnliche Tendenz wahrzunehmen. Lieferungen per März wurden am 20. Januar zu 36¼ M. und am 24. Februar zu 36¼ per 100 Pfd. notiert.

Das öffentliche Feuerversicherungswesen. Die Feuerversicherung ist der älteste Zweig des Versicherungswesens. Bereits im Jahre 1868 war das öffentliche Feuerversicherungswesen so weit entwickelt, daß sich der Versicherungsbestand der öffentlichen Feuerversicherungsanstalten auf 16,3 Milliarden Mark belief. Gegen Ende des Jahres 1900 stellte sich die gesamte Versicherungssumme der öffentlichen Feuerversicherung in Deutschland auf rund 69,5 Milliarden Mark, so daß seit 1868 die Summe auf mehr als das Vierfache angewachsen ist. Die Einnahme an Beiträgen stellte sich im Jahre 1900 62,5 Millionen Mark oder 0,187 Prozent der Versicherungssumme, während die Gesamteinnahme der öffentlichen Feuerversicherungsanstalten sich auf 118 Millionen Mark belief. Gegen 72,4 Prozent der Summe der Versicherungsbeiträge wurden für Schadenvergütungen verausgabt. Die Verwaltungskosten betragen rund 12 Millionen Mark. Das Gesamtvermögen der öffentlichen Feuerversicherungsanstalten stellte sich am Ende des Jahres 1900 auf 225 Mill. Mark.

Die industrielle Entwicklung der Welt.

Der Kohlenverbrauch eines Staates kann in gewissen Grenzen als Maßstab der industriellen Entwicklung eines Landes betrachtet werden. In der nachfolgenden Tabelle bringen wir die Tonnen pro Kopf der Einwohner der sechs industriell am weitesten fortgeschrittenen Länder. Es wurden gefördert:

Jahr	Vereinigtes Staaten	Großbritannien	Deutschland	Belgien	Kanada	Frankreich
1885	1,78	3,83	1,50	2,25	0,88	0,79
1890	2,25	3,87	1,82	2,60	0,98	0,98
1895	2,48	3,81	1,99	2,63	0,98	1,00
1900	3,12	4,12	2,62	2,97	1,46	1,25
1901	3,35	3,94	2,63	2,76	1,60	1,20
1902	3,41	4,04	2,62	2,86	1,80	1,14
1903	3,97	3,99	2,66	3,08	1,89	1,24
1904	3,81	3,96	2,73	2,86	2,19	1,21
1905	4,18	3,97	2,81	2,81	2,32	1,23
1906	4,35	4,06	3,05	3,18	2,34	1,31
1907	4,93	4,21	3,27	3,19	2,85	1,40
1908	4,25	3,99	3,31	3,10	—	1,39

Großbritannien steht 1885 allen anderen Staaten weit voraus. Die Vereinigten Staaten überflügeln bald alle anderen Länder, sie stehen jetzt an der Spitze. Deutschland ist England bedenklich nahe gerückt, es hat auf dem Wege das altindustrielle Belgien schon überholt. Kanada wird in einigen Jahren sicher mit Belgien auf einer Stufe stehen. Frankreich hat sich verhältnismäßig langsam weiter entwickelt.

Soziales.

Die Schauspielerinnen als Weib und Arbeiterin.

Ueber dieses Thema sollte in der in der Nacht vom 1. zum 2. März im großen Saal der Philharmonie stattgehabten Versammlung der Schauspielerinnen gesprochen werden. Es fand sich auch eine große Zuhörerschaft ein. Der Saal, die Galerien

und Logen waren überfüllt. Aber neben den Bühnengewerkschaften bereifte das Publikum der bürgerlichen Frauenbewegung vor und in der Menge der gut bürgerlichen „honetten“ Frauen tauchten die Schauspielerinnen fast unter. Nach den einleitenden Worten von Frau Minna Gauer konnte man vielleicht erwarten, daß mit dieser Versammlung der Beginn der Befreiung der Schauspielerinnen als Frau und Arbeiterin gemacht werden könnte. Doch die Ausführungen der langen Reihe von Rednerinnen und Redner lehrten bald etwas anderes. Gewiß lieferten auch die aus den eigenen Erfahrungen einzelner Schauspielerinnen gegebenen Schilderungen aus dem Leben und der Tätigkeit der Bühnenspielerinnen außerst kraftvolle Beiträge zu dem gegenwärtigen Elend der Schauspielerinnen. Aber in den vielen Reden fehlte doch jeder leitende, die augenblickliche Ursache dieses sozialen Jammers erklärende Gedanke. Kommen doch zu den nur als Nebenerscheinungen zu betrachtenden Folgen des sozialen Elends der Schauspielerinnen: in der Kostümfraße, in der Ausnutzung durch den Agenten, im Heiratsverbot und in der Möglichkeit, daß die Direktoren ledige schwangere Schauspielerinnen sofort entlassen können, die eigentlichen Gründe der schlechten sozialen Lage der Schauspielerinnen. Die Ueberzeugung, daß auch die Schauspielerinnen dem Theaterdirektor nichts anderes ist, als ein Objekt wirtschaftlicher Ausbeutung, und daß die Schauspielerinnen von ihrem Arbeitgeber, dem Direktor, genau so ausgenutzt, ja noch viel rücksichtsloser, brutaler und ungenierter ausgenutzt und ausgebeutet werden als die Arbeiterin von dem gewerblichen oder industriellen Unternehmer gedrückt und entrechtet ist, kam wohl niemand der anwesenden Schauspielerinnen. Daß diese allzu nahe liegende Erkenntnis aber auch seiner Rednerin und keinem Redner kam, beweist, daß man zur Frage der Lösung des sozialen Elends der Schauspielerinnen so etwas wie die Einführung eines künstlerischen Befähigungsnachweises, Beschränkung des Zuganges weiblicher Kräfte zur Bühne verlangt. Man rief nach Schutzgesetzen für die Schauspielerinnen, Bescheiden der Ausbeutungsmöglichkeit des Agenten, Lösung der Kostümfraße, Zulassung der Frauen zu Direktoren- und Regisseurämtern. Das alles forderte eine Resolution, zu deren Erfüllung man sich auch organisieren wolle.

Auch wir sind der Meinung, daß in erster Linie eine kräftige Organisation der Schauspielerinnen notwendig ist. Ja durch sie und einen energischen Kampf der Schauspielerinnen, der systematisch gegen die Ausbeutung der Theaterdirektoren geführt werden muß, allein wird es den Bühnenkünstlerinnen möglich sein, ihre Rechte als Frau, Mutter, Arbeiterin und Künstlerin wirksam geltend machen zu können.

Dazu ist aber auch bei den Schauspielerinnen die Erkenntnis der Klassengegensätze, die sich nicht minder als sonstwo zwischen der ausgebeuteten Bühnenkünstlerin und dem Theaterunternehmer aufgetan haben, notwendig. Da mögen die Damen vom Theater, die sich zu ihrem Schaden nur immer als Künstlerin, gar zu selten aber als Weib und Arbeiterinnen fühlen, bei den organisierten Arbeiterinnen in die Schule gehen. Mit der fraglichen, zu leicht trübenden Sympathie jätlicher bürgerlicher Kreise, die sich gelegentlich einmal für das „Künstlerböllchen“ interessieren, und mit Befehlen allein wird das soziale Elend der Schauspielerinnen nicht beseitigt. Die eigene Kraft, verhärtet und verlaunhaft durch eine straffe Organisation der ausgebeuteten Schauspielerinnen, schafft auch den Bühnenkünstlerinnen, diesen gebrühten aller Arbeiterinnen in unseren mit großkapitalistischen Ausbeutungsmaschinen geleiteten „Kunststätten“ ihr Recht als Frau, Mutter, Arbeiterin und Persönlichkeit. Dazu dürfte aber die Radikalversammlung nur wenig vorgearbeitet haben.

Aus den Reden sei die des Fräulein Rubner vom Neuen Theater hervorgehoben, welche die Ursachen der Theaterprostitution, Zustände, am welchen die Direktoren und Publikum die Schuld tragen, schilderte. Ein Krebsgeschwür ist das ungeheure Mißverhältnis zwischen der Gage und dem Dienstaufwand, das heißt den Toilettenausgaben, zu denen die Künstlerin kontraktlich verpflichtet ist. Die Gagen betragen bei mittleren Theatern 200 bis 250 M. für 1. Gage, 100—120 M. für 2. Gage, bei kleineren Bühnen 100—120 M. für 1. Gage, 70—80 M. für 2. Gage. Bei einer Spielzeit von 6—7, höchstens 8 Monaten stellt sich das Jahreseinkommen einer Schauspielerin auf 420—2000 M. Ueber 80 Proz. der Bühnenkünstlerinnen haben unter 1000 M. Jahreseinnahme. Aber auch diese Summe gehört ihnen nicht ganz. Davon gehen ab die Reisekosten, die Prozente an den Agenten, die Kosten für die Vorproben vor Beginn der Saison. Das Unerträglichste aber ist die Beschaffung der Toilette. Gerade am Provinzbühnen mit häufigem Repertoirewechsel werden von der Künstlerin in einem Monat, in dem sie 70—120 M. verdient, nicht selten zehn Toiletten verlangt. Was bleibt der Schauspielerin übrig als Schulden zu machen, oder aber sich zu prostituieren, wenn sie Karriere machen will? So manche hat schon den Tod der Schande vorgezogen. Nicht wenige Künstlerinnen müssen Schneiderinnen werden, um Schauspielerinnen sein zu können. Hungernd, frierend, darbennd sitzen sie des Nachts an der Nähmaschine mit der ewigen Angst: wird die neue Toilette auch den Ansprüchen der Regie genügen? Nur wenige haben Glück und kommen, ohne diese aufreibenden Sorgen durchkosten zu müssen, in die Höhe, die anderen müssen sich verkaufen, wenn sie mit jenen „Kunst“künstlerinnen konkurrieren wollen, die die Bühne nur als Ausstellungstheater für ihre Reize betrachten. In der heutigen Behandlung der Toilettenfrage liegt eine Notigung, ein Zwang zur Prostitution.

Das Hausgewerbe im Deutschen Reich.

Das Heft 9 des Bandes 215 der Statistik des Deutschen Reichs enthält die Angaben über das Hausgewerbe in den Bundesstaaten und Landesteilen nach der gewerblichen Betriebszählung vom 12. Juni 1907. Der erste Teil der Tabelle gibt für jede Gewerbeabteilung und Gewerbegruppe die Staaten und Landesteile an, in denen hausgewerbliche Betriebe und Personen vorkommen, während im zweiten Teil für jeden Landesteil die Uebersicht des Hausgewerbes außer nach Abteilungen und Gruppen auch nach Gewerbezweigen und -arten dargestellt wird. Die Figuren beruhen zum Teil auf Angaben der Hausgewerbetreibenden selbst, zum Teil auf denen der Unternehmer, die solche beschäftigen.

Im hausgewerblichen Betriebe wurden nach den Angaben der Hausgewerbetreibenden im Deutschen Reich gezählt: 279 546 Haupt- und 36 107 Nebenbetriebe, gegen 300 901 Haupt- und 41 656 Nebenbetriebe im Jahre 1895. Die Hauptbetriebe haben demnach um 21 855 oder 7,1 Proz., die Nebenbetriebe um 5349 oder 13,8 Proz. abgenommen. Von den Hauptbetrieben sind Kleinbetriebe 206 708 oder 73,9 Proz. Hausgewerbetreibende Personen wurden gezählt:

Jahr	Männlich	Weiblich
1907	170 712	234 550
1895	256 131	201 853
	- 85 419	+ 32 697

Nach den Angaben der Unternehmer dagegen waren Hausgewerbetreibende wie folgt vorhanden:

Jahr	Männlich	Weiblich
1907	154 988	327 448
1895	221 246	229 405
	- 66 258	+ 97 043

25 855 Betriebe beschäftigt überhaupt außerhalb der Betriebsstätten Personen als Hausgewerbetreibende gegenüber 22 307 Betrieben im Jahre 1895, also 3548 mehr als 18 Jahre vorher.

Die mangelnde Uebereinstimmung zwischen den Angaben der Hausgewerbetreibenden selbst einerseits und der Unternehmer andererseits ist wohl dadurch zu erklären, daß einerseits viele Hausgewerbetreibende sich nicht als solche angegeben haben, andererseits die Unternehmer über die Zahl der von den Zwischenhändlern usw. beschäftigten Personen nicht unterrichtet sind. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß viele Hausgewerbetreibende gemäß ihrer Bezeichnung in den Jahrbüchern nicht in derselben Gewerbeart nachgewiesen sind, in die der betreffende Unternehmerbetrieb eingereicht ist.

Eine geborstene Ordnungsfäule.

Ende August vorigen Jahres machte die Verhaftung des Oberverwaltungsrichters Kurt Reinhold aus der Königlich Gewehrfabrik Erfurt großes Aufsehen. Dieser Herr hatte sich bedeutende Unterschleife zuschulden kommen lassen in der von ihm verwalteten Sparkasse für die Arbeiter der Gewehrfabrik. Dieser Mann genoss das größte Vertrauen seiner Vorgesetzten; durch seine Hände ging die gesamte Korrespondenz der Königlich Gewehrfabrik. Er war Vorstandmitglied mehrerer Kriegervereine, auch zugleich Kassierer der evangelischen Kirchengemeinde Hochheim bei Erfurt, wo er wohnte. Wie seinerzeit widerspruchslos von der Erfurter „Tribüne“ bei Aufdeckung der Unterschleife festgestellt wurde, hatte Reinhold ein Monatsgehalt von 225 M., außerdem verrichtete er nach Feierabend im Bureau des Gewerberats Niemeier in Erfurt Schreibe- und Kopierarbeiten gegen eine weitere Monatsvergütung von 45 bis 50 M.; auch aus der Vermittlung des Bezuges von Kaffee, Kakao, Tabak, Instruktionsbüchern für Arbeiter und Angestellte der Gewehrfabrik zog er erhebliche Vorteile und endlich betrieb seine Frau einen schwunghaften Gemüschhandel in seinem Wohnort Hochheim. Man kann also nicht sagen, daß Reinhold aus „Rot“ gehandelt hat, wenigstens er eine zahlreiche Familie zu unterhalten hatte; indessen steht es fest, daß er gewisse kostspielige Passionen hatte. Am Dienstag hatte sich Reinhold nun vor der Strafkammer in Erfurt wegen der begangenen Unterschleife zu verantworten. Die vorstehend geschilderten Betrügereien wurden ihm nachgewiesen: er hat Spargelder der Arbeiter unterschlagen, ferner Beträge aus der Kirchenkasse und aus der Eichenkasse des Deutschen Kriegerbundes, insgesamt gegen 5000 M. in 65 Jahren alten Gewehrarbeiter hat er um seine gesamten langjährigen Ersparnisse gebracht. Eines Tages rief er dem Arbeiter zu: „Ich gratuliere Ihnen, 1000 M. sind voll!“ Als der Mann sein Sparbuch dann in die Hände bekam, betrug die ganze Eintragung 1,03 M. Wegen Unterschlagung in 20 und Betrug in 8 Fällen wurde Reinhold zu zwei Jahren fünf Monaten Gefängnis verurteilt; fünf Monate wurden ihm auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet. — Da die Sparkasse als Privatparasse von der Direktion der Gewehrfabrik betrachtet wird, so hat es den Anschein, als wenn die Arbeiter für den Verlust keinerlei Ersatz von der Direktion zu erwarten haben. Jedenfalls steht das eine fest, daß man jahrelang keine Revision der Kasse vorgenommen hat, denn es wäre ja eine Beleidigung für den Herren Oberverwaltungs-schreiber gewesen, ihm als Vertrauensperson seiner Vorgesetzten auch nur das leiseste Mißtrauen zu zeigen.

Nabarettskaffch vor Gericht.

Als Privatkläger trat gestern vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte der Schriftsteller Rudolf Baron auf, der eine Varieté- und Konzert-Agentur und den Reberverlag betreibt. Angeklagt war der Rebbatteur der „Großen Glode“, Felix Wolff. Unter dem Titel „Aus Berliner Soubrettenkassen“ veröffentlichte die „Große Glode“ am 7. Juli 1903 einen längeren Artikel, der die in manchen Soubrettenkassen angeblich vorhandenen Uebelstände geißelt und auch den Privatkläger heftig angriff. Auch er wurde als „Soubrettenmacher“ gekennzeichnet, dem es nur darauf ankomme, möglichst viel Kapital aus seinen Schülerinnen herauszuschlagen. Es wurde behauptet, daß er sich zu Evidenzen solche Mädchen aussuche, die ein reiches Verhältnis haben und so über die nötigen Mittel verfügen, um seine Honorare bezahlen zu können, die in gar keinem Verhältnis zu seinen Leistungen ständen, er lasse sich 2000 M. als Anzahlung zahlen, sei aber gar nicht imstande, eine Dame auch nur für eine zweiklassige Bühne vorzubereiten. Er selbst sei nur imstande, Klavier zu spielen und Kompositionen zu schaffen, die dem Original sehr ähnlich sähen, er habe kaum ein Recht dazu, sich als Lehrer zu gerieren; auch besorge er den Damen Kostüme und auch gleich die zu einer wirksamen Bühnenscheinung nötigen Brillanten, zu welchem Zweck er mit allen möglichen Händlern in Verbindung stehe usw. usw.

Die Beweisnahme fiel völlig zuungunsten des Beklagten aus. Nur ein Zeuge Albert Kühne, der Conferencier des Linden-Nabaretts, gab allerlei Klatsch wieder, der über den Privatkläger in Artistenkreisen im Umlauf sei, konnte aber irgendeine bestimmte Person, die über diese dem Privatkläger ungünstigen Gerüchte vor Gericht vernommen werden könnte, nicht namhaft machen. Der Zeuge, der selbst eine Soubrettenkassen hat, hat mit dem Angeklagten über diese Dinge gesprochen; er hält den Privatkläger nicht für geeignet, Soubretten auszubilden. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten auf § 188 St.-G.-B. zu 300 M. Geldstrafe eventuell 60 Tagen Gefängnis und sprach dem Beleidigten die Publikationsbefugnis zu. Die Beleidigungen seien sehr schwere, der Wahrheitsbeweis sei völlig gescheitert. Denn auch das, was Herr Kühne bezeugte, seien haltlose Verdächtigungen gewesen, ohne Tatsachen, an die man sich halten könne. Andererseits sei dem Gerichtshof bekannt, daß in den Soubrettenkassen schwere Mißstände herrschen und deshalb sei dem Angeklagten zugute gehalten worden, daß er in einem gewissen öffentlichen Interesse gehandelt habe.

Wiederholungsbefahren.

Die vor 8 Jahren begangene Mordtat des Arbeiters Paul Lippke soll nunmehr nach mehrfachen Vertagungen am 12. März das Schwurgericht am Landgericht I Berlin beschäftigen. Der Angeklagte, der jetzt im 31. Lebensjahre steht, hat am 12. Juni 1902 seine Ehefrau im Hause Neue Hofstr. 2 durch einen Revolver-schuss getötet. Das Schicksal des Angeklagten ist, wie schon mehrfach berichtet worden, ein überaus wechselvolles und dürfte in der Kriminalgeschichte kaum seinesgleichen haben. Das Schwur-

gericht hat ihn am 9. März 1903 zum Tode verurteilt, nachdem die Zweifel, die an seiner Zurechnungsfähigkeit entstanden, durch die Beobachtung, der er sich in der Charité zu unterwerfen hatte, beseitigt worden waren. Im Untersuchungsgefängnis zeigte er dann ein so eigenartiges Benehmen, daß abermals Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit entstanden. Von der Vollstreckung des Todesurteils wurde daher abgesehen und die Strafe im Gnadenwege in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt. Sein Verhalten wurde aber immer beständlicher, so daß er wiederum der Charité überwiesen wurde. Dort haben Beobachtungen seines Geisteszustandes durch mehrere Sachverständige stattgefunden, die schließlich dahin führten, daß er entmündigt und nach Dalldorf gebracht wurde. Auf Grund der Gutachten aus der Charité und der Dall-dorfer Anstalt und eines Obergutachtens des Medizinalkollegiums hat dann Lippkes Verteidiger das Wiederaufnahmeverfahren betrieben, das von der 7. Strafkammer im Mai 1907 beschlossen worden ist. Die Ansetzung eines Hauptverhandlungstermins hat sich verzögert, weil Lippke, der sich inzwischen wieder in der Irren-anstalt Dalldorf befand, mehrere Male von den medizinischen Sachverständigen für nicht verhandlungsfähig erklärt wurde. Nachdem nunmehr die Verhandlungsfähigkeit eingetreten ist, wird die alte Mordsache am 12. d. M. verhandelt werden. Den Vorsitz im Schwurgericht führt Landgerichtsrat Pohlmann.

Der Gölitzer Stadthallen-Einsturz.

Wie wir bereits gestern auf Grund eines Telegramms melde-ten, ist der Ingenieur Maximi verurteilt. Als mitschuldig muß aber nach den zahlreichen Gutachten die Gölitzer Baupolizei betrachtet werden. Ihre Tätigkeit wurde von den Sachverständigen ausnahmslos scharf verurteilt. So warf der Konstrukteur des Berliner Domes, Geheimrat Dr. Müller-Breslau von der technischen Hochschule, der Baupolizei „ungeheure Oberflächlichkeit“ vor. Ähnlich sprachen sich Hjal. Baurat F. Jaffe-Berlin, der Direktor der Technischen Hochschule in Charlottenburg, Post, und nahezu 20 andere aus. Baurat Jaffe ist der Ansicht, daß es gesehentlich unzulässig sei, daß die Stadt Gölitz die Verantwortung auf andere abwälze. Es sei ein Verstoß von Stadtbaurat Hlzig, daß die Baupolizei nur das zu prüfen habe, was ihr vorgelegt wurde, im Gegenteil habe sie alles so zu berechnen, daß keine Gefahr bestehe. In den Urteils-gründen wurde betont, daß „das eventuelle Verschulden anderer mit dem des verurteilten Angeklagten lediglich konkurriert“.

Die armen Opfer der Stadthallenkatastrophe, ihre Hinterbliebenen haben danach ein Recht auf Schadenersatz auch gegen die Stadt Gölitz.

Eingegangene Druckschriften.

Rudolf und Camilla. Roman von Auguste Hausner. 6 M. E. Fleischel u. Co., Berlin W. Verkommenen Adel. Roman von Adel. Ubelige Zu-hälter. Ubelige Geisteskrankheit. Von Gollrat von Lepel. 80 Pf. Volkswort in Zürich.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis Gölitzer Viertel. Bezirk 217. Teil I. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter Hermann Hänel Wienerstr. 36 gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 3. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Hons-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen (Nordend) aus statt. Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf. Nachruf. Am 26. Februar verstarb unser Mitglied, der Apotheker Edwin Lewinsohn (12. Bezirk). Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung ist in Hamburg erfolgt. 294/10 Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein Rixdorf. Am 1. März verstarb unser Mitglied, der Kassierer Otto Eipel (24. Bezirk). Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des neuen Nordost-Friedhofes (Karlendorfer Weg) aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. 294/11 Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer. (G. S.), Ortsverwaltung Berlin 2. Hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied Martin Hupfeld am 1. März verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Georgen-Friedhof, Landsberger Allee, statt. Die Ortsverwaltung. 9295

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener Hermann Hänel am 27. Februar im Alter von 48 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Hons-Kirchhofes, Nordend, aus statt. Die Bezirksverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Todes-Anzeige. Am 27. Februar verstarb unser Mitglied, der Schankwirt Paul Horn Schönewaldstr. 14. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes im Friedrichshagen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. 295/16 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Heiser Eugen Preukschat am 25. Februar an Nierenleiden gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Luther-Kirchhofes in Reinickow aus statt. Rege Beteiligung erwartet. 112/13 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige. Am Sonntag, den 27. d. M., verstarb nach langem, schwerem Leiden meine innigstgeliebte Frau Helene Bergemann geb. Wilke im Alter von 49 Jahren. [1906 Dies zeigt ihr Beträubniß an Karl Bergemann. Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 3. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.

Soeben erschienen: Die Arbeiterklasse und der Strafgeleitzentwurf von Dr. Siegfried Weinberg. Preis 40 Pf. Expedition des Vorwärts Berlin SW. 68 Lindenstr. 69, Laden.

Sie treffen den Nagel auf den Kopf, — wenn Sie morgens und nachmittags Kathreiners Malzkaffee trinken. Denn Kathreiners Malzkaffee ist nicht schädlich, sondern jederzeit zuträglich, wohlschmeckend und billig. — Machen Sie also einen Versuch!

Herren-Vortrag. Morgen, Freitag, den 4. März, abends 9 1/2 Uhr, spricht Herr Spezialarzt Dr. Karl Reinhardt im Restaurant H. Miethe, Schöneberg, Hauptstr. 5 (am alt. Botan. Garten) über: Haut- und Harnleiden wirksame u. schmerzlose mit nachschreibbarer Reklame angefertigte Heilmethoden. Jeder Kranke besuche im eigenen Interesse diesen Vortrag. Eintritt frei. 276/10 Die reellsten und billigsten 4400L

Beste Dänischer Kautabak M. Hansen jun., Hadersleben. Generalvertrieb: Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70. Amt VII, 3047.

En gros detail Knaben- und Jünglings-Garderobe fertig u. nach Maß am billigsten und reellsten in der Fabrik Köpenstr. 85, part., 2 Minuten v. Schles. Bahnhof. Karl Hustädt. Hygienische Bedarfsartikel, Neuest. Katalog D. Empfehlt viel Aerzte u. Prof. grat. u. f. H. Ungew. Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstrasse 91/9

Nur einmal jährlich zum Inventurpreis! reichgestickte solide Plüsch-Portieren Pro Fenster 6³⁵ Mark Filztuchportieren 3³⁵ M. mit allerliebster Stickerei. Mit Plüschauflage gest. Lambrequins 1⁷⁵ Reich-Plüschtschdeck. 7⁸⁵ Teppich-Spezialhaus Emil Lefèvre Berlin, Oranienstr. 158. Nach auswärts per Nachnahme. Inventur-Extraktliste gratis und u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. franko

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. d. d. d. d. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Hagenbruch's Kautabak ist der Beste, nur echt mit Firmenzettel „Hugo Carl Hagenbruch, Kautabakfabrik, Mühlhausen i. Th.“ Vertreter: Aug. Kleinert, Berlin SW. 47, Amt 6, 10560. Großbeerstraße 39.

Eigene Fabrikation im Hause! Möbelfabrik Julius Apelt, Tischler-Meister 6. Adalbertstraße No. 6 Hochbahnhof Kottbusser Tor Komplette Wohnungs-Einrichtungen Moderne Musterzimmer von den einfachsten bis zu den elegantesten stehen zur Ansicht zu soliden Preisen in meinen großen Fabrik- und Verkaufsräumen. — Auf Wunsch Zahlungs-erleichterung. Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortl.: Th. Hoffe, Berlin, Druck u. Verlag: Verlags-Druckerei u. Verlagsbuchhandlung Paul Sieber & Co., Berlin SW. 47

Generalversammlungen der Kreiswahlvereine.

Erster Wahlkreis.

Tätigkeitsbericht

erstattet Wolderich. Die verfloffenen sechs Monate standen unter dem Eindruck der Reichsfinanzreform...

Den

Rassenbericht

erstattete Wittner. Die Einnahme beträgt 3882,76 M., die Ausgabe 2741,92 M., bleibt Bestand 640,84 M.

Zum Bericht der

Preßkommission

teilt Woldi mit, daß besondere Ereignisse nicht zu verzeichnen sind.

Agitationskommission

ersucht um tatkräftige Unterstützung bei der Nachwahl im Kreise Ost- und West-Sternberg...

Aus der

Lokalkommission

Berichtet Wartsch. Stoltenberg hält es für angebracht, über die „Jette“, besonders über das „Riftenmacherje“, die Sperre zu verhängen.

Die Verbandsgeneralversammlung wolle beschließen: Der Beschluß des Zentralvorstandes vom 6. Januar betreffend die Kreiswahl ist aufzuheben.

Als Delegierte sind gewählt und werden von der Versammlung beauftragt: Franz Lucht, W. Liepmann, Joseph Eiben, W. Sommer, Martin Stoltenberg, Runge, K. Bloch, Franz Eichrodt.

Zweiter Wahlkreis.

In der Generalversammlung des zweiten Kreises, die im „Hoffäger-Palast“ tagte, wurden zunächst die zur Generalversammlung Groß-Berlins vorliegenden Anträge zur Beratung gestellt.

Der Zentralvorstand wird beauftragt, ein Sparkartensystem zur Erwerbung von Büchern sowie Einbänden von Literaturwerken nach dem Muster der „Leipziger Volkszeitung“ für Groß-Berlin einzuführen.

Der Genosse Radler führt, den Antrag begründend, aus, daß es dem Proletariat außerordentlich schwer wird, sich die für seine Bildungsbestrebungen unentbehrlichen Bücher zu beschaffen.

Ein Antrag des 15. Bezirks verlangt, den Monatsbeitrag auf 40 Pf. zu erhöhen und die Sammellisten und Bous abzuschaffen.

Hierauf hielt Genosse Bissell einen lehrreichen Vortrag: „Aus der Praxis eines Arbeitersekretärs“.

Als Revisor wurde, zum Ersatz für den aus dem Kreise zurückgetretenen Belger, Genosse Leue gewählt.

Dritter Wahlkreis.

Die Generalversammlung für den dritten Wahlkreis tagte im Gewerkschaftshause.

Genosse Linze beantragte, zu veranlassen, daß bei größeren Aktionen, die von der Partei unternommen werden, wie Flugblattverbreitung für den „Vorwärts“ und die Wahlvereine usw., die Gewerkschaftsmitglieder von dem Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission zur Beteiligung aufgefordert werden.

Genosse Schulz: Es sei die Frage aufzuwerfen, ob die Art der bisherigen „Vorwärts“-Agitation nicht durch eine bessere zu ersetzen sei.

Genosse Kawier bestritt der Zentralisation das Recht, in der Frage der Meißner solche Entscheidungen zu treffen.

Genosse Hirschfeld berührte hauptsächlich die Kompetenzfrage und kam zu dem Schluß, daß die Verbandsgeneralversammlung nicht kompetent gewesen sei, jene Entscheidung zu treffen.

verfahren. Allerdings brauche man Kapital dazu. Unsere ganze Agitation koste ja aber auch Geld.

Bei der Diskussion wurden Erörterungen über die Anregungen Schulz's ausgeschieden als nicht zu der gestellten Resolution gehörig.

Lokalfrage zum 1. Mai

kam dann zur Verhandlung. Der Vorsitzende, Genosse Pohl, verwies auf die Erörterungen und den Beschluß der letzten Generalversammlung des dritten Kreises betreffend die „Neue Welt“.

Genosse Pohl bemerkte: Er müsse einer Auffassung entgegen-treten, die den Worten des Genossen Ernst zu entnehmen wäre; nämlich der Auffassung, daß die Verlängerung des Vertrages mit der „Neuen Welt“ erfolgt wäre, als schon der Zentralvorstand mit der Sache befaßt gewesen sei.

Genosse Stallmann: Ein Kreis, der sich nicht in den Beschluß der oberen Instanzen fügt, vertritt das Recht, in den Verbandsgeneralversammlungen vertreten zu sein.

Genosse Schmidt verteidigt die Stellungnahme des dritten Kreises und bezieht sich zur Rechtfertigung auf den § 14 des Statuts, wonach den einzelnen Kreisen die Selbstverwaltung zusteht.

Genosse Krämer: Die Rechtsfrage sei zugunsten des dritten Kreises entschieden, und zwar durch den Privatvertrag mit der „Neuen Welt“, wonach das Lokal für die Kreisfeier bis zum Jahre 1913 dem Kreise gehöre.

Genosse Harndt wendete sich gegen die Verurteilung Ernst's auf das demokratische Gefühl. Es widerspreche dem demokratischen Gefühl, wenn man einen kleinen Kreis wie den dritten an die Wand drücke.

Genosse Lehmann meinte wie Ernst, daß die Frage, wer ein Recht auf die „Neue Welt“ habe, jetzt entscheiden müsse. Er sei ja auch noch der Meinung, daß man nicht mit nichts die Rechte des Kreises das Lokal nehmen sollte.

Genosse Hirschfeld berührte hauptsächlich die Kompetenzfrage und kam zu dem Schluß, daß die Verbandsgeneralversammlung nicht kompetent gewesen sei, jene Entscheidung zu treffen.

Er leitete das Ver aus den Verbandsstatuten, deren Bestimmungen über die Befugnisse des Verbandes er durchging.

Genosse Schmal schloß sich an die Kompetenzfrage im Sinne des Genossen Hirschfeld. Wenn die Kreisfeier zentralisiert wäre, dann wäre es anders.

Genosse Ernst nahm, nachdem nachdem Debattebeschluß beschloffen war, als Redner, der die Debatte eingeleitet hatte, nochmals das Wort.

Genosse Liepmann ließ aus der Rednerliste feststellen, daß unter den Rednern, die infolge Schlußes der Debatte ihre Meinung nicht mehr sagen konnten, auch er und der Genosse Böcke, das dritte amwesende Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses, sich befinden.

Die Generalversammlung des dritten Kreises steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Beschluß der Verbandsgeneralversammlung lediglich als Nachfrage behandelt wurde.

Pohl wies auf das Vorgehen der Berliner Zentralleitung beim Polizeipräsidenten usw. hin. Genosse Ernst nahm dazu noch das Wort, um in begeisternder Rede darzulegen, daß Polizeipräsident und Minister sich irren, wenn sie etwa glauben, daß die Arbeiterschaft nun darauf verzichten werde, ihren Standpunkt öffentlich kundzutun.

Vierter Wahlkreis.

Die Generalversammlung des Wahlvereins für den vierten Berliner Wahlkreis tagte in dem großen Kellerischen Saal in der Kopenstraße.

Tätigkeitsbericht

des Vorstandes erstattete der Vorsitzende Genosse Hoffmann. Danach zählte der Kreis am 1. Januar 1909 20 967 Mitglieder.

Die von verschiedenen Seiten gegebene Anregung, Straßendemonstrationen und große Straßenmeetings unter freiem Himmel auf gesellschaftliche Weise abzuhalten, hat die Berliner Parteileitung angenommen und ist den Polizeipräsidenten um die Genehmigung der für den nächsten Sonntag geplanten derartigen Veranstaltungen angegangen.

Genosse Hirschfeld verteidigt die Stellungnahme des dritten Kreises und bezieht sich zur Rechtfertigung auf den § 14 des Statuts, wonach den einzelnen Kreisen die Selbstverwaltung zusteht.

Genosse Krämer: Die Rechtsfrage sei zugunsten des dritten Kreises entschieden, und zwar durch den Privatvertrag mit der „Neuen Welt“, wonach das Lokal für die Kreisfeier bis zum Jahre 1913 dem Kreise gehöre.

Genosse Harndt wendete sich gegen die Verurteilung Ernst's auf das demokratische Gefühl. Es widerspreche dem demokratischen Gefühl, wenn man einen kleinen Kreis wie den dritten an die Wand drücke.

Genosse Lehmann meinte wie Ernst, daß die Frage, wer ein Recht auf die „Neue Welt“ habe, jetzt entscheiden müsse. Er sei ja auch noch der Meinung, daß man nicht mit nichts die Rechte des Kreises das Lokal nehmen sollte.

Genosse Hirschfeld berührte hauptsächlich die Kompetenzfrage und kam zu dem Schluß, daß die Verbandsgeneralversammlung nicht kompetent gewesen sei, jene Entscheidung zu treffen.

Genosse Schmal schloß sich an die Kompetenzfrage im Sinne des Genossen Hirschfeld. Wenn die Kreisfeier zentralisiert wäre, dann wäre es anders.

Genosse Ernst nahm, nachdem nachdem Debattebeschluß beschloffen war, als Redner, der die Debatte eingeleitet hatte, nochmals das Wort.

Genosse Liepmann ließ aus der Rednerliste feststellen, daß unter den Rednern, die infolge Schlußes der Debatte ihre Meinung nicht mehr sagen konnten, auch er und der Genosse Böcke, das dritte amwesende Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses, sich befinden.

Die Generalversammlung des dritten Kreises steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Beschluß der Verbandsgeneralversammlung lediglich als Nachfrage behandelt wurde.

Pohl wies auf das Vorgehen der Berliner Zentralleitung beim Polizeipräsidenten usw. hin. Genosse Ernst nahm dazu noch das Wort, um in begeisternder Rede darzulegen, daß Polizeipräsident und Minister sich irren, wenn sie etwa glauben, daß die Arbeiterschaft nun darauf verzichten werde, ihren Standpunkt öffentlich kundzutun.

Genosse Hirschfeld berührte hauptsächlich die Kompetenzfrage und kam zu dem Schluß, daß die Verbandsgeneralversammlung nicht kompetent gewesen sei, jene Entscheidung zu treffen.

Setzge begründet alsdann einen weiteren vom 338. Bezirk gestellten Antrag, der nach längerer Diskussion und einigen Änderungen in folgender Fassung zur Annahme gelangte:

Dem § 13 des Statuts der Kreiswahlvereine soll hinzugefügt werden:

a) Beitragsverhöhungen können nur per Urabstimmung erfolgen.

b) Wird von mindestens einem Drittel aller auf der Verbandsgeneralversammlung anwesenden Delegierten eine Urabstimmung verlangt, so ist eine solche unverzüglich von der Verbandslitung in die Wege zu leiten. Das Resultat dieser Abstimmung ist im „Mitteilungsblatt“ bekanntzugeben.

Ein vom 100. Bezirk gestellter und von Ewert begründeter Antrag wird gleichfalls angenommen. Er lautet:

Erfahre der Beiträge für die weiblichen Mitglieder bei Arbeitslosigkeit des Mannes, der Mitglied des Wahlvereins ist.

Ueber einen von der 31. Abteilung gestellten Antrag, nach dem die Genossen in Rücksicht darauf, daß ihnen die diesjährige Reisezeit keinen Lohnausfall verursacht, verpflichtet sein sollten, bei mindestens halbjährlicher ununterbrochener Beschäftigung einen halben und bei einer jährlichen ununterbrochenen Beschäftigung einen ganzen Tagesverdienst an die Parteikasse abzuliefern, wird zur Tagesordnung übergegangen.

Eine Anzahl weiterer Anträge werden der Kreisversammlung überwiesen.

Darauf werden die 148 Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung beauftragt.

Unter „Verschiedenes“ wurden etliche weniger interessierende Angelegenheiten zur Sprache gebracht, worauf die Versammlung geschlossen wird.

Fünfter Wahlkreis.

In der im Allen Schützenhause abgehaltenen Versammlung erstattete der Vorsitzende Friedländer den

Bericht des Vorstandes

für das abgelaufene Geschäftsjahr. Obgleich im Laufe des Jahres 369 männliche und 48 weibliche Mitglieder eingetreten und 207 männliche sowie 24 weibliche Mitglieder aus anderen Wahlvereinen übergetreten sind, hat sich die Zahl der Vereinsmitglieder doch nur um 25 vermehrt. Es herrscht unter den Mitgliedern eine lebhaftere Fluktuation, die sich aus der eigenartigen Lage des fünften Wahlkreises erklärt. Es findet nämlich ein starker Wohnungs- und dadurch bedingter Mitgliederwechsel nach und von den benachbarten Kreisen statt. Gegenwärtig hat der Verein 1500 männliche und 188 weibliche Mitglieder. Die Vereinsaktivität war ziemlich lebhaft, fast jeden Monat wurden zwei Versammlungen abgehalten. Neben den Vereinsversammlungen wurden auch öffentliche Versammlungen abgehalten, die der Agitation dienten. Die beiden Zeitungsabteilungen des Kreises verbreiten circa 6000 Exemplare des „Vorwärts“, davon etwa 2000 im Kreis selbst, den Rest in Teilen der angrenzenden Kreise. Von der „Gleichheit“ werden 77, vom „Wohren Jakob“ 400, vom „Süddeutschen Postillon“ 20, von der „Arbeiter-Jugend“ 30-40 Exemplare verbreitet. Die Zahl der „Gleichheit“ und der „Vorwärts“-Abonnenten ist für die Verhältnisse des Kreises zu gering. Für weitere Ausbreitung der Parteipresse müssen die Genossen bemüht sein. Wenn mancher Parteigenosse noch den „Lokalanzeiger“ hält und sich darauf beruft, daß seine Frau dies Blatt wegen der Romane liest, so ist eine solche Ausrede, abgesehen von unserer grundsätzlichen Stellung gegen den „Lokalanzeiger“ schon deshalb hinfällig, weil sich der gegenwärtig im „Vorwärts“ erscheinende Roman in jeder Hinsicht mit den Romanen des „Lokalanzeigers“ messen kann. (Heiterkeit und Zustimmung.) Da der „Lokalanzeiger“ hinsichtlich unserer Wahlrechtsbewegung eine nicht nur reaktionäre, sondern geradezu niederträchtige Haltung einnimmt, so muß jeder Parteigenosse dieses Blatt von sich weisen und die Gastwirte, welche Parteigenossen sind, sollten den „Lokalanzeiger“ nicht mehr auslegen. Eine Massenabteilung des Blattes durch etwa 3000 sozialdemokratische Gastwirte würde Eindrud auf den Verleger machen. Im allgemeinen ist die Lage des Vereins befriedigend, die Beteiligung an seinen Veranstaltungen war eine rege, jedoch dürfen die Genossen in der Werbung neuer Mitglieder und weiterer Verbreitung der Parteipresse nicht nachlassen.

Der vom Genossen Risse erstattete

Rassenbericht

zeigt eine Einnahme von 7287,43 Mk., eine Ausgabe von 6495,83 Mk., so daß ein Bestand von 791,61 Mk. bleibt. — Die Berichte gaben keinen Anlaß zu Ausstellungen, der Vorstand wurde entlastet.

Genosse Wels gab einen

Bericht von der Pressekommission.

Er konstatierte, daß die früheren Differenzen zwischen dem Verleger und der Redaktion wegen des von der letzteren beanspruchten Umfangs des Blattes durch ein Abkommen über die jährlich zu verbrauchende Vorratshöhe einigig beseitigt sind. Durch das Ausscheiden des Genossen Davidsohn am 1. April tritt eine Vakanz in der Redaktion nicht ein, die Pressekommission hat das Ausschreiben der Stelle deshalb nicht für erforderlich gehalten. Die juristische Sprechstunde ist neu geregelt worden und wird vom 1. April ab wieder in den Räumen des „Vorwärts“-Hauses abgehalten. Der Rückgang, den die Abonnentenzahl in den Krisenjahren erfahren hat, ist noch nicht wieder eingeholt worden. Die gegenwärtige Auflage beträgt 130 000, wovon 122 000 auf Groß-Verlin kommen. Im Hinblick auf die Stärke der Arbeiterbewegung kann diese Zahl nicht als befriedigend betrachtet werden, es muß deshalb für Vermehrung der Zahl der „Vorwärts“-Leser agitiert werden.

In der

Diskussion

wünschte Genosse Timm, daß der Lesestoff im „Vorwärts“ übersichtlicher angeordnet werde, so daß sich die Leser schneller zurechtfinden können. In der bürgerlichen Presse sei die Uebersicht eine bessere, der Leser könne deshalb schneller damit fertig werden. Es sei notwendig, daß zur Herausgabe eines Abendblattes ernstlich Stellung genommen werde. Die Einführung eines Wochenabonnements würde zur weiteren Ausbreitung des „Vorwärts“ beitragen.

Wels bemerkte hierzu: Auch die Pressekommission habe der Redaktion schon öfter nahegelegt, sie möge dem Wunsche der Genossen nach einer kürzeren und populäreren Schreibweise Rechnung tragen. Die Einführung eines Abendblattes sei durchaus notwendig. In dieser Hinsicht sei ja die Geschäftsleitung mit der Aufstellung einer redaktionellen Grundlage betraut worden. Er werde diese Angelegenheit in der Pressekommission wieder zur Sprache bringen. Die Einführung eines Wochenabonnements sei ja bereits durch eingehende Feststellungen als ungewinnlich erlani worden und könne deshalb nicht empfohlen werden.

Fischer wünscht den Ausbau des lokalen Teils und meint, dadurch könne den bürgerlichen Blättern das Wasser abgegraben werden. — Ritter wandte sich gegen eine Erweiterung des lokalen Teils.

Genosse Zucht gab einen

Bericht der Agitationskommission.

Er konstatierte, daß die Kommission eine erfolgreiche Tätigkeit entfaltet hat. Die Zahl der organisierten Genossen in der Provinz ist gestiegen. Der Kalender ist in 820 000 Exemplaren verbreitet worden und wird von der Bevölkerung gut angenommen, daselbst gilt von der „Kassette“, die in 20 000 Exemplaren verbreitet wird. Die Konradorganisation macht gute Fortschritte, sie hat schon 5000 Mitglieder in Deutschland. Unter den einzelnen Landesstellen steht die Provinz Brandenburg hinsichtlich der Konradorganisation an dritter Stelle. 90 000 Flugblätter sind zum Zweck der Parteipropaganda verbreitet worden. Die politischen Organisationen in der Provinz haben 20 000, die Gewerkschaften 80 000 Mitglieder. Diese, soweit sie der Partei noch fern stehen, für sie zu gewinnen, muß unsere Aufgabe sein. In den letzten Wochen wurden 50 Frauenagitationsversammlungen abgehalten. Die Abonnentenzahl der Parteipresse ist gestiegen, und zwar die der „Brandenburger Zeitung“ von 10 000 auf 12 000 und die der „Märktischen Volksstimme“ von 11 000 auf 13 000. Die Reichsfinanzreform hat einen großen

Teil der indifferenten Massen die Augen geöffnet und unsere Agitation begünstigt.

Nachdem die Berichterstattung beendet war, wählte die Versammlung die von den Abteilungen vorgeschlagenen Delegierten zur Generalversammlung des Verbandes.

Zum Schluß machte Friedländer Mitteilung von der Begehrung des Polizeipräsidenten, und die Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel zu genehmigen. Genosse Friedländer betonte unter allgemeiner Zustimmung der Versammlung, daß uns diese Haltung der Polizeibehörde natürlich nicht abhalten wird, in der Weise, die wir für geeignet und wirksam halten, für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen zu demonstrieren. Wir werden auch nicht unterlassen, uns auf der Straße zu zeigen, um unseren Willen kundzugeben und die indifferenten Massen für unsere Bewegung zu interessieren.

Sechster Wahlkreis.

Die Generalversammlung des Wahlvereins des 6. Kreises fand in den „Brachsfälern Nordwest“, Moabit, statt und war außerordentlich stark besucht. Das Hauptinteresse der Versammelten war auf die

Vorsage zur Einführung des Delegiertenstems

für die Generalversammlungen des Kreises gerichtet. Um diesen Punkt der Tagesordnung genügend besprochen zu können, wurde er auf Antrag aus der Versammlung dem Vorstands- und Kassensbericht vorangestellt. Nachdem der erste Punkt der Tagesordnung, die Befestigung der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung, ohne Diskussion erledigt war, nahm der Vorsitzende, Genosse Henschel, das Wort als Berichtersteller über den an den Vorstand gelangten Antrag, für die Generalversammlungen des Wahlvereins das Delegiertenstems einzuführen. Der Vorstand hatte die Aufgabe, eine Vorlage auszuarbeiten und den Mitgliedern zur Diskussion und Abstimmung zu unterbreiten. Die Kreisversammlung gab dem Antrage ihre Zustimmung, nachdem er in den Abteilungen gründlich diskutiert worden war, und sie empfahl auch die Annahme des Entwurfs, der von dem Vorstands vorgelegt wurde. Bei den Mitgliedern stieg dieser Entwurf aber auf heftigen Widerstand, und eine Reihe von Änderungsanträgen liefen beim Vorstands ein. Henschel betonte, daß die Anträge sich nicht gegen das Delegiertenstems überhaupt richteten, sondern nur eine andere Fassung bezweckten. Er besprach die einzelnen Anträge und verzeigte die Vorlage. Seiner Ansicht nach sollten alle Änderungsanträge abgelehnt und nur der folgende Spezialantrag zur Annahme gelangen, der vom Bezirk 728 einging und lautet:

„Wegen der großen Wichtigkeit der Frage der Delegiertenvertretung möge die Generalversammlung beschließen, daß über den vom Vorstand und der Kreisversammlung vorgelegten Entwurf eine Urabstimmung stattzufinden hat, ähnlich wie bei Einführung der Einheitsabgabe der Funktionäre.“

Nach einer hitzigen Geschäftsordnungsdebatte begann die

Diskussion,

in der einzelne Änderungsanträge eingehend begründet wurden. Der Vorwurf, daß das demokratische Prinzip nicht gebührend berücksichtigt werde, kehrte immer wieder. Hauptsächlich wurde verlangt, daß die Funktionäre nicht gebunden sein sollen durch die Kreisversammlung, und daß jedem Bezirk das Recht zustehe, einen Delegierten zu entsenden. Daß das Delegiertenstems im 6. Kreis zur Notwendigkeit geworden ist, darüber waren sich die meisten Redner einig. Nachdem ein Antrag auf Schluß der Diskussion angenommen und wieder eine hitzige Geschäftsordnungsdebatte zum Austrag gebracht war, wurde beschlossen, die ganze Materie, die Vorlage sowie die Änderungsanträge in den Wahlabenden zur Urabstimmung zu bringen.

Der

Bericht des Vorstandes

gab den Mitgliedern gedruckt vor. Genosse Theodor Fischer gab einige Erläuterungen dazu. Der Wahlverein blüht mit dem Abschluß des Jahres 1909 auf eine zwanzigjährige, unermüdete Tätigkeit zurück. Reiche Arbeit brachte auch das Jahr 1909. An den öffentlichen politischen Versammlungen und Aktionen, an den Versammlungen mit den Gewerkschaften und zahlreichen Veranstaltungen, die im Bericht genau aufgeführt werden, waren die Genossen und die Genossinnen des 6. Kreises stets stark beteiligt. Die Agitation unter den Frauen und unter den Jugendlichen wurde nach Kräften gefördert. 8306 weibliche und 2228 männliche Mitglieder zählte der Wahlverein am Schluß des Jahres 1909. Die Abonnentenzahl für den „Vorwärts“ ist im Berichtsjahre um 1633 gefallen, was auf die schlechte wirtschaftliche Lage zurückgeführt wird. Die Abonnentenzahl beträgt im Kreise 32 470.

Den

Rassenbericht

erstattete der Genosse Müller. Einer Einnahme von 119 651,55 Mark steht eine Ausgabe von 117 892,80 Mk. gegenüber, somit verbleibt ein Bestand von 1758,75 Mk. Die Geschäftsführung wurde auf Antrag der Revisoren entlastet.

Genosse Fischer gab der Versammlung bekannt, welchen Beschuld der Polizeipräsident auf das Ersuchen der Genehmigung zur öffentlichen Versammlungen im Reptoner Park erteilt habe. Allgemeine laute Pfufeze erhalten, als die Versammelten diesen Beschuld hörten und mit Gelächter wurde die Erklärung des Ministers von Rolke aufgenommen, die Fischer ebenfalls bekannt gab. Donnernder Beifall ertönte, als der Redner erklärte, daß solche Bescheide die Berliner Arbeiterklasse nicht abhalten könnten, für ein freies Wahlrecht auch fernerhin offen einzutreten.

Die Polizei hatte in der Nähe des Versammlungsortes ein starkes Aufgebot zusammengezogen, als erwartete sie ein Ereignis. Sie wartete vergeblich, die Versammlung dauerte bis Mitternacht und erledigte ihre Angelegenheiten, zu denen, wie der Vorstand betonte, eine Demonstration diesmal nicht gehörte, wenn die Polizei sich auch schon darauf eingerichtet habe. Er legte den Anwesenden nahe, nicht so sehr die kleinen Streitfragen in der Organisation gegenwärtig in den Vordergrund zu rücken, sondern vielmehr den größeren Dingen, besonders in der Wahlrechtsfrage, die ungeteilte Aufmerksamkeit zu widmen.

Aus der Frauenbewegung.

Clara Zetkin über den preussischen Wahlrechtskampf.

Am vorletzten Sonntag tagte in den „Brachsfälern Nordwest“ eine öffentliche politische Versammlung, in der Genossin Zetkin über das Thema sprach: „Unsere Aufgaben im preussischen Wahlrechtskampf.“ Trotz der ungünstigen Zeit und des lodenden Wetters war das weite Lokal, das 3000 Personen faßt, bis auf das letzte Plätzchen besetzt. Die Referentin, von lebhaftem Beifall begrüßt, führte in den Hauptpunkten das Folgende aus:

Der Kampf um das Wahlrecht in Preußen ist in ein neues Stadium getreten. Zwei Erscheinungen charakterisieren es. Der Regierungsentwurf zu einer Wahlrechtsreform und der starke Verstoß der proletarischen Massen durch die Demonstrationen. Die Elite des kämpfenden Proletariats hat die Straßen benutzt, in vielen Orten gegen das ausdrückliche Verbot, hier und da gegen den brutalen Widerstand der Polizei. Die arbeitenden Massen haben dadurch ihrer festen Entschlossenheit Ausdruck gegeben, der Lösung des Preussentags gemäß zu handeln, unaufhaltsam vorwärts zu gehen, im Kampfe um ihr Recht alle Mittel anzuwenden, die sich aus ihrer Klassenlage ergeben und deren Anwendung der Ernst der Stunde notwendig macht. Das ist die einzig würdige Antwort auf den Regierungsentwurf, diese Spottgeburt einer Wahlrechtsreform vom Dred, ohne Feuer. Was ändert, um mit Bismarck zu reden, dieser Entwurf an den vier Infamien, die das Wesen des elendsten und des widerwärtigsten aller Wahlsystems ausmachen? — Die Rednerin kennzeichnete dann kurz und scharf das geltende Wahlrecht als eine einfache Mauer zum Schutze nicht bloß der Junkerinteressen, sondern der bestehenden und ausbleibenden Massen überhaupt, sobald folgte eine Kritik des Regierungsentwurfs. — Er ist sicherlich ein Ausdruck der Junkerherr-

schaft und Junkerfreiheit. Aber noch ein anderes: eine Kulturlage über den Verfall des Liberalismus, für die Laubzeit, ja wachsende Keindschaft, mit der er — als politischer Repräsentant der Bourgeoisie — dem politischen Recht der Massen gegenübersteht. (Lebhafte Zustimmung.) Kritisierte in Preußen, in Deutschland ein Liberalismus, der diesen Namen verdiente, so wäre dieser Entwurf unmöglich gewesen. Es erhebt sich die Frage nach der Wurzel der Junkerherrschaft, die in unserer Zeit wie ein Anachronismus erscheint. Die wirtschaftliche Entwicklung Preußens hat das Schwergewicht aus der Landwirtschaft in die Industrie, in Handel und Verkehr verlegt. Somit ist die Junker herrschaft nicht mit den industriellen Großkapitalisten gekreuzt haben, eine Verbindung von Agrarier und Großkapitalist darstellen, halten sie sich nun als wirtschaftlich herrschende Klasse, als Kripenreiter des Kapitalistenstaats, dank des Jollwunders, ergänzt durch die fettesten Stellen im Heer, in der Staatsverwaltung usw. Ihre soziale Verankerung erweist das Kaiserwort, daß in Cabinen die Schweinehälle besser seien als die Arbeiterwohnungen. Ihre kulturellen Leistungen werden durch die gerichtliche Feststellung beleuchtet, daß die edlen Pferde in Trakehnen besser untergebracht würden als wie Tausende preussischer Volksschüler. Ihre politische Bedeutung kündigen Staatsmännlein von der Bedeutungslosigkeit und Arbeiterfeindschaft eines Bülow und des noch kleineren Bethmann Hollweg. Von ihrem Werke für den „Schutz des Vaterlandes“ redet Jena einbringlich. Welches Gebiet des öffentlichen, des kulturellen Lebens wird nach der Bedeutung der Junkerklasse müßern: diese ist historisch gerichtet (Lebhafte Beifall.) Und trotzdem hält sie sich in Preußen als regierende Klasse, sie beherrscht das Parlament des Landes, sie monopolisiert seine Staatsverwaltung, sie braucht und mißbraucht ihre Machtposition in Preußen, um die gesamte deutsche Politik ihren brutalsten Klasseninteressen dienstbar zu machen. Und doch findet sich die Bourgeoisie damit ab. Sie zahlt damit den Preis für die politische Anbelung und Darniederhaltung des Proletariats. Die Bourgeoisie staßt lieber alle Fußritte vom Junkertum ein, als daß sie der Arbeiterklasse die geringste Konzession macht. Sie braucht das Junkertum als Kettenhund gegen die werktätigen Massen. So herrscht dieses mit ihrem Segen, nach ihrem Willen. (Lebhafte Beifall.) Die Bourgeoisie bedarf wohl für ihre Herrschaft des Parlamentarismus, aber nicht eines demokratischen Wahlrechts.

Die Rednerin zeichnet an der Hand der Geschichte das Verhalten des Liberalismus seit 1848 bis heute: den Verrat der Revolution aus Jurdy vor dem Proletariat; die geltende provisorische Wahlrechtsordnung von 1849 als Vorfrucht der konserbativ-liberalen Paarung; Gegnerschaft der Fortschrittspartei im Preussischen Abgeordnetenhaus gegen das allgemeine Wahlrecht zur Zeit ihrer Blüte und Majorität; Raffales stolze Antwort darauf usw. Diese oft von Zustimmung unterbrochenen Ausführungen endeten mit dem Hinweis auf den Widerstand, den die Liberalen in Bayern der Wahlrechtsbewegung entgegengekehrt haben, auf ihre Bundesgenossenschaft mit den Konservativen zur politischen Entrechtung der Massen im Staat, in Sachsen, Danenburg, Lübeck; ihre Mitwirkung — die Freisinnigen hiez übergriffen — an den kommunalen Wahlrechtsattentaten in Königsberg, Kiel, Rixdorf usw. — So sind bis jetzt keine neuen Tugenden des Liberalismus da, welche seine alten Sünden vergeben machen könnten. Der Liberalismus hat all diese 60 Jahre im Abgeordnetenhaus auf den Kampf für das Wahlrecht verzichtet, er hat erst recht darauf verzichtet, den Kampf dorthin zu tragen, wo die entscheidende Kraft ruht: unter die Massen! Das Zentrum macht ebenfalls einen Teil dieses Liberalismus aus; es proklamiert sich ja selbst als demokratische Partei. Sein feiges und zweideutiges Verhalten ist um so schändlicher, als es im Gegensatz zu den übrigen Parteien des Liberalismus große Massen Proletariats in seinem Gefolge führt. Dank dem Vorhürmen des Proletariats, unter Führung der Sozialdemokratie, ist die Wahlrechtsfrage in Fluß gekommen. Sogar die saure Traube des Regierungsentwurfs wäre ohne den Drud der proletarischen Massen nicht gewachsen. Zu der Zeit aber, wo der Wahlrechtskampf sich verschärft, konzentriert sich selbst der Linkliberalismus nach rechts. Beweis: das Einigungsprogramm. — Die Rednerin zeigte dann, daß keine der bürgerlichen Parteien den Kampf für das Recht der Massen jetzt im Plenum des Abgeordnetenhauses ernsthaft aufgenommen habe, daß die Kommissionsarbeiten nicht im Zeichen des Kampfes gegen Regierung und Konservative, sondern des Schacherns mit ihnen ständen. Ganz besonders nagelte sie dabei das schmahlvolle Verhalten des Zentrums fest. — Die Parteien des Liberalismus, inklusive Zentrum, sagen mit Björnsons Musterkapitalisten: „Was wir an Freiheit verlieren, gewinnen wir an Sicherheit wieder.“ Sie geben mit den Interessen der Arbeiter auch die der Kleinbürger, Intelligenzler und Bauern preis. Sie duden lieber vor der Regierung, als daß sie den Kampf unter die Massen tragen. Für ihr Verhalten im Wahlrechtskampf gilt das Wort Robespierres: „Die Tugend muß mit Schreden regiert werden.“ Die Beifälle unserer Kritik muß sie vorwärts treiben. — Die Rednerin wies dann nach, daß es im jetzigen Kampfe nicht nur um das Wahlrecht in Preußen geht, vielmehr auch um die Sicherheit des Reichstagswahlrechts. Die reaktionäre Daz gegen das Reichstagswahlrecht hat in den freibornierten Angriffen Bethmann Hollwegs einen Gipfelpunkt erreicht, einen offiziellen Ausdruck gefunden. Der preussische Ministerpräsident durfte es als Reichstagsler wagen, seine Keindschaft gegen das Reichstagswahlrecht aus dem Hause des Reichsparlamentes vor das Haus des allgemeinen Wahlrechts zu tragen. — Die Weigerung aller großen bürgerlichen Parteien, den Ordnungsruf gegen Debour aufzuheben, ist ein klassisches Beispiel für den Verfall des Parlamentarismus.

Die Rednerin setzte dann die Lebensnotwendigkeiten auseinander, die das Proletariat in Preußen in den Kampf für das freie Wahlrecht treiben. Sie zeigte die wirtschaftliche Revolution, die sich seit 1849 vollzogen und Preußen zu einem Lande gemacht hat, das die reifsten Formen der kapitalistischen Entwicklung aufweist. Sie zeigte ihr Gegenstück: die wachsende Bedeutung des Proletariats und seine wachsende Reife, die es bei den Reichstagswahlen und vor allem auch durch den Aufbau, die Ausgestaltung seiner politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und deren reiches, kulturförderndes Leben behndelt. Aber nicht bloß trotz seiner Reife, gerade wegen seiner Reife muß man das Proletariat in politischem Helotentum erhalten. Mochte es sich zum Vadesel der Konservativen, zum frommen Zirkusspield liberaler und Kerikaler Konkreiter und Glomms, so würden die bürgerlichen Parteien für das Wahlrecht des Preussers Arbeiter schwärmen. Der richtige Gebrauch des Wahlrechts durch die Arbeiter macht es verhaßt. (Lebhafte Beifall.) Die Verweigerung des Wahlrechts ist die Strafe für die politische Reife des Proletariats. Das Proletariat braucht das Wahlrecht als eines wichtigen Mittels — wenn auch nicht des einzigen — um Macht zu erlangen. Allen bürgerlichen Parteien gegenüber ist Mißtrauen die erste demokratische Tugend. Das Proletariat würde zu der Beifälle der politischen Entrechtung die Korrenklappe verdienen, wollte es das vergessen und Illusionen träumen. (Lebhafte Zustimmung.) Gewiß gibt es große nichtproletarische Schichten des Volks, die auch das höchste Interesse an der Verankerung des Dreiklassenwahlrechts haben. Sie gilt es aufzurichten, damit sie die bürgerlichen Parteien vorwärtspressen, die ihre Verletzung sind. Das Gleiche muß sonst vor allen betreffend der Arbeitermassen geschehen, die das Zentrum noch im Schlepptau führt. Das wirksame Mittel ist der scharfe, entscheidende Kampf des Proletariats selbst. Er trägt das Problem des Wahlrechts vor die breitesten Massen und zwingt alle sozialen Schichten zur Stellungnahme. Treten in dem Kampfe andere Klassen neben das Proletariat, andere Parteien neben die Sozialdemokratie, sie sind willkommen. Keine Konzessionen darum in Forderung und Taktik an die bürgerlichen Wahlrechtsfreunde. (Lebhafte Zustimmung.) Solche Konzessionen würden die Herrschenden nie täuschen und entgegenkommend stimmen, wohl aber das Bewußtsein der Massen trüben und ihre Kampfsenergie schwächen. Nicht der parlamentarische Schacher, die Haltung der proletarischen Massen wirkt das Los über die Wahlrechtsreform. Das schöpferische politische Leben

liegt nicht im Parlament, sondern außerhalb seiner: in den Massen. Das Parlament liquidiert nur das Kräfteverhältnis der verschiedenen sozialen Klassen außerhalb des Parlaments. Es ist der Pegel, der die schwellende Flut der Massenaktion anzeigt. Die neunmal-flügel Rednermeister der parlamentarischen Konstellation verwechseln Ursache und Wirkung, wenn sie meinen, diese Konstellation sei entscheidend. Wie jedes Parlament, so wird auch der Preussische Landtag die Wahlrechtsreform beschließen, die es beschließen muß, wenn der unnachlässliche Druck der Massen einsetzt. (Sehr richtig!) Die Rednerin weist das an den beiden geschichtlichen Beispielen der Wahlrechtsreform in Oesterreich und Finnland nach. In beiden Ländern beschloß eine hochreaktionäre, verrufen arbeitsunfähige gesetzgebende Körperschaft fast über Nacht die Wahlrechtsreform, als an den Klammern der russischen Revolution die revolutionäre Kampfbereitschaft sich entzündete und der Massenstreik vor der Tür stand, beziehungsweise Wirklichkeit wurde. Die Sozialdemokratie muß daher dem Wahlrechtskampfe das stolze Banner ihrer eigenen Programmforderung voller politischer Demokratie voranzutragen. (Stürmischer Beifall.) Die Rednerin hebt dann die zwei Punkte des Frauenwahlrechts und der Gerabückung des Wahlalters heraus und wendet sich dann der Frage der Taktik im Wahlrechtskampfe zu, deren oberste Grundsätze sein müssen: völlige Unabhängigkeit von der Rücksicht auf bürgerliche Parteien, die eventuell in den Kampf getrieben werden; Beweglichkeit in der Wahl der Mittel nach den Umständen. (Sehr richtig!) Versammlungen und Resolutionen allein haben als Kampfmittel verfaßt. Die Demonstration ist unserem Arsenal einverleibt worden. Ihre Bedeutung liegt in der Befundung des festen Willens der Massen, den Kampf mit aller Wucht weiterzuführen und in ihm alle Methoden anzuwenden, die sich aus der proletarischen Klassenlage ergeben. Wer das Ziel will, der muß auch die Mittel und Wege wollen, die zum Ziele führen. Die Strategie von Leuten darf für uns nicht bindend sein, die ihre Schlächten im Schlafrock und Pantoffeln mit Worten von der gemüthlichen Ofenede aus schlagen. Das Proletariat ist klug genug, die Geschicklichkeit zu beachten. Es beachtet sie und nutzt sie aus. Sobald aber die Gegner den Boden der Geschicklichkeit gerümmern, indem sie das gemeine Recht zur Praxis des gemeinsten Unrechts werden lassen, so haben wir nur eine Antwort. Es ist die gleiche, die Bebel gab, als das Ausnahmegesetz geschaffen wurde: „Nun erlt redt!“ (Lebhafter Beifall.) Wer — von den warmenden bürgerlichen Schulmeistern — fragt nach dem Leben der Arbeiter, das mitten im grauen, fürchterlichen Alltag der bürgerlichen Ordnung die kapitalistische Ausbeutung verschlingt. Arbeiterblut ist kostbar! Reden wir davon: Von 1888 bis 1906 wies die Unfallversicherung mehr als 140 000 Tote und mehr als 660 000 Schwerverletzte als Opfer auf dem Schlachtfelde der Arbeit aus. Hunderttausende sind in der Zeit von Berufsleiden dahingerafft worden oder der Proletarierkrankheit erlegen, die in den Höhlen der Heimarbeit hockt, die aus Unterernährung, Überarbeit, erbärmlichen Wohnungsverhältnissen geboren wird. Keine Revolution, keine Schlacht hat annähernd so viel Tote und Verwundete gekostet, wie der kapitalisti-

schen Ausbeutung jahraus, jahrein zum Opfer fallen. Dem steigenden Goldstrom des kapitalistischen Gewinns wälzt sich ein schwellender Blutstrom durch die Gesellschaft.

Die Rednerin setzt sich dann mit der Ansicht auseinander, daß Straßendemonstrationen nutzlos seien. Sie verweist auf eine Aeußerung des österreichischen Ministerpräsidenten Gautschi, auf die Kapitulation Friedrich Wilhelm IV. vor der Straße. Die Anwesenden befanden ihre Zustimmung mit den Gedankengängen der Rednerin. Der Kampf um die politische Demokratie in Preußen ist die Sache der gesamten deutschen Arbeiterklasse. Er wird mehr und mehr zu einem Ringen werden, in dem sich alle reaktionären Gewalten in ganz Deutschland mit allen revolutionären Mächten messen. (Sehr richtig!) Wir müssen daher die größten Massen ins Gefecht zu führen suchen, alle Entrechteten, die außerhalb unserer proletarischen Kampforganisationen, die jenseits der Späre stehen, die von der sozialistischen Ideenwelt ergriffen ist. Ein Kampf von der Bedeutung und Tragweite des preussischen Wahlrechtskampfes wird im Reich des Heinrich Heimeschen Wortes geschlossen: „Die Menge tut es.“ Gerade darum müssen wir unsere Organisationen erweitern, stärken, ausbauen. Ihnen fallen neue Verantwortungen und Aufgaben zu. Sie müssen in den Massen das Bewußtsein ihrer revolutionären Macht erwecken, aber auch den größten revolutionären Idealismus entzünden. Sie müssen der Bewegung der Massen Inhalt und Ziel geben, ihr organisatorisches Rückgrat, aber auch ihr denkendes und leitendes Hirn sein. Durch tausend Kanäle müssen sie ihr eigenes Leben zu dem der Massen machen. Die Sozialdemokratie von allen Parteien allein darf es wagen, hinauszutreten zu den Mächtern der politischen Macht, zu den Massen. Und sie muß es wagen! Bereiten wir in Arbeit und Kampf des geschichtlichen Alltags den gewaltigen Kammererschlag der sozialen Revolution vor. Von seiner Bedeutung für die Menschheitsgeschichte gelten die wunderbaren Verse des genialen Hölderlin — eines Dichters der geistig revolutionären Bourgeoisie:

„Mit ihrem heiligen Wetzschlage,
Mit Unerbittlichkeit vollbringt
Die Not an einem großen Tage,
Was kaum Jahrhunderten gelingt.“

Stürmischer, wiederholter Beifall zeigte die Stimmung der Versammelten und ihre volle Uebereinstimmung mit den Ausführungen der Referentin.

Aus der Mitte der Versammlung wurde ein Antrag eingebracht, Genossin Zeitkin möge den Vortrag als Proschüre herausgeben, da er in wirksamer Weise den Wahlrechtskampf fördern werde. Die einstimmige Annahme des Antrags wurde mit lebhaftem Bravo begrüßt.

Leserabende.

Friedenau. Heute, Donnerstag, abends 9 Uhr, Leserabend bei Schönefeld, Friedenau, Rheinstraße 31.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 1. 3. 28. 2.		Wasserstand	am 1. 3. 28. 2.	
	om	am ¹⁾		om	am ¹⁾
Remel, Mühl	518 ⁹⁾	-2	Saale, Großh.	312	-16
Regel, Jüterburg	178	-5	Saale, Ebandau ⁹⁾	128	+1
Reichel, Tharn	266	+36	„ Rathenow ⁹⁾	154	0
Ober, Ratibor	277	-4	Spree, Ercemborg ⁹⁾	86	-2
„ Krossen	300	+14	„ Beeskow	154	0
„ Brandhau	191	+7	Weser, Rindben	220	+51
Barthe, Schrimm	108	-6	„ Rindben	318	+6
„ Landsberg	122	-6	Rhein, Maximiliansau	544	-12
Rege, Borsdamm	75	+19	„ Raub	496	-4
Elbe, Litzmeritz	198	+15	„ Köln	641	-12
„ Dresden	92	+12	Weser, Heilbronn	185	-23
„ Parba	305	+15	Rain, Berthelm	334	+6
„ Magdeburg	253	+17	Wojel, Lietz	430	-63

¹⁾ + bedeutet Hoch, - Fall. - ⁹⁾ Unterpegel. - ⁹⁾ Schollen-treiben.

Das Hochwasser des Rheins ist im Wachsen. Bei Ruhrort ist ein etwas höherer Wasserstand eingetreten als bei den Hochwassern im Januar und der ersten Hälfte des Februar, der Unterschied ist aber gering und schließt keine Gefahr in sich. — Die Eisfahung in der Remel behand heute vormittag mit ziemlich unverändertem Wasserstand bei Schmaltekingen noch fort. Unterhalb hatte der Strom nur Schollen-treiben.

Wöchentliche Marktberichte der städtischen Marktbullen-Direktion über den Großhandel in den Central-Marktbullen. Marktlinge: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. **Wid:** Zufuhr knapp, Geschäft unbedeutend, Preise unverändert. **Geflügel:** Zufuhr genügend, Geschäft etwas lebhaft, Preise befriedigend. **Fische:** Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. **Butter und Käse:** Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Süd-früchte:** Zufuhr reichlich, Geschäft still, Preise kaum verändert.

Witterungsübersicht vom 2. März 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometer-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Swinemünde	770	S	2	Nebel	3	Hannoversch	770	SW	1	Nebel	-15
Damburg	770	S	1	Nebel	3	Petersburg	770	SW	1	Schneefl.	1
Berlin	769	SD	2	bedeckt	0	Scilla	750	SD	5	bedeckt	7
Kranf. a. M.	771	SW	1	Nebel	0	Aberdeen	752	SD	5	Regen	8
Rindben	771	SW	3	Regen	1	Paris	770	SW	1	wolkig	-2
Bien	769	SD	4	bedeckt	0						

Wetterprognose für Donnerstag, den 3. März 1910. Grundhaft aufklarend, am Tage wärmer bei mäßigen südlichen Winden; später wieder zunehmende Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.



HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Donnerstag, Freitag,
Sonnabend

Besonders preiswert:

Soweit Vorrat:

2 Waggon Gemüse- u. Frucht-Konserven

Erstklassige Fabrikate. (Musterdosen sind zur Ansicht geöffnet.)

	1/2 Dose	1/2 Dose
Junge Schoten	38	24 Pt.
Junge Schoten extra fein	80	45 Pt.
Kaiserschoten	105	—
Spinat	35	23 Pt.
Bayrische Steinpilze	120	—
Dicke Bohnen	55	33 Pt.

	1/2 Dose	1/2 Dose
Pr. Stangenspargel	1 ³⁵	—
Stangenspargel extra stark	1 ⁶⁰	85 Pt.
Prima Bruchspargel	95	Pt. —
Bruchspargel extra stark	1 ¹⁵	63 Pt.
Riesen-Bruchspargel	1 ²⁵	68 Pt.

	1/2 Dose	1/2 Dose
Preisselbeeren extra	65	38 Pt.
Pflaumen 80ss, sauer	45	28 Pt.
Sauerkirschen ohne Stein	80	45 Pt.
Birnen extra	70	Pt. —
Erdbeeren extra	1 ²⁰	65 Pt.
Melange Früchte extra	1 ⁰⁰	55 Pt.

Geflügel

Brathühner	Stück	1 ³⁰	1 ⁵⁰	1 ⁷⁵	Schneehühner	Stück	85	Pt.
Suppenhühner	Stück	1 ⁵⁰	1 ⁷⁵	1 ⁹⁵	Grosse Brathähne	Stück	2 ²⁵	2 ⁵⁰
Ungarische Mastputen	Pfund	70	Pt.		Junge Tauben	Paar	1 ²⁵	

Wurstwaren

Holsteiner Cervelat	Pfd.	1 ¹⁰		Feine Leberwurst	Pfd.	95	Pt.	Kalbslebertrüffelwurst	Pfd.	1 ¹⁵
Holsteiner Salami	Pfd.	1 ¹⁵		Landleberwurst	Pfd.	85	Pt.	Delikatess-Fleischwurst	Pfd.	85
Teewurst Rügenwalder Art	Pfd.	1 ¹⁰		Pastetenleberwurst	Pfd.	1 ⁰⁰		Sülzwurst	Pfd.	70
Schinkenspeck	Pfund	1 ⁰⁰		Kassl. Rippespeer	Pfund	85	Pt.	Speck, fett und mager	Pfund	85

Apfelsinen Dtz 20, 30, 40 Pt.

B'utapfelsinen Dtz 25, 35, 45 Pt.

Citronen .. Dutzend 20, 30 Pt.

Mandarinen Original-Korb 16 Pt.

Italienische Tafeläpfel Original-Kiste Pfd. 18 Pt.

Messina-Blutapfelsinen in ca. 100 St. 6²⁵ ca. 150 St. 6⁷⁵

Was treibt uns aus der Kirche?

Vortrag der Stadtverordneten

Waldeck Manasse u. Adolf Hoffmann

in Roydis Gesellschaftshaus in Pankow, Kreuzstraße 3-4
::: am Dienstag, den 8. März cr., abends 8 Uhr. :::

Diskussion.

57/3*

Die Geistlichen aller Konfessionen sind eingeladen!

Eintrittspreis 10 Pf.

Der Einberufer: A. Harndt, Pappel-Allee 15-17.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Bureau: Melchiorstraße 28, Vorderter. Filiale Berlin. Telefon: Amt IV, 4787.

Freitag, den 4. März 1910, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (großer Saal):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Delegierten von der außerordentlichen Generalversammlung in Dresden. 2. Diskussion.

Mitgliedsbuch legitimiert.

128/17*

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Zur Beachtung! Die volle Arbeitszeit beträgt pro Tag 9 Stunden und beginnt mit dem ersten Montag im Monat März (7. März) und endet am 15. Oktober. D. O.

Jugendausschuß für Groß-Berlin.

Sonntag, den 6. März, abends 7 Uhr:

Jugend-Versammlung

in den Prachtsälen „Nord-West“, Wicelstraße 24.

Lichtbildervortrag des Herrn Rex

über:

Wilhelm Busch.

Alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind zu dieser Versammlung freundlich eingeladen.

Steinarbeiter!

Sektion I.

Sektion II.

(Bau- u. Grabsteinbranche)

(Marmorbranche)

Freitag, den 4. März, abends 7 1/2 Uhr, in den Armhallen, Kommandantenstr. 58:

Donnerstag, den 3. März, abends 8 Uhr, im Verbandslokal, Seydelstr. 30:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zur Tarifrfrage.

Kollegen! Kolliert für guten Besuch!

Kein organisierter Kollege darf fehlen!

In diesen Versammlungen sind auch die Adressenänderungen anzugeben, damit die Zustellung des „Steinarbeiter“ keine Unterbrechung erfährt.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col. I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 2. Col. III. Amt 3, 1987.

Freitag, den 4. März 1910, abends 8 Uhr:

Große Versammlung mit Lichtbildern

in der Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47/48.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Genossen Chagrin über:

„Eines Arbeiters Reise um die Welt.“

Kollegen! Der Genosse Chagrin dürfte allen bekannt sein durch seine guten Reisebeschreibungen in der „Metallarbeiter-Zeitung“. Deshalb sollte jeder Kollege es möglich machen, in dieser Versammlung zu erscheinen und dürfte es angebracht sein, die Frauen zu dieser Versammlung mitzubringen. Der Eintritt kostet 10 Pf. und wird durch Lichtbildervortrag erboten.

Achtung! Bezirk Steglitz.

Den Kollegen zur Nachricht, daß sich die Bezirksbibliothek jetzt bei Friisch, Steglitz, Fiorastr. 2a befindet.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Melchiorstr. 28, part. Telefon: Amt IV, Nr. 4787.

Heute Donnerstag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15:

Mitglieder-Versammlung

der Sektion der Lackierer.

Tagesordnung: 1. Schöpfung oder Entwicklung. Vortrag vom Genossen A. Dornick. 2. Diskussion. 3. Sektionsangelegenheiten.

Zahlreiches Besuch erwartet Die Sektionsleitung.

Kredit. Möbel auf Teilzahlung

bei allerkleinster An- u. Abzahlung. Größte Rücksicht bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit. E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Verantwortlicher Redakteur Richard Bartsch, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Sozialdemokratischer Wahlverein des VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

STIFTUNGS-FEST

am Sonnabend, den 5. März 1910, abends 8 Uhr, im Palast-Theater, Burgstraße (Ecke Wolfgangstraße).

Konzert * Spezialitäten * Theater

Massengesänge, ausgeführt von Gesangsvereinen des „Arbeiter-Sänger-Bundes“.

Festrede x Tanz. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Einlaßkarte 25 Pf.

Programme gratis

225/11*

Das Komitee.

Freireligiöse Gemeinde Berlin

65. Stiftungsfest

am Sonntag, den 6. März, nachmittags 5 Uhr,

in Kellers Festsälen, Kopenstr. 29.

Mitglieder 25 Pf.

Eingeführte Gäste 50 Pf.

Tanz frei.

Zum Küssen schön ist ein Mund mit



den bestexistierenden

Zahne 180 M

mit echten Platinstiften. Unter Garantie für absoluten Sitz und Brauchbarkeit selbst in den schwierigsten Fällen.

300 M Belohnung

denjenigen, der uns nachweist, daß unsere Zähne nicht mit echten Platinstiften versehen sind.

Fastgänzlich schmerzloses Zahnziehen 1 M

von uns endlich erreicht und zur größten Berühmtheit der Reform-Zahnpraxis geworden. Beweis: Nach Aussage von Patienten in den meisten Fällen vollständig schmerzlos.

Reparaturen von 1 M. an.

Reform Zahn-Praxis Carl Rudolph

1. Praxis: Elsassstr. 14, Friedrichstr. 35.
2. " Oranienstr. 61.
3. " Palisadenstr. 108.
4. " Moabit, Huttenstr. 65.
5. " Charlottenb., Wilmersdorfer Str. 117.
6. " Lichtenberg, Frankfurter Allee 109.
7. " Spandau, Neuenfelder Str. 106.
8. " Bequeme Zahlungsweise.

Dr. Schönemann

Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. Dozentag 10-2, 5-7.

Für Alt-Erödler, Speisewirt, Grundstück veräußert in Mitte der Stadt Schmeißel 13000 M., 3000 Anzahlung. A. Hinze, Jägerstr.

Rheumatismus

Gicht, Gliederreizen, Nervenschmerzen, Hüftweh, Geschwulst etc. sind oft unerträglich, daher gebrauche man sofort

Reichel's „Electricum“

(Echtes Kiefernadel-Waldwollöl), ein reines und schädliches Naturprodukt von kräftig durchgereinigter, nachhaltiger, schmerzstillender Wirkung. Flasche M. 1. und M. 2. Die Wirkung wird noch erhöht durch den inneren Gebrauch von Reichel's Wacholder-Extract „Medico“.

Flasche 75 Pf., M. 1.50 und M. 2.50. Man nehme aber nur die echten Originalfüllungen u. achte scharf auf die Marke „Medico“.

In den Apotheken u. Drogerien erhältlich, wo nicht direkt in Otto Reichel, Berlin 4, Eisenbahnstr. 4.

Stoppdecken

nur eigene Fabrikation im Hause. Eingeliefert an Private zu Fabrikpreisen.

Bernhard Strohmandel, Berlin, 72. Wallstr. 72, wo auch alle Stoppdecken aufgearbeitet werden. - Illustri. Preisverzeichn. gratis.

Die strengste

Achtung! Man werde Kunde bei uns und sammle unsere Annoncen. Aufklärung demnächst!

muss es sagen, dass das Kaufhaus auf Kredit „Für alle Welt“

Schöneberg, Hauptstr. 19, direkt a. Kaiser-Wilhelm-Platz, dem alten Rathaus gegenüber, in allen seinen Darbietungen nicht zu übertreffen ist. Dort erhält Jeder auf allerbequemste Teilzahlung Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe (Die Frühjahrs-Neuheiten sind bereits eingetroffen) Einsegnungsstaat für Knaben und Mädchen Manufaktur- und Weisswaren, Wäsche etc. Möbel und Polsterwaren

Spezialität: Lieferung vollständiger Wohnungs-Einrichtungen von der einfachsten bis zur gediegensten bürgerlichen Ausstattung

Teppiche, Betten, Stoppdecken, Gardinen

Reichhaltigste Auswahl in allen Abteilungen

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92. Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Aluminium Garantiert Rein!

Am Freitag, den 4. März, eröffne ich im Laden Krausenstraße 63 einen Filial-Verkauf meiner guten und sehr billigen Fabrikate. Der Verkauf geschieht ohne Zwischenhandel und kann sich bei diesen billigen Preisen ein jedermann ein Stück Gutes Garantiert Rein Aluminium-Kochgeschirr zulegen.

Carl Meinhardt, Inh. Alexander Peltter, Rein Aluminium-Kochgeschirrfabrik Erfurt.

Freitag, 4. März, den Extra-Nachabend in Groß-Berlin in den Bezirkslokalen.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Markgrafriede (Teltow-Bezirk) steht nur das Lokal „Festhalle“, Kirchplatz 2, im Reich zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

Zweiter Wahlkreis. Sonntag, den 6. März, abends 6 Uhr, findet bei Kade, Fichtestr. 29, ein Familienabend statt. Vortrag des Genossen Stadtdirektors Dr. Alfred Versteck. Nachher Tanz. Um recht rege Beteiligung ersuchen Die Abteilungsleiter.

Groß-Nichtersfelde. Morgen, Freitagabend, findet eine Flugblattverbreitung statt. Das Material wird heute abend an den bekannten Stellen ausgegeben.

Die Nachbarn bei Bierath und Lahn haben sich verschmolzen. Der gemeinsame Nachabend findet zukünftig bei L. Bromick, Ringstraße 17, Ecke Holbeinstrasse, statt.

Lankwitz. Am heutigen Donnerstag, abends pünktlich 8 Uhr: Wichtige Flugblattverteilung von den bekannten Bezirkslokalen aus. Der Vorstand.

Tegel. Heute Donnerstag, abends 7 Uhr, findet von den bekannten Bezirkslokalen aus eine Flugblattverteilung statt.

Morgen Freitag, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Sozialdemokratie und Gemeindepolitik. Referent: Stadtdirektor Paul Dupont, Berlin. Agitiert für Massenbesuch. Die Bezirksleitung.

Vorligwalde. Am Freitag, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im Saale von Jachimsch eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Vortrag über Sozialpolitik in der Gegenwart. Die Genossen werden ersucht, Aufsehende auf die Versammlung aufmerksam zu machen. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Der Verkehrskobold.

Das „Recht auf die Straße“ hat schon einmal ein Berliner Polizeipräsident nicht verstanden. Es war in den siebziger Jahren. Berlin marschierte schon flott auf den Weltstadttitel zu. Handel und Wandel hoben sich zusehends. Da wurden eines schönen Tages die Berliner durch eine Polizeiverfügung überrascht, die gleich eine ganze Wolke von preussischem Norderdust und Aftenstaub in das Verkehrsleben wehte. Die gesamte Bevölkerung, die Polizeifolge, natürlich ausgenommen, war einfach baff. Der damalige Polizeipräsident, den heute längst der Rasen deckt, mußte wohl plötzlich aus hundertjährigem Schlaf erwacht sein, denn sein Ufas verlangte in blüdigster Form nichts mehr und nichts weniger: „Jedes weibliche Wesen, das sich nach 10 Uhr abends ohne Herrenbegleitung auf der Straße blicken läßt, wird arretiert!“ War Berlin in Schuppenstedt verwandelt worden? Nur ein Mensch, der mit seinen reaktionären Gedanken noch im vormärzlichen Berlin weilt, wo man auf offener Straße noch nicht mal rauchen durfte, nur ein völlig wegstreumer, verkehrsunverständiger Beamter konnte solchen Unfim in die Welt setzen. Er wollte, was gleichfalls Reglementierungsumfium war, die Halbwelt treffen und traf die ganze Bevölkerung. Erst waren die Berliner sprachlos, dann entrüsteten sie sich gewaltig, und schließlich brach das einzig richtige Gefühl durch: die Sehnsucht nach dem Lachen. Man lachte, daß es diehundertstimmig nach dem Polizeigebäude scholl und sämtliche Aftenwürmer aus den Löchern schaudte. Und es kam wie in der bekannten Militärhumoreske. Der jeweilige Vorgesetzte donnertetterte immer auf den nächstfolgenden Untergebenen, bis die Schuld an einem harmlosen Polizeitintentuli vom grünen Tisch hängen blieb. Denn daß unter der Verfügung der Namenszug des Polizeipräsidenten stand, hatte ja nichts zu sagen. Solche Unterschriften werden im „korrekten“ Preußen blindlings geleistet. So fand denn diese talentvolle Verfügung schon nach wenigen Wochen das verdiente Begräbnis erster Klasse. Seitdem sind über drei Jahrzehnte vergangen. Erst die Welt des zwanzigsten Jahrhunderts, die im Zeichen des Verkehrs stehen soll, sah eine ähnliche Tragikomödie. Wird sich der Verkehrskobold am Alexanderplatz, nachdem er die Berliner mit ein paar verben Späßen wieder mal aus dem Schlaf aufrüttelte, nun endlich verkrochen haben? Es scheint ja so, als ob die Lektion, die das Publikum und Frau Justitia dem gehörnten widerpenstigen Polizeigeist erteilte, gute Früchte getragen hat. Wo die Widerhaken so tief sitzen, gehört Zeit dazu, sie mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Mit dem Berliner Eisport war es in diesem Winter leider nichts und wird es wohl auch nicht mehr werden. Nicht eine einzige Naturbahn bekam Leben, und auch die künstlichen Eisbahnen blieben auf dem Trocknen, weil die Winternatur streifte. Ueber ganz schwache Anfänge zum Eislauf ist es im freien nirgends hinausgekommen. Die Eisbahnwärter haben davon keinen Schaden gefah, denn sie schließen neuerdings in der Regel nur solche Nachverträge ab, in denen die Höhe der Pachtsumme von der Zahl der Profttage abhängig gemacht wird. Fehlen sie mit dem erhofften Gewinn aus, so hat der Eispalast im Berliner Westen desto mehr seine Kassen gefüllt. Man ist dort draußen sehr üppig geworden und hat das Publikum, das ja auf diese Eisbahn angewiesen war, nach Strich und Faden geschöpft. Wenn deshalb schon der „Berliner Lokal-Anzeiger“ wochenlang eine Fehde mit der Eispalastdirektion führte, muß es heppig gewesen sein. Das sieht aber die Leitung des Eispalastes nicht viel an. Man sieht dort hohe Eintrittsgelder fest, weil man nur zu gut weiß, daß die Eisbude ja doch voll wird von zahlungskräftiger Lebewelt, und nimmt übermäßig hohe Summen auch den verschiedenen Wächtern ab, die ihrerseits wieder das Publikum schröpfen müssen, um auf Kosten und Gewinn zu kommen. Die Hoffnung, daß die Eispalastdirektion auch für das weniger bemittelte Publikum etwas übrig haben und billige Volkstage einrichten werde, darf man wohl ruhig aufgeben. Für so etwas ist in der Martin-Lutherstraße, inmitten der Großstadtmillionäre, offenbar kein Verständnis zu weden.

Der Berliner Verein zur Förderung der Blumenpflege in der Schule hielt am 28. Februar unter Leitung seines ersten Vorsitzenden, des Stadtschulrats Dr. Fischer, seine Generalversammlung im Bürgeraal des Rathauses ab. Den zahlreich erschienenen Besuchern bot sich ein anziehendes Bild dar. Auf langen Tischen standen blühende Hyazinthen, die von den Kindern in Töpfen getrieben waren. Die Mittel dazu hatten Stadtschulrat Dr. Hoffmann und Stadtdirektor Waas gespendet. Den Jahresbericht erstattete der Schriftführer, Rektor Heinrich Schmidt. Ausgehend von der gegenwärtig

allerorts erhobenen Forderung der sogenannten Arbeitschule, die Handtätigkeit der Schüler zu üben, wo immer der Unterricht dazu Gelegenheit bietet, wies der Verichterstatter in überzeugender Weise nach, wie durch die Blumenpflege im botanischen Unterricht diese manuelle Tätigkeit der Kinder geübt wird und welche Fülle reiner Freude den Schülern aus dieser Beschäftigung erwächst. Daß dieser Gedanke immer mehr Anerkennung findet, zeigt das Wachstum des Vereins, dem jetzt 156 Schulen (gegen 140 im Vorjahre) angehören, in denen die Blumenpflege mit Hingebung getrieben wird und in denen im letzten Sommer 55 000 Pflanzen für diesen Zweck gebraucht wurden. Mit Worten des Dankes hob Redner die Stiftung des Stadtschulrats Dr. Fischer von 1800 M. aus den Erträgen der Schülerkonzerte im Zirkus Busch hervor, aus dessen Zinsen für unbemittelte Kinder Pflanzenzucht beschaftigt werden. Dem gleichen Zweck dient die vom Magistrat geleistete Subvention von 200 M. Die Große internationale Gartenbauausstellung, die im April 1909 in Berlin stattfand, hat dem Verein in Anerkennung seiner Bestrebungen die große silberne Medaille verliehen. Nach Erstattung des Kasensberichts durch den Kassenvwart Rektor Reineke und die Wiederwahl des Vorstandes, in den auch der neue Gartendirektor Proberßen und Obergärtner Weiß gewählt wurden, beschloß der Verein, im August dieses Jahres eine allgemeine Ausstellung der von den Kindern gezogenen Blumen zu veranstalten. Dann hielt der Stadtschulrat Dr. Fischer einen Vortrag. Er hatte sich das Thema gestellt: „Einige unserer Pflanzen in ihrer Beziehung zum Glauben und Brauch des Volkes“ und behandelte in fesselnder Weise Holunder, Wacholder, Flieder, Rosmarin, Gänseblümchen und Nisiel. Zur Veranschaulichung waren die meisten dieser Pflanzen zur Stelle. Es war ein stiller Kulturlieben, das im Geiste dem aufmerksamen Zuhörer vorgeführt wurde.

Kinderausbeutung. Die „Darmverwertung Berliner Engros-schlächter“, ein Schmelzwerk der Margarinefabrik „Verolma“, scheint es in Punkte Kinderausbeutung in der kurzen Zeit ihres Bestehens sehr weit gebracht zu haben. Es wird uns hierzu geschrieben: Die Firma beschäftigt in der Darmbranche 65-75 Personen, die Arbeiterröhne befinden sich im Berliner Schlachthof. Es werden da hauptsächlich Därme geschleimt und gefolgt. In letzter Zeit hat die Firma täglich zehn Spulinder nach Schluß der Schulszeit mit Dornschleimern beschäftigt. Am Sonnabend, 28. Februar, wurden die Kinder mit der Veremerkung entlassen, daß sie in 14 Tagen wiederkommen könnten, zurzeit sei die Beschäftigung von der Behörde unterlag. Es ist geradezu unverantwortlich, Kinder in einem solchen Betriebe zu beschäftigen. Die Schlachthofdirektion ist hier nicht ganz unschuldig und im gewissen Sinne mitverantwortlich. Nach den Bestimmungen des Schlachthofes muß die Direktion den bei der Darmverwertung beschäftigten Kindern Einkassieren ausgestellt haben. Schon im vorigen Jahre hat die Direktion zugunsten der Darmverwertung Zustände gebildet, die bei den kleinen Schleimereisern streng bestraft werden. Die Beschwerden der Organisation wurden nicht beachtet, nicht einmal Antwort hat man ihr gegeben. Wenn es gilt, die Organisation der Geseßen zu bekämpfen, ist die Direktion stets bereit, ihr möglichstes zu tun, jedoch den reaktionären Jungensclautern gegenüber hat sie nicht den Mut, auf die Einhaltung der Schlachthofbestimmungen zu achten. Veremert sei noch, daß im Betrieb der Darmverwertung organisierte Arbeiter nicht gebildet werden, ein Spitzelsystem sorgt dafür, daß dieselben sofort wieder fliegen.

Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen. Ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen der „Großen Berliner“ und einem Juge der Siemens u. Halske-Bahn Treptow-Beckenstraße, ereignete sich gestern früh gegen 1/8 Uhr in der Markgrafenstraße, Ecke Kochstraße. Dort fuhr der Motorwagen 2823 der Linie 98 (Richtung Grünter Bahnhof) gegen die rechte Seitenwand des Anhängerwagens eines die Kreuzung passierenden Juges der Straßenbahnlinie Treptow-Beckenstraße, der in der Richtung nach Treptow fuhr. Durch den Anprall wurde der Anhängerwagen mit der Hinterrachse aus dem Gleis gehoben und zwei Seitenwägen an demselben eingedrückt. An dem Wagen der Großen Berliner Straßenbahn wurde die Schyurweife und die Anfschloße beschädigt. Das auf dem Hinterrad des Motorwagens der Linie 98 stehende Fräulein Lüdike, Wilhelmstraße 84 wohnhaft, erlitt einen Kercenach, konnte aber ihren Weg allein fortsetzen.

In einem Wannenbahnzuge erschossen. Jung in den Tod gegangen ist der Schreiberlehrling Max Nimmerling, A., der erst im siebzehnten Lebensjahre stand, war bei dem Wäckerrevier O. in der Potsdamer Straße 109 angeheft. Er pflegte frühmorgens mit der Wannenbahn nach Berlin zu fahren. Gestern morgen jagte er sich kurz vor Ankunft des Juges auf dem Potsdamer Bahnhof vor den Augen der anderen Fahrgäste eine Revolverkugel in die rechte Schläfe.

Zerschlagung von Postbriefkästen. Freche Vurschen machen sich seit einiger Zeit an die Briefkästen auf den Straßen heran und führen an diesen Diebstähle aus. So reihen sie beispielsweise angebrachte Metallbuchstaben herunter und ruinieren die Schriftzeichen.

Mit gefälschten Empfehlungsschreiben versucht neuerdings ein Betrüger sein Glück. Der Gauner gibt an, er sei ungederterweise aus seiner dienstlichen Stellung entlassen worden und nunmehr dem Elend preisgegeben. Er zeigt dann seinen Opfern Empfehlungsschreiben vor, die er fälschlicherweise angefertigt hat. Auf Grund dieser Papiere sucht sich der Betrüger penunäre und andere Vorteile zu verschaffen.

Ein Zusammenstoß zwischen drei Gefährten trug sich gestern nachmittag in der Potsdamer Straße zu. Dort wurde die Autodrosche 8088 von einem Omnibus der Linie 5 der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft angefahren und gegen die rechte Seitenwand des Anhängerwagens eines in gleicher Richtung fahrenden Straßenbahnzuges der Linie 88 geschleudert. An dem Bahnwagen wurden durch den dreifachen Zusammenstoß drei Seitenwägen eingedrückt, an dem Auto war der Steuerfenkel verbogen, die Laterne und das Trittbrett stark beschädigt. Personen sind glücklicherweise nicht verletzt worden; eine Betriebsstörung entstand nicht.

Kollision zwischen zwei Straßenbahnwagen. An der Ecke der Frankfurter Allee und der Proskauerstraße, im Osten Berlins, erfolgte gestern nachmittag kurz nach 4 Uhr ein heftiger Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen der Linie 71 und einem Wagen der Linie 78. Die Kollision wurde dadurch herbeigeführt, daß der Bahnwagen der Linie 71 auf den Wagen der Linie 78, der dort hielt, auffuhr. Bei dem Anprall erlitt ein zwölfjähriger Schüler Bruno Holz aus der Niederbarnimstraße 1 eine Wunde am Hinterkopf. Die übrigen Fahrgäste wurden stark durcheinandergewirrt, kamen aber mit dem Schreck davon.

Ein Leichensund wurde gestern nachmittag um 3 Uhr auf dem unbebauten Magistratsgrundstück in der Kleinen Alexanderstraße 25 gemacht. Dort lag in Zeitungspapier gewickelt ein neugeborener Knabe. Die Leiche wurde der Polizei überliefert, die nach der Mutter Ermittlungen anstellt.

Einiges Kuffchen erregte, wie wir gestern schon berichteten, Montag abend um 6 Uhr ein Leichensund, den Schiffer in der Spree vor dem Hause Schiffbauerdamm Nr. 4 machte. Sie landeten dort eine Frauenleiche, die 1,68 Meter groß ist, einem grauen Stock und eine dunkle Bluse trug und schon längere Zeit im Wasser gelegen hatte. Die Wäsche war mit dem Buchstaben M gezeichnet. Ein

Gericht, daß es sich um ein Verbrechen handele, ist darauf zurückzuführen, daß die Schiffer bei der Landung einen Strick an der Leiche befestigten.

Teuerungszulagen streben die Bureauangestellten der Berliner Rechtsanwäite an. Sie begründen diese Forderung mit der unbauernden Steigerung der Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten, die mit den schlechten Gehältern der Angestellten nicht in Einklang zu bringen ist. Durch die am 1. April 1910 in Kraft tretende Reform der Gehälternordnung erhalten die Rechtsanwäite eine weitgehende Erhöhung ihrer Bezüge. Der Deutsche Reichstag hat die hohe Festsetzung der Auslagenpauchale für Schreibgebühren und Porti ausdrücklich damit begründet, daß den Anwäiten die Möglichkeit einer besseren Bezahlung ihrer Angestellten gegeben werden soll. Um nun der Forderung nach Gehaltssteigerung größeren Nachdruck zu verleihen, findet Freitag, den 4. März 1910, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der Musikersäle, Kaiser-Wilhelm-Str. 13a, eine öffentliche Versammlung der Bureauangestellten der Rechtsanwäite Groß-Berlins statt, in der der Landtagsabgeordnete Dr. Karl Liebknecht über: „Die Ursachen der wirtschaftlichen Teuerung“ spricht. Im Anschluß hieran sollen die zu fordernden Gehaltszulagen festgelegt werden.

Die Deffentliche Lesehalle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur, Rungestr. 25/27, ist im Monat Februar von 8713 Personen besucht worden. In der Lesehalle wurden außer Zeitungen und Zeitschriften 917 Bücher gelesen; nach Hause entliehen 3073 Bände, zusammen 3990 von denen 1309 wissenschaftlichen oder belehrenden Inhalts waren. Die Lesehalle ist werktäglich geöffnet von 12 bis 8 Uhr mittags, 6-10 Uhr abends, Sonntags von 1/2 10-1 und 5-10 Uhr.

Einen empfindlichen Verlust hat ein Arbeiter zu beklagen; derselbe verlor gestern in der Veuffelstraße ein schwarzes Portemonnaie mit 35 M. Der eheliche Finder wird gebeten, dasselbe bei Hein, Veuffelstr. 90, parterre, abzugeben.

In der Generalversammlung des dritten Kreises im Gewerkschaftshause ist ein Portemonnaie mit Inhalt gefunden worden. Dasselbe ist vom Berliner beim Vorsitzenden des Kreises Genossen Pohl, Raunghstr. 9, in Empfang zu nehmen.

Vorort-Nachrichten.

Die Gemeindevahlbewegung.

Wahltdorf a. d. Nsbahn. Mit den bevorstehenden Gemeindevahlwahlen beschäftigt sich eine im „Heidekrug“ in Wahltdorf-Süd tagende gut besuchte Volksversammlung. Der Referent Genosse Hugo Scheide beleuchtete in kurzen treffenden Jügen die Tätigkeit der jetzigen bürgerlichen Vertreter im Gemeindepalament und rechtefertigte die Maßnahmen unserer Vertreter bei den verschiedenen Abstimmungen, so z. B. in der Rothausstraße. Redner zog ferner zur Klarstellung den Schulbau heran und beleuchtete die Maßnahmen der Schulkommission, die, da sie leider nur aus Mitgliedern der bürgerlichen Parteien besteht, den Ansprüchen der Bewohner von Wahltdorf-Süd nicht Rechnung trägt. — In der sehr regen Diskussion, an der sich hauptsächlich die anwesenden Wittglieder des Bezirksvereins Wahltdorf-Süd sowie unsere Genossen Dertel, Giese, Schmidt und Käming beteiligten, wurde, an verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit anknüpfend, der Standpunkt der sozialdemokratischen Gemeindevahlwahlen klargestellt. Genosse Käming, der in treffender Weise unser Kommunalprogramm erläuterte, wies ganz besonders darauf hin, daß nur die Sozialdemokratie die Interessen der Allgemeinheit auf das nachdrücklichste vertreten könne, er forderte aus diesem Grunde alle Anwesenden auf, dafür zu sorgen, daß am 9. und 10. März unsere Kandidaten zum Siege gelangen.

Reuenhagen (Nsbahn). Am Sonntagnachmittag konnten wir im Lokal Fagerstern, direkt im Dorf, die erste Versammlung abhalten. Genosse Spielermann-Klantenberg referierte über die kommenden Gemeindevahlwahlen; er übte scharfe Kritik am Dreiklassenwahlrecht und erläuterte in eingehender Weise unser Kommunalprogramm. Nach einer Diskussion im Sinne des Referats wurden die Genossen Otto Götter, Sattler, und Karl Käßeling, Dfenseger, als Kandidaten für die dritte Klasse aufgestellt.

Birkenwerder (Norbahn). In öffentlicher Wählerversammlung erfolgte am vergangenen Sonntag die Auffstellung von zwei Kandidaten zur Gemeindevahlvertretung in den Personen der Genossen Rutlich und Räder. Die Versammlung verlief recht interessant, da auch ein Gegner das Wort ergriff. Das Referat hatte Genosse Sonnenburg-Friedrichshagen, der unser Kommunalprogramm in circa 1/2stündigen Vortrag erläuterte. Die Gemeindevahlvertretung hat unseren Einspruch gegen die Wählerliste, in der sich über 100 sogenannte Drei-Wahl-Forenzen zu Unrecht befinden, abgewiesen. Es wird gegen diesen Beschluß der Gemeindevahlvertretung nunmehr im Wege der Klage vorgegangen.

Schöneberg.

Daß die Meinung eines Arztes wert ist, darüber hat ein Ehepaar A. in Schöneberg sich allerlei Gedanken gemacht aus Anlaß des plötzlichen Todes ihres fünfjährigen Sohnes. Die Gelegenheit liegt schon um mehrere Wochen zurück; sie ist uns von dem Vater des Kindes erst jetzt mitgeteilt worden. Der Knabe klagte am 20. Januar mittags über Kopfschmerz, auch trat bald Erbrechen und Diarrhöe ein und Anzeichen hohen Fiebers wurden bemerkbar. Ein am Abend desselben Tages herbeigerufener Arzt stellte tatsächlich hohes Fieber fest — Herr A. verhand: 40 Grad — und auch Erbrechen wurde von dem Arzt selber beobachtet. Er beruhigte aber die gängstigten Eltern und verordnete Emser Salz und Selterwasser mit Milch. Am nächsten Morgen wurde ein anderer Arzt herbeigerufen, und dieser riet nunmehr zu sofortiger Heberweisung in ein Krankenhaus. Das Kind wurde schleunigst nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus für Schöneberg gebracht, starb aber dort schon in der nächsten Viertelstunde nach der Einlieferung. Zwei Tage darauf wurde vom Krankenhaus dem Vater auf seinen Wunsch ein Attest über die Todesursache ausgestellt, worin der Assistenzarzt Dr. Kay erklärte: „Der Knabe Max A. erkrankte 24 Stunden vor seinem Tode plötzlich an Atemnot und Fieber, wurde am 27. Januar 1910 vormittags in völlig pulselosem Zustande ins hiesige Krankenhaus eingeliefert und verstarb etwa eine Viertelstunde später an Herzschwäche. Die Sektion am 28. Januar ergab Aufstößrentzündung, Magen-Darmlatarrh, vereinzelt Darmgeschwüre und verterite Drüsen des Darmtraktus und Spulwürmer.“ Die Eltern erinnern sich nicht, daß irgend jemand sie um ihre Zustimmung zur Vornahme einer Sektion ersucht oder ihnen überhaupt etwas von einer Absicht zu sezieren gesagt hätte. Sie waren aber zufrieden, die Meinung des Arztes über die Ursache dieses rätselhaft schnell eingetretenen Todes kennen zu lernen, und sahen schließlich ein, daß ohne Sektion die Ursache schwer festzustellen gewesen wäre.

Es scheint indes, daß im Krankenhaus selber dem Ateist, das der in dieser Anstalt tätige Dr. Kay ausgestellt hatte, kein großer Wert beigegeben wurde. Als der Vater des so jäh verstorbenen Kindes am 29. Januar nachmittags im Krankenhausbureau das Attest in Empfang nahm, wurde ihm gleichzeitig zu seiner nicht geringen Ueberraschung angedeutet, es sei schon ein Schreiben an ihn unterwegs, das die Beschlagnahme der Leiche zum Zweck einer Feststellung der Todesursache ankündige. Tatsächlich fand dann Herr A. bei seiner Heimkehr ein Schreiben des Inspektors Korbacher vor, das so lautete: „Teile Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß die Leiche Ihres hier verstorbenen Kindes Kay zwecks Feststellung der Todesursache beschlagnahmt werden mußte. Sowie die Beerdigung erfolgen kann, werden Sie davon Mitteilung erhalten.“ A. schüttelte verunruhigt den Kopf, als er das las und es mit den Angaben des Arzttestes verglich. Die Beerdigung war auf den 30. Januar festgelegt, auch waren bereits alle nötigen Vorbereitungen erledigt, aber sie mußte nun zunächst unterbleiben. Am 31. Januar begab A. sich zur zuständigen Staatsanwaltschaft, trug seine Sache vor, überreichte auch das Attest — und bekam die Antwort, man wisse ja von gar nichts. Auf den Rat des Staatsanwalts ging A. dann zur Polizeidirektion Schönbergs, teilte ihr die Angelegenheit mit, legte wiederum das Attest vor — und bekam wiederum die Antwort, auch hier wisse man noch von nichts. Nunmehr wandte A. sich an das für das Krankenhaus zuständige Polizeibureau, und hier wurde die Auskunft gegeben, es sei zwar ein auf den Todesfall bezügliches Schreiben der Krankenhausverwaltung eingelaufen, aber die Polizei könne daraus keinen Anlaß zu einer Beschlagnahme der Leiche entnehmen. A. ging jetzt nochmals zum Bureau des Krankenhauses, um eine Aufklärung dieser merkwürdigen Affäre zu erzwingen. Von hier aus fragte ein Krankenhausbeamter telephonisch beim Polizeibureau an, warum die Leiche nicht beschlagnahmt werde. Er erhielt die Antwort, aus dem Schreiben gehe nicht hervor, daß Beschlagnahme gewünscht werde. Ja, war sie denn überhaupt nötig? Einen leitenden Arzt des Krankenhauses, der um Entscheidung ersucht wurde, wies A. darauf hin, daß ja schon ein Attest eines Arztes der Anstalt vorliege. Der Herr Professor entschied jetzt, daß die Leiche beerdigt werden könne. Er machte aber den Zusatz, daß A. — so verstand dieser den Herrn Professor — sich eventuell die Wiederansgrabung der Leiche gefallen lassen müsse. Das Kind wurde dann mit einer Verspätung von zwei Tagen beerdigt, und bis heute ist es keinem Menschen eingefallen, die Wiederansgrabung zu fordern, zu der offenbar auch keinerlei Anlaß gegeben war. Wird man an zuständiger Stelle das Bedürfnis empfinden, sich öffentlich darüber zu äußern, wie diese Konfusion möglich geworden ist? Das sind ja merkwürdige Zustände, die man da aus dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus zu Schönberg erfährt!

Rixdorf.

Mit einer wichtigen Tagesordnung hat sich die am heutigen Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, im neuen Sitzungssaal des Rathauses, Berliner Str. 83, stattfindende Stadtverordnetenversammlung zu beschäftigen. Es stehen außer der prinzipiellen Beschlußfassung über die Wertzuwachssteuer vorläge sowie die Einführung der Schankkonzessionssteuer noch andere wichtige Punkte unter anderem Errichtung einer Rettungswache zur Beratung.

Ein schwerer Straßenbahnunfall, dem leider ein Kind zum Opfer fiel, ereignete sich am gestrigen Mittwochnachmittag gegen 1/2 3 Uhr in der Hermannstraße. Dort versuchte der sechsjährige Sohn Willi in der Juliusstraße 32 wohnenden Dachdeckers Müller unmittelbar vor einem in der Richtung nach Reiz fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 23 den Straßenbahnweg zu überqueren. Obwohl der Führer des Wagens sofort die Gefahrbremse anwandte, wurde der Knabe umgestoßen und geriet unter den Schuttrahmen. Mit Hilfe mitgeführter Binden wurde der Wagners innerhalb weniger Minuten hochgehoben, doch konnte der Knabe nur noch als Leiche hervorgezogen werden; ihm war der Brustkasten eingebrückt worden. Die Leiche des verunglückten Kindes wurde nach dem Krankenhaus am Mariendorfer Weg geschafft. Den Straßenbahnführer soll an dem bedauerlichen Vorfall keine Schuld treffen.

Charlottenburg.

Der hiesige Schwimmverein „Freie Schwimmer“ (R. d. Arb.-Schw.-V.) veranstaltet am kommenden Sonntag, den 6. März, nachmittags 3 Uhr, im Städtischen Volkssbad, Arminie Straße 10, sein fünftes Schwimmfest. Das abwechslungsreiche Programm verspricht einige genussreiche Stunden. Nachfeier mit Tanz im großen Saale des Volkshauses, Rosinenstr. 3. Billets a 50 Pf. sind bei Franz Schmidt, Jigarrengeschäft, Wilmerdorfer Straße 130, und in der Badeanstalt zu haben.

Von einem Automobil überfahren wurde gestern mittag gegen 1 Uhr der Wachbeamte Gottlieb Kowalek aus der Mainzer Str. 14. Er wollte den Kurfürstendamm über die Kurfürststraße überqueren und geriet dabei gegen ein vorüberkommendes Privatautomobil. A wurde umgerissen und überfahren. Er erlitt eine schwere Quetschung des linken Beines, eine blutende Kopfwunde und erhebliche Hautabschürfungen im Gesicht. Der Verunglückte erhielt in der Unfallstation am Zoo die erste Hilfe und wurde dann nach seiner Wohnung geschafft.

Aus dem Bodenseer abgestürzt. In selbstmörderischer Absicht stürzte sich gestern die 33jährige Frau Veria des Straßenbahnführers Welt aus dem Bodenseer Ufer Wohnhaus am Spandauer Berg 4 auf den Hof hinab. Die Unglückliche blieb mit schweren Knochenbrüchen und anscheinend inneren Verletzungen liegen und wurde nach dem Welfender Krankenhaus transportiert, wo sie Aufnahme fand. Ihr Zustand ist bedenklich. Es wird vermutet, daß die Frau die Tat in einem plötzlichen Anfall von Nervenüberreizung begangen hat.

Friedenau.

Die für Februar fällige Mitgliederversammlung des Wahlvereins war auf den 22. v. M. verlegt worden, um den Genossen Gelegenheit zu geben, an dem Geburtstage des Genossen Bebel zusammenzukommen. Nachdem in einer kurzen Ansprache der Vorsitzende des getreuen Erbes des Proletariats gedacht hatte, eröffnete die Friedenauer Mitglieder des Gesangsvereins Steglitz-Friedenau die Feier mit dem Liede „Arzt den Tag“. Darauf nahm die Genossin Döwold das Wort zu einem zu Herzen gehenden Vortrag über den Lebensweg Bebel's. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Der Gesangsverein schloß die Feier mit dem Liede „Empor zum Licht“. Nach Erledigung einiger Renaissancen gab Genosse Richter zunächst einen Bericht über die bisherige Tätigkeit des Wahlkomitees. Als Kandidaten werden die Genossen Handlungsgeselle Paul Richter und Hausbesitzer Duhn aufgestellt. In der Diskussion ging man dann etwas näher auf die Friedenauer Verhältnisse ein. Wie aus dem Lokalblättern hervorgeht, ist man bereits hinter den Kulissen eifrig für die Gemeindefrage tätig. Der Grundbesitzverein ist darüber entzweit, daß sich auch hier ein Verein zur Befreiung der Tuberkulose gegründet hat, er glaubt es könnte dadurch der Juzug vermindert werden. Dabei mußte zugegeben werden, daß hier genau soviel Tuberkulosefälle vorkommen wie in anderen Orten, nur daß die Kranken, da Friedenau ein eigenes Krankenhaus nicht besitzt, in auswärtigen Krankenhäusern sterben. Im übrigen sorgen die Grundbesitzer durch Ausnutzung jeden Winkels auch hier zur Genüge, daß die Schwindsucht, die Geißel

der ärmeren Volksschichten gedeiht. Auch in Friedenau fehlt es längst nicht mehr an engen Straßen und Höfen, wo die Sonne nur schwer Zutritt hat. Nicht ohne Grund scheint der Terrainspekulant Oberland der Gemeinde Friedenau den Sinfuitbrunnen geschenkt zu haben. Durch seinen Bebauungsplan ist ein Teil Friedenaus bloß weil Herr Oberland und seine Freunde Aneingewinne einheimen wollten, verhandelt worden. Der Sinfuitbrunnen soll sicher ein Symbol darstellen, eingedenk des Grundgesetzes: „Nach und die Sinfuit!“ Es wurde in der Versammlung auch mit Recht darauf hingewiesen, daß der Gemeindevorstand jegliches soziale Verständnis abgeht. Das beweist am besten die Tatsache, daß der kürzlich der Gemeindevorstand vorliegende Antrag auf Einführung einer Arbeitslosenversicherung mit höhnischem Lächeln abgetan wurde. Auch fehlt eine Volksbadeanstalt. Dabei hatten sich die Herren aus Anlaß der Geburtstagsfeier des Kaisers 800 M. zum Festmahl aus allgemeinen Mitteln bewilligt, damit ihnen die Betätigung ihres Patriotismus nicht so teuer werde. Auch sonst wurden noch eine Anzahl Mißstände, auf die wir bereits in Gemeindeberichten Bezug genommen haben, zur Sprache gebracht. Es wurde ersucht, daß sich zu den Gemeindevorstandssitzungen mehr Zuhörer einfinden möchten. Das sei den Herren ersichtlich unangenehm. In die Verhandlungsbroschüre wurde Genosse Rich. Hagen delegiert. Am 1. Mai vormittags soll eine öffentliche Versammlung aller Gewerkschaftler abgehalten werden. Am 7. März finden im Rheinischloß und am 14. März bei Schellhase in Steglitz Vorträge über Darwinismus und Sozialismus statt. — Gelegentlich des Stiftungsfestes ist ein Stock mit Eisenbeinrücken verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, denselben bei Schönfeld, Rheinstraße 31, abzugeben.

Grunewald.

Rangierers Tod. Einen schrecklichen Tod fand der Hilsfrangierer Jech aus Schmargendorf. Jech war auf dem Bahnhof Grunewald tätig. Beim Anklopfeln einer Lokomotive an einen Güterzug geriet er so unglücklich zwischen die Puffer, daß ihm der Brustkasten fast vollständig eingebrückt wurde. Der Bedauernswerte war auf der Stelle tot. Die Leiche wurde durch die Behörde mit Beschlag belegt.

Lichtenberg.

Genosse Paul Kluger, einer von der alten Garde, wurde am Sonntag zu Grabe getragen. Kluger war Mitbegründer des Lichtenberger Arbeiterbildungsvereins und er entfaltete selbst unter dem Sozialistengesetz eine rührige Tätigkeit. Durch sein unerschrockenes Eintreten für die Forderungen der Arbeiterschaft mußte er später seinen Beruf als Weber aufgeben. Sein lauterer Charakter, seine feste Hülfsbereitschaft sichern ihm bei den Lichtenberger Arbeitern ein ehrendes Andenken.

Groß-Lichterfelde.

Bei der gestern stattgefundenen Gemeindevorstandswahl wurde der Bürgerliche Thiel mit 375 Stimmen gewählt. Unser Genosse Benzler brachte es nur auf 332 Stimmen. Für den Gegner wurden insgesamt 58 Stimmen abgegeben.

Waidmannslust.

Bei der gestern stattgefundenen Gemeindevorstandswahl erhielten Stimmen: Der Genosse Kestin 157, der Genosse Lischer 151, die gegnerischen Kandidaten Dietrich 135, Reike 132. Die Sozialdemokratie hatte bisher nur ein Mandat inne. Gestern wurde durch die Wahl unserer beiden Kandidaten ein neues Mandat hinzugewonnen.

Schöneiche (Kreis Teltow).

In ihrer Hauptaufgabe, dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie, haben sich die Landräte durchaus bewährt, äußerte sich beiläufig der konservative Abgeordnete v. Gohler am Sonnabend im Dreiklassenparlament. Neben dieser Hauptaufgabe haben aber die Landräte noch eine ganze Reihe wichtiger Funktionen zu erfüllen, damit die Staatskasse nicht stecken bleibt. Wie am Sonntag der Leiter einer öffentlichen bürgerlichen Versammlung in Pichtenau mitteilte, hat der Landrat des Kreises Niederbarnim den Wunsch ausgesprochen, daß die beiden auf dem Kriegspfade befindlichen bürgerlichen Vereine so schnell als möglich Frieden schließen mögen. Der Amtsvorsteher v. Webe habe deshalb den Antrag erhalten, die nötigen Verhandlungen zur Einigung einzuleiten. Bei dieser vielseitigen Tätigkeit des Landrats ist es allerdings erklärlich, daß unser Genosse Mühl, der bereits am 25. Januar 1910 gegen den Gemeindevorsteher Heyden, Schöneiche, wegen Verweigerung der Abkürzung der Wählerliste Beschwerde erhoben hat, bis jetzt vom Landratsamt ohne Bescheid geblieben ist. Da unserem Genossen an diesem Bescheid aber sehr gelegen ist, richten wir an alle staatsbehaltenden Kräfte, Regler, Gesangs- und Ortsvereine das dringende Ersuchen, wenigstens für einige Wochen Frieden zu halten und nicht die Kräfte des Landrats allein in Anspruch zu nehmen.

Senzig. (Kreis Teltow.)

Eine öffentliche Versammlung hörte am Sonntag ein Referat der Genossin Hiel-Kempeloff über „Die Mitarbeit der Frauen bei den Gemeindefragen“. Am Schlusse der Versammlung ließen sich 9 Frauen in den Wahlverein aufnehmen.

Potsdam.

Wie aus dem Verwaltungsbericht hervorgeht, umfaßt der städtische Grundbesitz jetzt 92 Hektar. Im Krankenhaus kostet jeder Patient 251 M. (Verpflegungslage 250 M.). Auf den Kopf der Bevölkerung beträgt der Fleischkonsum nach den genauen Feststellungen bei der Fleischsteuerkontrolle 66,78 Kilogramm. Die Feuerwehr bedarf dringend anderweitige Alarmvorrichtungen für die Nachtzeit. Wasserwerk, Elektrizitätswerk und Straßenbahn haben sich gut entwickelt, sie erbringen 440 000 M. aus ihren Ueberflüssen für die allgemeine Verwaltung. Das Elektrizitätswerk versorgt außerdem zehn Vororte mit Licht und Kraft. Die Schulen erfordern einen Aufschuß von 748 000 M., davon die Gemeindefschulen 313 000 M. und die höheren und Mittelschulen 435 000 M. Während die letzteren an Schülerzahl, allerdings fast ausschließlich von auswärtig, zunehmen, nimmt sie bei den Gemeindefschulen ab. Von 5505 im Jahre 1903 bis auf 4805 im Berichtsjahre, das sind 700, also eine ganze Gemeindefschule, und dabei besuchen annähernd 200 Gemeindefschüler von auswärtig noch die Schulen in der Teltower Vorstadt. Die Sparkasse hatte infolge der täglichen Verzinsung eine Einlage von 1 200 000 Mark, die Gesamteinlagen betragen rund 21 Millionen Mark. Die Schuldenlast der Stadt beträgt 14 1/2 Millionen, ihr gegenüber stehen Aktiva von 20 Millionen. Zum Schuldendienst sind 1/2 Millionen Mark erforderlich und zwar 1/2 Million zur Verzinsung und 1/2 Million zur Amortisation.

Selbstmord eines Offiziersburschen. Wie mitgeteilt wird, hatte der Bursche des Leutnants von Wahl vom 1. Garde-Mannregiment vorgestern Juvitätigkeiten mit seinem Leutnant, er wurde nachmittags abgelöst. In der Nacht ging er in den Park von Sanssouci und schoß sich eine Kugel in den Kopf. Gestern morgen wurde er tot aufgefunden und ins Garnisonlazarett geschafft.

Vermischtes.

Zum Frauenmord in Grlitz. Die gestern ermordete aufgefunden Frau wurde, wie aus Grlitz gemeldet wird, als die 29jährige Näherin Anna Sprenger rekonozitiert. Der mutmaßliche Täter ist der Hilsgerichtsdienster Scholz.

Eine spätere Meldung aus Grlitz lautet: Der Hilsgerichtsdienster Scholz stand ein, den Nord an der Anna Sprenger am 28. Februar abends verübt zu haben. Er schnürte dem Mädchen zunächst mit einem Strick den Hals zu, durchschnitt ihr dann die

Rehle und warf sie ins Wasser. Das Motiv der Tat ist angeblich Schwangerschaftsverdacht, der sich aber als unbegründet herausstellte.

Zwei Arbeiter ertranken. Hamburger Meldung zufolge sind gestern mittag bei einer Raupacktie auf der Angenalter zwei Arbeiter ertrunken.

Ueberfahren und getötet. Aus Posen wird vom gestrigen Tage gemeldet: Heute früh um 7 Uhr wurde auf dem Eisenbahndamm der Strecke Posen—Stargard an der Fiegelestraße die Leiche eines etwa 12 Jahre alten Knaben aufgefunden, dem die Schädeldecke abgeschnitten und Arm und Fuß gebrochen waren. Es wird vermutet, daß der Knabe auf der bezeichneten Stelle in der Nacht von einem Eisenbahnzug überfahren worden ist.

Raubanfall auf einen Kassenboten. Gestern morgen um 10 Uhr wurde, wie aus Chemnitz gemeldet wird, auf den Kassenboten einer dortigen Bankfirma, der einen größeren Geldbetrag entlassen hatte, auf offener Straße ein Raubanfall verübt. Der Täter, ein junger Mann im Alter von 20 bis 22 Jahren, verletzte den Boten mit einem scharfen Instrument am Kopfe und ergriff dann die Flucht, konnte aber bald darauf verhaftet werden.

Selbstmord eines Ehepaares. Aus Solingen wird berichtet: Ein gestern aus Arefeld hier zugereistes junges taubstummes Ehepaar namens Plagen hat in der Nacht durch Öffnen der Gasbühne Selbstmord verübt. Das Motiv sind anscheinend Nahrungsvorgänge.

Ein Eisenbahnzug von einer Lawine verschüttet.

Ein Telegramm aus Everett (Washington) meldet: Ueber einen Verlonengung der Great Northern-Eisenbahn, der seit Donnerstag im Kaslabengebirge festliegt, ging gestern eine Schneelawine nieder. Ein Hilszug ist nach der Unfallstelle abgefahren worden. Bis jetzt sind 20 Personen gerettet und 25 Leichen geborgen worden; 25 Personen fehlen noch. Die Geretteten haben mehr oder minder schwere Verletzungen davongetragen.

Leser- und Diktierklub „Johann Jacoby“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Hugo, Kallantien-Allee 99/100: Sitzung. Freie Jugendorganisation Berlin. Abteilung III. Sonntag, den 6. März, nachmittags 3 Uhr: Abteilung III. Versammlung bei Pauline Krantz, Dunderstr. 8, Udo Raumerstraße. Vortrag des Kollegen Scholz: „Aufgaben der Freien Jugendorganisation.“ Gäste willkommen.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands. Ortsverwaltung Groß-Berlin. (Bezirk Süd-West.) Heute abend 8 1/2 Uhr bei Julius Reier, Oranienstr. 103: Vortrag des Kollegen Zimmermann über „Velleo v. Villencron“.

Verband der Freireisenden Deutschlands. Zweigverein Berlin. Donnerstag, den 8. März, abends 9 1/2 Uhr, Rosenfelder Straße 11/12: Generalversammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Bindenkraft 3, zweiter Hof, letzter Eingang, vier Treppen. Sprechstunde wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr. Sprechstunde beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Besuch und eine Zeit als Besucher des Sprechers. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Bis zum Donnerstag im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

Ein 19. 1. Invalidentarner sind zu haben, falls die Frau nicht noch anderweit in erheblicherer Höhe erworblich ist. Die Beiträge sind zur Hälfte vom Hauswirt, zur anderen Hälfte von der Frau zu beden. Eine Versicherungspflicht für den Krankheitsfall besteht leider nicht. 2. Ein Anruf ist unseres Erachtens nicht erforderlich. Die nötigen Kenntnisse erwerben Sie sich in einigen Stunden in jedem größeren einschlägigen Geschäft, wo der Kundhaft auf Wunsch bearbeitete Apparate vorgefertigt werden. In Frage kommende Geschäfte finden Sie im Adressbuch, Band II, Teil IV, Seite 207 und folgende. — G. B. 10. Für die Zeit bis einschließl. 1909 — das Kalenderjahr gerechnet — sind Sie noch zahlungspflichtig, für die spätere Zeit nicht. Reklamationen sind zu richten an das Konfession der Provinz Brandenburg, Schützenstraße 26/27. — G. B. 2. Wir halten eine Beleidigungsklage für durchführbar, die binnen drei Monaten nach der Veröffentlichung bzw. nach dem Zeitpunkt, zu welchem Sie Kenntnis erlangt haben, eingereicht sein muß. — Buchholz. Darauf bestimmte Rechtsanwältin zu empfehlen. Können wir uns nicht einlassen. — G. B. 4. 1. Ja, beim Raubtatrat berari, daß die Abmeldung noch in diesem Monat eintritt. 2. Ja. 3. Eine Verpflichtung besteht nicht, ist aber zweckmäßig wegen der eventuellen Namenserhebung für entstehende Schäden. — G. B. 100. Können Sie beim Amtsgericht auf Zahlung und Abnahme. — G. B. 63. Der Vermieter kann auf Minderung und Zahlung klagen, auch die Gaden, soweit sie nicht zu den unentbehrlichen gehören, können lassen bzw. einbehalten. — 18 M. Sie sind auch dem neuen Eigentümer gegenüber an den Mietsvertrag gebunden. — G. B. 26 Rixdorf. Da Sie nach Ihrer Darstellung, sowohl kaufmännische als auch technische Dienste leisten, ist für die Frage erscheidend, womit Sie überwiegend beschäftigt sind. Wir halten aber die Vorschriften der §§ 183a und folgende der Gewerbeordnung (erlassen für Betriebsbeamte, Werkmeister und mit höheren technischen Dienstleistungen betraute) anwendbar für den Fall, daß Ihre Dienste nicht überwiegend kaufmännische sind. Gelten Sie als kaufmännischer Angestellter, so kommt das Kaufmannsgericht in Frage, sonst das Gewerbegericht, wenn der Jahresdienst 2000 Mark nicht übersteigt. — G. B. 100. 1. Wir sind der Ansicht, daß das Jahrgeld abzugsfähig ist. Doch ist die bezügliche Rechtsprechung schwankend. 2. Diese Beiträge sind abzugsfähig. 3. Ebenfalls in Höhe von 50 Mark. — 56 Reife. 1. Wenn keine näheren Bemerkungen vorhanden sind: Ja. 2. Durch Raubfrage bei dem Raublaggericht, das ist das Amtsgericht desjenigen Ortes, an dem die Betreffende verstorben ist. 3. Zunächst abwarten, welche Auskunft das Raublaggericht erteilt. — G. B. 21. Eine solche Bescheinigung gibt es nicht; die Nachfragen sind unrichtig angegeben. — Zwei Wettrande. Zum Antrag von Seiten ist der Name des „Vorwärts“ nicht da. — G. B. 12. Soweit ersichtlich, zu der im Vertragsentwurf festgelegten Zeit. Ihre Darstellung gibt aber nicht genügenden Anlaß zu einer bestimmten Auskunft; kommen Sie event. in die Sprechstunde. — S. 100. 1. Fordern Sie eine Urteilsausfertigung vom Gericht ein. Bis zum Eingang vergeht etwa 14 Tage. 2. Binnen 14 Tagen nach Zustellung an die Oberstaatsanwaltschaft bei dem Igl. Kammergericht. — W. 28. 1. Bezüglich des Vornachlasses: Ja, sofern Eltern, Geschwister oder Großeltern vorhanden sind. 2. Durch gemeinschaftliches Testament, das entweder durch eigenhändige Niederschrift oder vor einem Notar oder Richter errichtet werden kann. Bei einem eigenhändig niedergeschriebenen Testament ist zu beachten, daß Angabe des Ortes und des Datums erfolgt und das Testament auch die Unterschriften trägt. Beispiele für ein gemeinschaftliches Testament finden Sie Seite 238/39 des dem „Arbeiterrecht“ von Stadthalter angehängten Jahrbuchs. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — Eingeladene aus Amerika. Wir konnten die Höhe der Löhne der Arbeiter nicht mehr genau feststellen. Die Möglichkeit, daß solche niedrige Löhne in rüchlichen Orten gezahlt werden, liegt vor. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es sich um unorganisierte Arbeiter handeln. — S. 27. Die Abhebung der Gelderempfehlung empfiehlt sich; sie kann abgelegt werden unabhängig davon, ob der Betrieb der Zahlung ausgedehnt oder nicht. Wenden Sie sich an die Handwerkskammer, Berlin, Neue Friedrichstr. 47. Nach Beendigung der Legezeit brauchen Sie nicht mehr für das Kollekt weiterarbeiten, auch wenn die Prüfung noch nicht stattgefunden hat. — W. 87. 1. An die Polizeibehörde Ihres Heimatortes. 2. Eine Bestrafung könnte noch erfolgen. Der Betreffende soll vorher bei dem Generalkommando in Stralburg anfragen. — G. B. 3a, etwa acht Tage. Die Behördensachen sind notwendig. Kosten bei einer Forderung etwa 100 M. Wenn eine bestimmte Anzahl anstellen dargelegt werden, so sind die Kosten geringer. Am zweckmäßigsten wenden Sie sich vorher mit einer Anfrage an den Lord Mayor in London. — Grlitz 11. 1. Der auf den Rückblick gegebene Vorschlag kann in voller Höhe abgelehnt werden. 2. u. 3. Wenn ein Wochenlohn von weniger als 28,85 M. vorhanden ist, braucht der Arbeitnehmer sich einen derartigen Lohn nicht gefallen lassen; er muß eventuell klagen. W. B. 15. Wenn Ihre Rechte gekündigt hat — nicht etwa von der Dienstherrschaft die Kündigung ausgegangen ist — und wenn ferner nicht die Gewährung des Gehalts im voraus vereinbart ist, so ist der Antrag leider gesetzlich berechtigt. — G. B. 21. Wenden Sie sich an die Geschäftsstelle des Deutschen Reichsbundes, Kurfürststraße. — G. B. 137. Auskunft erhalten Sie beim Deutschen Reichsbund, Wilhelmstr. 92. — S. 12. Ihr Antrag, der an das Polizeipräsidium zu richten ist, hat Aussicht auf Erfolg. — G. B. 100. Wir haben aus dem Gebiete leider nicht die aufstrebenden Kenntnisse; mit dem Hofmarktskammern sehen wir nicht in Verbindung. Die von Ihnen beobachtete Bewegtheit mag mit der angeblich beobachteten und aufgegebenen Aufsicht des Kaisers zusammenhängen. — G. B. 71. Fragen Sie bei dem Galwirtsgehilfen-Verband, Hamburger Str. 18/19, an.

Verlangen Sie

beim Einkauf von Bouillon-Würfeln stets ausdrücklich
MAGGI'S Bouillon-Würfel zu 5 Pfg.
 Der Name MAGGI bürgt für vorzüglichste Qualität!



Für 1/4-1/2 Liter je nach Geschmack.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, den 3. März.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Der Prokret.
Königl. Schauspielhaus. Die Welt, in der man sich langweilt.
Neues königl. Opern-Theater. Geschlossen.
Deutsches. Jubith.
Kammerspiele. Der gute König Dagobert. (Anfang 8 Uhr.)
 Anfang 8 Uhr.

Berliner. Talfun.
Leffing. Talfun der Karr.
Neues Schauspielhaus. Der Herr Bettelbier.
Neues. Der Philosoph von Sanssouci.

Weiten. Die geschiedene Frau.
Romische Oper. Zigeunerliebe.
Neues Operntheater. Der Graf von Luxemburg.

Trianon. Idehore u. Cie.
Klein. Der große Name.
Reifen. Im Laubenschlag.
Thalia. Die Dolmetscherin.
Schiller u. Wagner-Theater. Neue Jugend.

Schiller-Charlottenburg. Der Meinelbauer.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der selbige Loupinel.
Volkoper. Der Trompeter von Siedingen.

Luffen. Was Gott zusammenfügt.
Wife. Die Ehe.
Luffspielhaus. Der dumme Kunst.
Retrosol. Hullo! II - Die große Meute.

Folies Caprice. Der Wassertröpf.
Der Luftturner. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Casino. Berlin bei Nacht.
Gebr. Herrnsfeld. So muß man's machen. Eine Uebergangs-Oper.

Seibel. Kavaliere.
Woods. Heber's Grab hinaus.
Stadttheater Moabit. Geschlossen.
Parodie. Lohengrin. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Apollon. Der Juchpreller. Spezialitäten.

Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Palast. Spezialitäten.
Vorlage. Spezialitäten.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Bughenhagen. Spezialitäten. (Anf. 7 1/2 Uhr.)

Urania. Laubenschlag 48/49.
 Abends 8 Uhr: Im Firmenglanz des Oberengadin.
 Im Hofsaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt: Die Faktoren der Aufwärtsentwicklung des Menschen.
Sternwart. Beobacht. 57-62

Lessing-Theater.
 8 Uhr: Talfun der Karr.
 Freitag, 8 Uhr: Das Konzert.

Berliner Theater.
 Heute: Talfun. 8 Uhr.
 Morgen: Talfun.

Neues Theater.
 Abends 8 Uhr:
Der Philosoph von Sanssouci.
 Morgen und folgende Tage:
Der Philosoph von Sanssouci.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
 Donnerstag, 3. März, Anf. 8 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.
 Freitag: Der selbige Loupinel.
 Sonnabend: Im bunten Hof.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Jungfrau von Orleans. Abends 8 Uhr:
 Der selbige Loupinel.

Theater des Westens.
 Abends 8 Uhr:
 Die geschiedene Frau.
 Sonnt. 9 1/2 Uhr: Der fidele Bauer.

Neues Operntheater.
 Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
 Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Der Zigeunerbaron.

Lustspielhaus.
 Abends 8 Uhr:
Der dunkle Punkt.

Volkoper.
 SW, Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.
 Abends 7 1/2 Uhr:
Die Afrikanerin.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater.
 Abends 8 Uhr:
Im Firmenglanz des Oberengadin.
 Hofsaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt: Die Faktoren der Aufwärtsentwicklung des Menschen.

Residenz-Theater
 Direktion: Richard Alexander.
 Abends 8 Uhr:
Im Laubenschlag.
 Schwan in 3 Akten von Demmequin und Seber.
 Morgen und folgende Tage:
 Derselbe Vorstellungs.
 Sonntag, 6. März, nachm. 3 Uhr:
 Schlafwagenkontrolleur.

Luisen-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Was Gott zusammenfügt.
 Schauspiel in fünf Akten von Ernst Ritterfeldt nach freier Benutzung einer Erzählung von Courths-Mahler.
 Morgen und folgende Tage:
Was Gott zusammenfügt.

ROSE-THEATER
 Große Französer Str. 102.
 Bei anseh. Abonnement.
 Benefiz für d. Oberregisseur
 Heinrich Richter:
Die Ehre.
 Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
 Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
 Freitag: Der Eisenbahnräuber.

Apollon Theater
 Abends 8 1/2 Uhr:
Premiere: „Der Zuchpreller“
 Volle mit Gesang in 3 Akten von Max Real und Konrad Dreher.
 Musik von Kaller.
 Hauptrolle: Professor Streusand:
Konrad Dreher a. G.
 Vorher ab 8 Uhr:
Die neuen Spezialitäten.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
 In 8 Bildern von Jul. Freund.
 Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
 Anfang 8 Uhr. Raschen gestattet.

WINTERGARTEN
Das Dreigestirn
 weiblicher Schönheit, Grazie u. Kunst.
Marie Lafargue • Odette Valery
Rosario Guerrero.
Dr. Angelos lebende Skulpturen
 The Harmony Four, ein musikal. Uik
 The 3 Merrills, komische Radfahrer
 Care Hertz, Zaubermeister und
 Illusionist, assistiert von Miß
 Emilia D'Alsow.
 Elise, Wulf u. Waldoff: Nach dem
 Fußballspiel.
 Baggesen, der Urkomische.
 Brunns Originalszeno: Im Billard-
 salon.
 Emilia Rose, Contossionistin.
 Biograph, neueste Aufnahmen.

ORPHEUM
 50 BRÜCKENSTR. 2
 an der Jannowbrücke.
Deutschlands grösste und vornehmste Lichtbühne
 650 Sitzplätze
 Feinsthelle Anstaltung
Beginn:
Wochentags 4 Uhr.
Sonntags 2 "

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Wagner-Theat.).
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Neue Jugend. (Johan Ulfstjerna.)
 Schauspiel in 5 Akten v. Tor Hedberg.
 Deutsch von Hermann Hofer.
 Ende 10 1/2 Uhr.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Viel Lärmen um nichts.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Gespenster.

Brauerei Friedrichshain am Königstor.
 Grösste Schenkwirtschaft Berlins.
 Morgen Freitag: Elite-Tag!
Größter Bock-Jubel und Trubel „Auf der Alm“.
 Der berühmteste Festwitz.
Schorsch Ehrenguber
 mit seiner Kruppe (60 Mitwirkende) aus München.
 Gratisverlosung von 100 Wertgegenständen.
 Jeder Besucher erhält ein Los gratis.
 Anfang 8 Uhr. Entrée 20 Pf.
 Die grünen Passierkarten behalten volle Gültigkeit.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108/114
Heute Donnerstag, den 3. März 1910:
Bockbierfest in den bayerischen Alpen
 Prämierung der ähnlichsten Zwillinge (Damen)
 nicht unter 16 Jahren. Legitimation ist mitzubringen.
 Anmeldung bis 10 Uhr abends an der Kasse.
Preise 50, 30, 20 Mark.
 Anfang 7 Uhr. Entrée 30 Pf.

Herrnsfeld Theater
 Kommandantenstr. 57. T. N. 4, 5083.
 Sum 23. Male:
Eine Uebergangs-Ehe.
 Sum 122. Male:
So muß man's machen
 mit Anton und Donat Herrnsfeld.
 Anfang 8 Uhr.
 Vorverkauf 11 bis 2 Uhr.
 Sonntag nachmittag 4 Uhr:
Meine-Deine Tochter.

Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr;
Sisters Ridley
Georg Kaiser
Cornelia Fabian
 Das große Programm!

Passage-Panoptikum
Senegal in Berlin!
50 wilde Weiber
 Männer, Kinder.
Drei Negerdörfer
 Ohne Extra-Entrée!

W. Noacks Theater
 Brunnstr. 16, am Rosenhaleer Tor
Große Extra-Vorstellung.
Heber's Grab hinaus.
 Lebensbild mit Gesang in 6 Bildern
 Freitag: Heber's Grab hinaus.
 Sonnabend: Letzte Kindervorst.

Karl Haverland Theater. präz. 8 U.
 77/79 Kommandantenstraße 77/79.
 Neue erstklassige Spezialität.
Lilliputier-Truppe prolongiert.
 Heute nach d. Vorstellung: Ball.

Schiller-Theater (Charlottenburg).
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Meinelbauer.
 Volksstück in 3 Akten von Ludwig Angenruber.
 Ende 10 1/2 Uhr.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Egmont.
 Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Neue Jugend. (Johan Ulfstjerna.)

Zirkus Schumann
 Donnerstag, den 3. März 1910,
 abends 7 1/2 Uhr:
Brillante Vorstellung.
 Neu! Neu!
Barbarentänze
 der
Les Ri-Tchares, 11 Pers.
 Neu! Die Amerikaner Neu!
Aerial Shaws.
Bagonghi, der feinste Reiter der Welt.
 20 Jahre alt, 18 Mio schwer.
„Eisernen“ v. Weisterfinger
 a. d. Höhe, ger. v. Kommissions-
 rat **Gustav Stensbeck a. G.**
 Um 9 1/2 Uhr: Ende 11 Uhr:
Die drei Rivalen.
 Große Fecle in fünf Akten aus
 der Hugenottentzeit.

Zirkus Sarrasani
 alter Botanischer Garten.
 Donnerstag, den 3. März 1910,
 abends 8 Uhr:
Sensationelle Vorstellung
 mit einem rein zirkusischen
 Programm.
 Ab 9 1/2 Uhr: Fortsetzung der
Ringkampf-Konkurrenz
 unter dem Protektorat des
 Herrn Prof. Reinhold Begas.
 Es ringen:
 Nitschke gegen Bernard.
 Roykowitz gegen Vasilescu.
 André gegen Lassarteso.
 Strango gegen Krook.
Entscheidungskampf:
 Michaloff gegen Macdonald.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 3. März:
 Sum ersten Male:
Das verlorene Paradies.
 Schauspiel in 3 Aufzügen von Ludwig
 Fulda.

Königstadt-Kasino.
 Holzmarktstraße 72.
 Täglich: **Franz Sobanski.**
 Neu: Gise Marlon; neu: Abba
 und Othfried Reich. Neu: Eden
 Gitta. Neu: Les Alexandrov.
 Prolongiert: Viktor Ritter. Das
 sensationellste Schauspiel. Rab-
 remen auf der Bühne. Im
 dunklen Korridor. Schw. I. I. Uff.

Volgt-Theater
 Gastspiel im Artushof, Moabit,
 Fereberger Straße 26.
 Donnerstag, den 3. März 1910:
Luride vom Theater.
 Soubrette in 6 Bildern von Pöhl.
 Kaffeneröffnung 7, Anfang 8 Uhr.

Trianon-Theater.
 Heute und folgende Tage, 8 Uhr:
Theodore & Cie.
 Sonntag nachm.: Pariser Witwen.

Tonbild-Theater
Reform-Kino
 Das schönste
 Programm
 Berlins,
 laufend vom 22.-28. Februar,
 u. a.: Am Hofe einer Ägypt.
 Messaline. Kunstfilm I. Rang.
 8. Platz 3 Pf.
 Abnd. 10 Pf. ohne Nachzahlung.
 Dauervorstell. p. 4-11 Uhr.

Folies Caprice
Der Luftturner.
 Neuer neuer Teil.
Herr Wasserkropf.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr

Freie Volksbühne
 Die nächsten Stücke:
Lessing-Theater: Neues Schauspielhaus:
Hanneles Himmelfahrt. nachmittags und abends:
Traumulus.
Thalia-Theater: Residenz-Theater:
Jugend. **Musotte.**
Der Dorityrann.
 In Vorbereitung:
Oskar Wilde: Bunbury (Ernst sein).

Einige Karten zu den Nachmittags-Abteilungen
 können noch in den Zahlstellen bestellt werden.

240/10 **Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.**

Zirkus Busch.
 Heute Donnerstag, den 3. März,
 abends 7 1/2 Uhr präz.:
Gr. Gala-Vorstellung.
 Zum 75. Male:
Marja!
 Die russ. Sensationspantomime.
 Neu! Die Neu!
Lockford-Truppe!
Die Hassans!
 Thor. Filis, James Leon Filis Jun.,
 Heinrich Filis in ihren Produk-
 tionen der hohen Schule.
 Hr. E. Schumann, Meisterdross.
 Reiterfamilie Proserpi.

Casino-Theater
 Lothringer Straße 37. Anfang 8 Uhr.
Berlin
 bei
Nacht.
 Hofe in 3 Akten v. G. Schäfer-Braffmil.
 Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

Sanssouci, Kottbuser
 Straße 6.
 Heute Donnerstag: Neues Progr.
Elite-Soiree Franzosen
 v. Hoffm. Nord. Sängern.
 Großer Erfolg des neuen
 Soiree-Programms. Jubelnder
 Beifall der Operette
Am Meer.
 2nd a. d. Seemannsleben.
Witzverständnisse.
 Burleske.
 Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Bughenhagen
 am Moritzplatz
 8 1/2 Uhr.
 Heute 9 1/2 Uhr ringen:
L. de Wolf gegen Sturm.
Max Schneider gegen O. Scheider.
Gambler gegen Altmann.
 Im unteren Saale: Großes
Bockbier-Kellerfest
 mit Doppel-Konzert.

Reichshallen-Theater.
StettinerSänger
 Der Nachwächter
 von Zerpensbleuse.
 v. F. Meysel
 Anfang:
 Bochent.
 8 Uhr.
 Sonntag
 7 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate
 übernimmt die Redaktion dem
 Publikum gegenüber keinerlei
 Verantwortung.

